Wirtschaftspolitische Positionen

der IHK Bonn/Rhein-Sieg zu den Kommunalwahlen 2025

Industrie- und Handelskammer
Bonn/Rhein-Sieg

Wirtschaftspolitische Positionen

Stefan Hagen

Dr. Hubertus Hille

Zu den Kommunalwahlen im September 2025 veröffentlichen wir unsere aktualisierten Wirtschaftspolitischen Positionen. Dieses Papier soll der regionalen Politik und Verwaltung mittel- und langfristig als Orientierung dienen, wie eine wirtschaftsfreundliche Politik gestaltet sein sollte und an welchen Stellen die Unternehmen besonderen Handlungsdruck sehen. Gleichzeitig ist es für die IHK Bonn/Rhein-Sieg die Legitimationsgrundlage für ihre wirtschaftspolitische und beratende Arbeit.

Die Zeiten sind gerade nicht einfach. Die Wirtschaft in Deutschland und auch hier in der Region stagniert und die Konjunktur kommt weiterhin nicht in Fahrt. Eine große Mehrheit der Unternehmen hält die wirtschaftspolitischen Rahmenbedingungen für eines der Hauptrisiken für ihre weitere Entwicklung. Sie brauchen Stabilität und Berechenbarkeit, um planen und investieren zu können. Im Vordergrund stehen ein konsequenter Bürokratieabbau, eine günstigere Energieversorgung und Entlastungen bei Steuern und Abgaben. Nicht alle Weichen dafür lassen sich auf lokaler Ebene stellen, aber doch einige, wie das vorliegende Papier zeigt.

Natürlich ist der IHK bewusst, dass die Zeiten auch für die Kommunalpolitik herausfordernd sind. Die finanzielle Situation vieler Städte und Gemeinden ist prekär, das engt den Gestaltungsspielraum ein. Zugleich sorgt das gesellschaftliche Klima nicht selten für Demotivation bei den handelnden Personen; manche treten deshalb nicht mehr zur Wahl an. Damit gehen auch Kontinuität und Wissen verloren.

Umso mehr möchten wir die neu gewählten Hauptverwaltungsbeamte, die Bürgermeisterinnen und Bürgermeister und die neuen Räte beratend und informierend begleiten und legen ihnen unsere Wirtschaftspolitischen Positionen als Handlungsempfehlung in die Hände. Unser Interesse dürfte letztlich dasselbe sein: Eine starke Wirtschaft sichert den Wohlstand der Region.

Die Wirtschaftspolitischen Positionen wurden selbstverständlich nicht in einem kleinen, elitären Zirkel erarbeitet, sondern entstanden in einem breiten und ausführlichen Abstimmungs- und Konsultationsprozess. Im letzten Quartal 2024 und ersten Quartal 2025 erhielten neben den IHK-Gremien und den hauptamtlichen Fachleuten der IHK alle IHK-Mitgliedsunternehmen, aber auch die Wirtschaftsförderungen und Gewerbevereine in der Region die Möglichkeit zur inhaltlichen Mitsprache und Beteiligung. Beschlossen wurden die Positionen im März 2025 dann durch die Vollversammlung der IHK Bonn/Rhein-Sieg.

Wir hoffen, den Leserinnen und Lesern einige Anregungen mitgeben zu können.

Wir wünschen gute Erkenntnisse beim Lesen und freuen uns auf spannende Gespräche und Diskussionen.

Mit freundlichen Grüßen

Stefan Hagen
Präsident
IHK Bonn/Rhein-Sieg

Dr. Hubertus Hille
Hauptgeschäftsführer
IHK Bonn/Rhein-Sieg

Inhalt

- Editorial Wirtschaftspolitische Positionen 2
- Wirtschaftspolitischer Kompass der IHK Bonn/Rhein-Sieg 4
- Sonderthema: Schuldenbremse und Sondervermögen 7
- 1. Mobilität und Verkehr 8
- 2. Gewerbeflächen und Ansiedlungen 10
- 3. Industrie 12
- 4. Digitalisierung 15
- 5. Breitband 17
- 6. Einzelhandel und Stadtentwicklung 19
- 7. Fachkräfte, Arbeitsmarkt und Bildung 21
- 8. Demografie und Vereinbarkeit von Familie und Beruf 23
- 9. Wohnraumbedarf 25
- 10. Kommunale Haushalte, Steuern und Abgaben 27
- 11. Regionale Kooperation, Metropolregion Rheinland 29
- 12. Kultur und Tourismus 31
- 13. Gründungen und Nachfolge 33
- 14. Wissenschaft, Innovation und Technologietransfer 35
- 15. Energie und Umwelt 37
- 16. Klimaschutz und Nachhaltigkeit 39

Kommunaler Teil

- 17. Stadt Bonn 42
- 18. Rhein-Sieg-Kreis 49
- 19. Alfter 51
- 20. Bad Honnef 52
- 21. Bornheim 53
- 22. Eitorf 54
- 23. Hennef 56
- 24. Königswinter 57
- 25. Lohmar 58
- 26. Meckenheim 59
- 27. Much 60
- 28. Neunkirchen-Seelscheid 62
- 29. Niederkassel 63
- 30. Rheinbach 64
- 31. Ruppichteroth 65
- 32. Sankt Augustin 67
- 33. Siegburg 68
- 34. Swisttal 70
- 35. Troisdorf 72
- 36. Wachtberg 73
- 37. Windeck 75

- Impressum 76

Wirtschaftspolitischer Kompass der IHK Bonn/Rhein-Sieg

Eine erfolgreiche Wirtschaft benötigt verlässliche Rahmenbedingungen. Auch für die Wirtschaftspolitik ist eine klare Orientierung bei der Entwicklung und Umsetzung von Reformen unerlässlich. Die vorliegenden »Wirtschaftspolitischen Positionen« sollen eine solche Orientierung – sowohl für die Politik auf den verschiedenen Ebenen als auch für die Arbeit der IHK Bonn/Rhein-Sieg – bieten. Leitbild ist dabei das System der Sozialen Marktwirtschaft mit den Grundprinzipien Freiheit und Verantwortung. Leitbild ist auch die internationale Wettbewerbsfähigkeit der regionalen Industrie.

Freie Preisbildung und (internationaler) Wettbewerb, offene Märkte, Privateigentum, Vertragsfreiheit, individuelle Haftung und die Stetigkeit der Wirtschaftspolitik sind grundlegende Prinzipien einer solchen Wirtschaftsordnung. Daraus folgt, dass die Wirtschaft überbordende staatliche Regulierung, Bürokratie, Zentralismus und Aktionismus kritisch sieht, denn das alles schadet der internationalen Wettbewerbsfähigkeit.

Ergänzend tritt die staatliche Sozialpolitik in unverschuldeten, individuellen Notlagen hinzu. Das Soziale in der Sozialen Marktwirtschaft ist nicht zu verwechseln mit dem Volumen öffentlicher Sozialausgaben. Vielmehr bemisst sich das Soziale daran, in welchem Maß die Menschen die Chance haben, ihren Lebensunterhalt selbst zu erwirtschaften. Sozial ist, was Beschäftigung und Wachstum schafft. Die Finanzierbarkeit des Sozialstaates, zu der auch Unternehmen durch Steuern und Sozialabgaben beitragen, muss dabei stärker in den Fokus genommen werden. Überbordende Sozialbeiträge verteuern Beschäftigung unverhältnismäßig; zu hohe Steuern machen den Wirtschaftsstandort international unattraktiv.

Die Nachhaltigkeits- und Klimapolitik hat sich mit intensiver staatlicher Regulierung stark in den Vordergrund der europäischen und deutschen Ordnungspolitik geschoben – zum Nachteil der deutschen Industrie und nachgelagerter Branchen. Die Wirtschaft bekennt sich grundsätzlich zu dem Ziel, die Welt in Richtung Klimaneutralität zu verändern. Klimaneutralität kann aber nur ein weltweites, alle Gesellschaften umfassendes Ziel sein – Deutschland und erst recht die Region Bonn/Rhein-Sieg sind schlicht zu klein und unbedeutend, um durch unilaterales Handeln das Klima zu retten. Ökologische Nachhaltigkeit muss durch ökonomische und soziale Nachhaltigkeit flankiert werden. Die Energie- und Klimapolitik muss sich stärker an der internationalen Wettbewerbsfähigkeit ausrichten, sonst schreitet die gefährliche Deindustrialisierung Deutschlands mit der Verlagerung ganzer Industrien und dem Verlust von zigtausend Arbeitsplätzen weiter voran. Auch der ambitionierte Zeitplan bis zur vollständigen Klimaneutralität muss überdacht werden: Unter den gegebenen Rahmenbedingungen lassen sich die Ziele, die sich Region, Land, Bund und EU gesetzt haben, wohl weder planerisch-baulich, technisch noch mit vertretbarem finanziellem Aufwand erreichen. Dennoch muss es das Bestreben aller Akteure bleiben, die Klimaziele zu erreichen, auch um die Lasten nicht zu sehr auf folgende Generationen zu verlagern.

Zunehmende staatliche Regulierung und damit einhergehende Bürokratie sind zu einer ernsthaften und kostenintensiven Belastung für Unternehmen geworden, die manchen Betrieb zur Aufgabe zwingen. Deregulierung und der spürbare Abbau bürokratischer Anforderungen müssen das staatliche Handeln stärker prägen; redundante Regelungen sind abzuschaffen. Während Bürokratieabbau vor einigen Jahren noch als »nice to have« angesehen wurde, ist Bürokratiebelastung heute zu einem der drei kritischsten Standortfaktoren geworden.

Die IHK Bonn/Rhein-Sieg verpflichtet sich in zentralen wirtschaftspolitischen Handlungsfeldern auf die folgenden Orientierungsmarken:

1 Märkte öffnen – Wettbewerb stärken

Es bedarf einer Rückbesinnung auf die Marktmechanismen von Angebot und Nachfrage. Die Politik muss Märkte konsequent für Unternehmen öffnen und den Wettbewerb sowohl auf regionaler als auch auf nationaler und internationaler Ebene stärken. Alle Wettbewerbsverzerrungen gilt es zu unterbinden. Zwischen Ländern und Anbietern muss ein »level playing field« sichergestellt sein – also ein vergleichbarer Wettbewerbs- und Regulierungsrahmen. Die internationale Wettbewerbsfähigkeit der Unternehmen muss gewahrt oder wieder hergestellt werden. Drohende Zölle oder Handelskriege schaden der Wirtschaft und kosten Wohlstand in allen betroffenen Ländern. Die zunehmend unübersichtliche Anzahl an Förderprogrammen und die Subventionierung einzelner Unternehmen verzerren den Markt. Auf kommunaler Ebene sollten beispielsweise kommunale Eigenbetriebe keinesfalls ihre Dienstleistungen anderen Akteuren außer der eigenen Kommune umsatzsteuerbefreit anbieten dürfen, denn dies würde den Wettbewerb zu Lasten privater Anbieter am Markt verzerren.

2 Staat auf Kernaufgaben konzentrieren

Die Forderung nach »weniger Staat« ist nicht gleichzusetzen mit einem »schwachen Staat«. Ganz im Gegenteil: Staatliche Aufgaben, wie der Schutz des Wettbewerbs, die Sicherstellung einer leistungsfähigen Infrastruktur oder ein gleichberechtigter Zugang zu Bildung, sind Grundvoraussetzungen für eine funktionierende Wirtschaft. Um den Wildwuchs an staatlichen Aufgaben einzugrenzen, bedarf es einer generellen Aufgabenkritik.

3 Bürokratie abbauen und Vorgaben deregulieren

Die staatlich verursachte Bürokratie muss auf ein erforderliches Mindestmaß reduziert werden. Redundanzen müssen abgebaut, staatliche Vorgaben deregulliert werden. Neue Belastungen für Unternehmen sind zu vermeiden. Die bisherigen Konzepte zum Bürokratieabbau müssen überdacht werden, da sie keine hinreichend entlastende Wirkung bei Unternehmen erreicht haben.

4 Subsidiarität ausbauen – staatliche Eingriffe eng begrenzen

Die IHK Bonn/Rhein-Sieg setzt auf das Prinzip der Subsidiarität. Eingriffe des Staates in den Marktmechanismus darf es nur dann geben, wenn die privaten Akteure die gewünschten Aufgaben nicht erfüllen können und nur der Staat wirklich bessere Ergebnisse sicherstellt – andernfalls werden Investitionen und Wachstum behindert. Beispielsweise sollte die Lohnfindung Aufgabe der Tarifparteien sein, den Mindestlohn sollte die zuständige Kommission festlegen. Die Politik sollte sich aus dieser Debatte heraushalten. Auch staatliche Vorgaben zur Nutzung des Eigentums oder zur Höhe des Preises oder des Mietzinses darf es nur dann geben, wenn Machtkonzentrationen zu einem Marktmissbrauch oder gar zu Marktversagen führen.

5 Selbstverwaltung stärken

Die Selbstverwaltung der Wirtschaft ermöglicht betriebliche Lösungen, die den Bedürfnissen der Unternehmen gerecht werden. Insbesondere auf dem Feld der Dualen Ausbildung weiß die Wirtschaft selbst besser, was für die eigenen Betriebe gut und richtig ist. Auch die Meinungsbildung zu wirtschaftspolitischen Themen sollte frei und unabhängig entfaltet und vertreten werden können. Industrie- und Handelskammern als Selbstverwaltungskörperschaften leisten dies und sollten in ihrer Unabhängigkeit weiter gestärkt werden.

6 Öffentliche Finanzen nachhaltig organisieren

Die Schulden von heute sind die Steuererhöhungen von morgen – auch für Unternehmen. Die Wirtschaft hat deshalb ein großes Interesse an nachhaltig strukturierten, ausgeglichenen öffentlichen Haushalten. Dabei ist auch eine Reform der Finanzbeziehungen zwischen den verschiedenen staatlichen Ebenen erforderlich. Zudem sollte das Konnexitätsprinzip eingehalten werden. Die Verantwortung der Kommunen und Länder für die eigene finanzielle Lage muss erhöht werden. Verschuldungsregeln (zum Beispiel die Schuldenbremse, siehe hierzu auch Sonderthema auf Seite 7) sind sinnvoll, da sie finanzielle Nachhaltigkeit öffentlicher Haushalte garantieren.

7 Eigenverantwortung stärken

Zur Sozialen Marktwirtschaft gehört die Unterstützung derer, die sich nicht vollständig selbst versorgen können. Eine wirksame Sozialpolitik muss jedoch bei der Eigenverantwortung und -anstrengung der Menschen ansetzen. Andernfalls wird das Sozialsystem, das auch aus Steuern und Beiträgen der Unternehmen gespeist wird, für die Wirtschaft langfristig zu teuer – darunter leidet dann auch die internationale Wettbewerbsfähigkeit. Arbeit muss sich für die Menschen wieder lohnen und darf nicht durch die steigenden Kosten des Sozialsystems unnötig verteuert werden. Nicht zuletzt mit Blick auf den Fachkräftemangel müssen zudem Anreize abgeschafft werden, die arbeitsfähige Menschen dazu motivieren, sich aus dem Arbeitsmarkt herauszuziehen und sich dem Sozialsystem zuzuwenden. Von jeder arbeitsfähigen Person darf erwartet werden, dass sie ihren Beitrag zu Beschäftigung, Steuern und Abgaben leistet.

8 Verlässlichkeit schaffen

Unternehmen sind nur bereit, langfristig zu investieren, wenn sie sich auf möglichst stabile Rahmenbedingungen verlassen können. Zu nennen sind hier neben dem Steuer- und Abgabensystem und der Arbeitsmarktpolitik unter anderem auch die Energiepreise, die Klimapolitik und die bürokratischen Belastungen. Schon allein aus diesem Grund muss sich die Politik an den Grundsätzen der Sozialen Marktwirtschaft orientieren.

9 Nachhaltigkeit: Ökonomie stärker berücksichtigen

Unter Nachhaltigkeit verstehen wir eine wirtschaftliche, soziale und ökologische Nachhaltigkeit. Die Politik ist gefordert, einen Nachhaltigkeitsrahmen zu definieren, der allen drei Aspekten der Nachhaltigkeit gerecht wird und Deutschland als Wirtschafts- und Industriestandort nicht gefährdet. Der Klimawandel ist ein weltweites Phänomen, das sich durch unilaterales Handeln innerhalb unserer Region oder Deutschlands nur begrenzt beeinflussen lässt. Eine Energie- und Klimapolitik, die die Gefahr einer voranschreitenden Deindustrialisierung mit unübersehbaren Folgen für andere Branchen birgt, lehnen wir ab. Die Zeitpläne zur CO_2-Reduktion müssen Hand in Hand gehen mit der internationalen Wettbewerbsfähigkeit unserer Industrieunternehmen. Die Energieversorgung spielt hierbei die wichtigste Rolle: Grundlastfähigkeit und Bezahlbarkeit, auch der Netzentgelte und anderer Abgaben, sind hierbei essenziell. Regulatorische Redundanzen, die die Unternehmen unnötig belasten, sind abzubauen: Der sukzessive Anstieg des CO_2-Preises reicht als marktfähiges Instrument vollkommen aus, um das Verhalten von Wirtschaft und Gesellschaft in Richtung CO_2-Neutralität zu verändern. Zahlreiche andere regulatorische Vorgaben verursachen dagegen nur unnötige Bürokratie und belasten die Wirtschaft.

Ansprechpartner in der IHK Bonn/Rhein-Sieg
Dr. Hubertus Hille | h.hille@bonn.ihk.de | Tel. 0228 2284-103

Sonderthema: Schuldenbremse und Sondervermögen

Der alte Bundestag hat am 18. März 2025 eine Reform der Schuldenbremse und die Schaffung neuer Sondervermögen beschlossen.

Verteidigung

Durch die Entwicklungen in der Ukraine und den USA ist eine neue Bedrohungslage entstanden. Die äußere Sicherheit und die Verteidigungsfähigkeit Deutschlands und Europas sind in den Fokus der Politik gerückt. Durch die Unterfinanzierung in den letzten Jahrzehnten besteht massiver Investitionsbedarf in eine entsprechende Aufrüstung und Modernisierung, insbesondere der Bundeswehr. Die über 1 Prozent des BIP hinausgehenden Ausgaben sollen nicht auf die Schuldenbremse angerechnet werden, so der Beschluss. Damit soll eine Kreditaufnahme für Verteidigungszwecke auch außerhalb der Schuldenbremse ermöglicht werden.

Die Forderungen der IHK Bonn/Rhein-Sieg sind

- Langfristig sollte der Haushalt wieder so ausgerichtet werden, dass er auch die notwendigen Ausgaben für die Verteidigung abdeckt.

Infrastruktur

Hinzu kommt die Herausforderung der Sanierung der maroden Infrastruktur in der Region. Hiervon sind u.a. alle Verkehrswege betroffen, insbesondere Brücken, das Straßen- und Schienennetz. Es besteht weitgehend Einigkeit darüber, dass hier verstärkt investiert werden muss. Hier wird es ein Sondervermögen geben. Allerdings fehlt hier noch eine klare Abgrenzung und Priorisierung der hieraus zu finanzierenden Maßnahmen. Zudem sind kurzfristig weder die Bauindustrie noch die betroffenen Behörden in der Lage, eine große Anzahl neuer Projekte umzusetzen. Hierzu müssten erst entsprechende Kapazitäten geschaffen und Fachkräfte gefunden oder ausgebildet werden. Die Investitionen in Infrastruktur sollten klar definiert und abgegrenzt werden und über den regulären Haushalt finanziert werden.

Die Forderungen der IHK Bonn/Rhein-Sieg sind

- Langfristig sollte der Haushalt so ausgerichtet werden, dass notwendige Investitionen möglich sind und gegenüber dem Konsum priorisiert werden Das Infrastrukturdefizit ist kein neues Thema und gehört eigentlich in den normalen Haushalt!

- Schulden allein können die Probleme nicht lösen: Die notwendigen positiven Effekte auf das Wirtschaftswachstum werden nur dann erzielt, wenn vor allem Investitionen in den Infrastrukturbereichen gefördert werden, die einen echten Wachstumsbeitrag leisten.

- Die neuen Schulden dürfen künftige Generationen nicht über Gebühr belasten. Alle gesellschaftlichen Gruppen müssen zur Finanzierung der neuen Aufgaben beitragen. Schon bei Aufnahme der Schulden muss es einen Plan für den Schuldenabbau geben.

- Es müssen gleichzeitig (Konsum-) Ausgaben gekürzt werden und durch Reformen die Wettbewerbsfähigkeit der deutschen und der regionalen Wirtschaft verbessert werden. Auch das Vertrauen der Wirtschaft in eine verlässliche Wirtschaftspolitik muss wieder wachsen. Nur so entsteht Spieltraum für private Investitionen als Grundlage für Wachstum und zusätzliche Steuereinnahmen. Hierbei sind Reformen in den Bereichen der Renten-, Kranken-, und Pflegeversicherungen, des Bürgergeldes und der Belastungen durch Bürokratie, Steuern und Abgaben unerlässlich. Eine Verbesserung der Infrastruktur wird nur mit mehr Tempo bei Bau- und Genehmigungsverfahren gelingen.

Ansprechpartner in der IHK Bonn/Rhein-Sieg
Michael Schmaus | m.schmaus@bonn.ihk.de | Tel. 0228 2284-140

1. Mobilität und Verkehr

Wie es ist

Infrastruktur ist Voraussetzung für Wachstum und Wohlstand: Eine leistungsfähige Verkehrsinfrastruktur ist mitentscheidend für die Wettbewerbsfähigkeit der Region Bonn/Rhein-Sieg im regionalen, nationalen sowie internationalen Standortwettbewerb. Die schnelle, flexible und kostengünstige Mobilität von Gütern und Personen ist Voraussetzung für Wachstum und Sicherung des Standortes.

Anforderungen und Bedürfnisse ändern sich: Haushaltsstrukturen, Lebensformen, Werte und Einstellungen ändern sich ebenso wie Wohnstandorte, Arbeitsplätze und das Mobilitätsverhalten. So entdecken immer mehr junge Familien die Stadt als attraktiven Wohnort, da sich aufgrund der geringeren Wegezeiten und -kosten Familie und Beruf leichter miteinander vereinbaren lassen. Mobiles Arbeiten und Homeoffice ermöglichen eine größere Distanz zwischen Wohn- und Arbeitsort, da die Wegstrecke nicht mehr täglich zurückgelegt werden muss. Gleichzeitig erfordern befristete Arbeitsverhältnisse und freie Mitarbeit von Teilen der jüngeren Gesellschaft eine erhöhte Mobilität. An diese Entwicklungen muss die Infrastruktur stetig angepasst werden. Das betrifft auch den Güterverkehr: Alle Prognosen gehen von weiterem Wachstum aus, der Gütertransport auf der Straße wird hier die Hauptlast tragen müssen. Der Verkehr aus der Region und in sie hinein wird damit weiter zunehmen.

Schienennetz in Bonn/Rhein-Sieg hat Kapazitätsgrenzen erreicht: Weil Nah-, Fern- und Güterverkehr häufig dasselbe Gleis benutzen und sich so gegenseitig behindern, sind Verteilungskämpfe auf der Schiene inzwischen an der Tagesordnung. Ohne einen weiteren Ausbau kann die Schiene kaum noch weitere Mengen aufnehmen. Zudem steht der maroden Schieneninfrastruktur eine längere Sanierungsphase bevor, die bereits begonnen hat und leider heute schon zu einer Reduktion des Angebots im Nah- und Fernverkehr führt.

Sanierungsmaßnahmen bei Brücken und Straßen: Eine besondere Herausforderung für den Wirtschaftsverkehr stellen die geplanten Sanierungen der (Rhein-)Brücken einschließlich der A 565 als Hochstraße (»Tausendfüßler«) dar. Auf diesen Hauptachsen sind die Kapazitätsgrenzen bereits erreicht; langfristige Sanierungsmaßnahmen und Ersatzneubauten führen zu erheblichen Eingriffen in das Verkehrsgeschehen. Zudem gefährdet die aufkommende Diskussion um Denkmalschutz bei technischen Bauwerken wie Brücken deren Ertüchtigung oder Neubau im Sinne der erforderlichen verkehrlichen Leistungsfähigkeit.

Die Pendler stehen zwei Mal am Tag im Stau: Bonn gehört zu den staureichsten Städten in NRW. Die Infrastruktur ist so überlastet, dass viele Menschen die Arbeitsplätze nicht mehr mit vertretbarem Zeitaufwand erreichen können. Teils wird Infrastruktur umgewidmet, sodass sich Fahrzeiten zusätzlich verlängern. Spediteure und Dienstleister leiden unter den Bedingungen, weil sie die Stauzeiten nicht vermeiden können und deshalb einpreisen oder gar Aufträge ablehnen müssen.

Was noch zu tun ist

Die Verkehrsinfrastruktur muss dem Bedarf entsprechend weiter ausgebaut werden: Bezüglich der Straße ist insbesondere eine Stärkung der Ost-West-Verbindungen notwendig – es müssen weitere Straßen (aus)gebaut werden. Fahrrad, ÖPNV, SPNV und neue Mobilitätsformen allein reichen nicht aus, um die Mobilität zu sichern.

Projekte aus dem Bundesverkehrswegeplan planen und umsetzen: Wichtige Verkehrsprojekte aus Bonn und dem Rhein-Sieg-Kreis im Bundesverkehrswegeplan müssen in den kommenden Jahren geplant und realisiert werden. Dazu zählen neben dem sechsstreifigen Ausbau der A 565 auch die zusätzliche Rheinquerung (»Rheinspange«) A 553 sowie die Ortsumgehung in Hennef-Uckerath. Auch die umstrittene »Südtangente« sollte nicht ganz aus den Augen verloren werden, da sie einen wichtigen Beitrag zur Erhöhung der Netzresilienz leisten könnte. Baugenehmigungs- und Planfeststellungsverfahren sollten hierbei durch Standardisierung beschleunigt werden.

Wirtschaftsparkplätze schaffen: Durch den Wegfall von Parkraum entsteht ein hoher Parkdruck. Parkplätze werden zur Mangelware, da angekündigte Quartiersgaragen bisher nicht realisiert wurden. Die IHK Bonn/Rhein-Sieg spricht sich daher für die Einrichtung von Sonderparkflächen für Handwerks- und Dienstleistungsbetriebe als wichtige Ergänzung zu den Liefer- und Ladezonen aus. Eine missbräuchliche Nutzung durch andere Verkehrsteilnehmende muss durch die zuständige Ordnungsbehörde verhindert werden.

Schienenumschlagpunkte ausbauen, Bahnstrecken reaktivieren: Für den umwelt- und ressourcenschonenden Güterverkehr müssen zusätzliche Schienenumschlagpunkte für Container- und Wagenladungsverkehr untersucht, planerisch festgesetzt und erschlossen werden. Zudem sollte versucht werden, stillgelegte Schienentrassen zur Entlastung und Anbindung von verladenden Unternehmen zu reaktivieren.

Nachtflug am Flughafen Köln/Bonn weiterhin ermöglichen: Die Betriebsgenehmigung des Flughafens Köln/Bonn sieht einen uneingeschränkten Nachtflugverkehr vor. Daran ist im Interesse der Wirtschaft festzuhalten. Der Einsatz lärmarmer Flugzeuge sollte im Sinne des Lärmschutzes befördert werden – die bestehende lärmabhängige Gebührenordnung leistet hierbei bereits einen wichtigen Beitrag.

Hafen sichern und ausbauen: Der Bonner Hafen erfüllt eine wichtige Funktion als Gateway für den interkontinentalen Handel und muss deshalb in seinem Bestand gesichert werden.

ÖPNV in der Region ausbauen: Obwohl das ÖPNV-Angebot in Teilen der Region bereits ein hohes Niveau erreicht und von vielen Pendlern genutzt wird, sollte es in bestimmten Bereichen erweitert und attraktiver werden. Hierzu zählen etwa die Bonner Westbahn, verlängert bis Alfter-Witterschlick, die Bonner Seilbahn oder auch die Niederkasseler Stadtbahn. Das Deutschlandticket hat die Nutzung des ÖPNV erheblich vereinfacht und zusätzlichen Personengruppen den Zugang zu einem günstigen Dauerfahrschein ermöglicht. Jetzt gilt es, auch die Tarifstrukturen bei Einzelfahrscheinen zwischen den Verbünden im Rheinland zu vereinfachen und kundenfreundlicher zu gestalten. Für Autofahrende muss der Umstieg an Mobilstationen durch geeignete Park-&-Ride-Parkplätze erleichtert werden – eine interkommunale Aufgabe. Dazu gehören auch digitale Angebote für einen schnellen Überblick der Mobilitätsangebote. Auch Fahrgemeinschaften sollten gefördert werden.

Fahrradinfrastruktur verbessern: In der Region müssen Fahrradwege ausgebaut und ertüchtigt werden. Mit Blick auf die langfristig überlastete Infrastruktur ist das Fahrrad eine wichtige Ergänzung, ohne die eine Verkehrswende nicht gelingen kann. Der Radverkehr kann eine wichtige Entlastung auf kurzen und mittleren Strecken leisten. Ebenso sollte der Radverkehr durch Schaffung geeigneter und sicherer Abstellanlagen im Umland besser an den ÖPNV angebunden werden.

Das leistet die IHK

☐ Die IHK setzt sich sowohl innerhalb der planerischen Beteiligung als Trägerin öffentlicher Belange als auch durch ihre Gremienarbeit, insbesondere im Verkehrsausschuss, und durch Einzelgespräche mit Personen aus Verwaltung und Politik für eine gute Verkehrsinfrastruktur ein. Dabei stehen vor allem die anstehenden Sanierungen in der Region im Mittelpunkt.

☐ Die IHK befragt zudem ihre Mitgliedsunternehmen regelmäßig zur Verkehrssituation sowie den Anforderungen und bringt sich in Diskussionen konstruktiv mit Ideen und Lösungsvorschlägen ein.

Ansprechpartner in der IHK Bonn/Rhein-Sieg
Prof. Dr. Stephan Wimmers | s.wimmers@bonn.ihk.de | Tel. 0228 2284-142
Till Bornstedt | t.bornstedt@bonn.ihk.de | Tel. 0228 2284-145

2. Gewerbeflächen und Ansiedlungen

Wie es ist

Die Region Bonn/Rhein-Sieg ist eine Wachstumsregion mit entsprechendem Bedarf an Gewerbe- und Industrieflächen: Diese werden vor allem benötigt, um bereits ansässige Unternehmen bei notwendigen Standorterweiterungen in der Kommune oder zumindest in der Region zu halten. Besonders für die räumlich begrenzte, intensiv bebaute und nutzungsgemischte Stadt Bonn wird es immer schwieriger, geeignete Wirtschaftsflächen zu schaffen oder in ihrer Nutzung festzuschreiben. Hier stellt die Flächenkonkurrenz zwischen den Nutzungsarten Wohnen und Gewerbe eine besondere Herausforderung dar. Gegenwärtig stehen nur noch geringe Flächenreserven zur Verfügung: in der Stadt Bonn knapp 30 Hektar, im Rhein-Sieg-Kreis rund 300 Hektar. Die Reichweite dieser Flächenreserven beträgt nur noch wenige Jahre und droht zum Hemmnis für die gewerbliche Wirtschaft in der Region zu werden.

Keine Kommune kann die Problematik der Gewerbeflächenverfügbarkeit alleine lösen: Es scheitert entweder an der Flächenverfügbarkeit oder an dem durch die Bezirksregierung kommunal zugesprochenen Bedarf. Das gemeinsame Fachgutachten Gewerbe- und Industrieflächen für Bonn und den Rhein-Sieg-Kreis zeigt Auswege auf: Hier wurden im gesamten IHK-Bezirk Potenzialflächen identifiziert, die auch interkommunal entwickelt werden können. Die Region kann mit diesem Hilfsmittel das Flächenproblem angehen sowie die Wirtschaftskraft erhalten und weiter stärken. Die Untersuchungsergebnisse sind in den Regionalplan eingeflossen, der zurzeit neu erstellt wird, und teils planerisch festgehalten worden, um zukünftig entwickelt werden zu können.

Agglomerationskonzept als regionale Blaupause: Das Agglomerationskonzept ist ein für die Region Köln/Bonn entwickeltes Strukturkonzept für den Zeitraum 2040+ und stellte unter anderem einen integrierten Fachbeitrag für den neu aufzustellenden Regionalplan Köln dar. Es basiert auf verschiedenen planerischen Leitlinien und gibt Empfehlungen, wo sich Wohnraum, Gewerbeflächen und Infrastruktur ansiedeln lassen. Das Konzept wird derzeit in das umsetzungsorientierte Agglomerationsprogramm überführt, wodurch Projekte, wie das klimagerechte Gewerbegebiet Beuel-Ost, das »Maarwerk« in

Bonn oder auch die »GrüneMine« in Swisttal, gefördert und umgesetzt werden, damit sie als »Leuchttürme« in die gesamte Region strahlen.

Starke Nachfrage nach Büroflächen: Der Bedarf an Büroflächen in der Region stieg in der jüngeren Vergangenheit rasant; eine geringe Leerstandsquote – insbesondere in Bonn – zeugt davon. Die Bauaktivität ist aufgrund der gestiegenen Bau- und Zinskosten zurückgegangen. Die Nutzung von mobilem Arbeiten/Homeoffice führt nicht zu einer geringeren Nachfrage nach Büroraum. Bestehender Raum wird oftmals zu »New Work«-Modellen umfunktioniert. Es besteht weiterhin Bedarf an zusätzlichen modernen Bürogebäuden.

Was noch zu tun ist

Bebauungspläne aktualisieren: Die Bebauungspläne sind oft veraltet. Das verhindert Ansiedlungen und Erweiterungen von Unternehmen und entspricht oftmals nicht mehr modernen Anforderungen. Bebauungspläne sollten daher aktuell gehalten werden, sodass auch Betriebserweiterungen und Neuansiedlungen zügig umgesetzt und Genehmigungsverfahren verkürzt werden können. Hierzu sollten ausreichende personelle Kapazitäten bereitgehalten oder auf externe Planungsbüros zurückgegriffen werden. Eine Digitalisierung des gesamten Vorgangs und der ämterübergreifenden Zusammenarbeit könnte weitere Effizienzreserven heben.

Ausreichende Flächenreserven vorhalten: Der neue Regionalplan wird viele neue Gewerbegebiete ausweisen. Diese müssen rasch in die kommunale Bauleitplanung überführt werden, sodass die Gewerbegebiete für Unternehmen auch tatsächlich schnell zur Verfügung stehen. Die neuen Gewerbegebiete sollten dabei mit so geringen Restriktionen wie möglich belastet sein, sodass sich ein breites Spektrum an Unternehmen unterschiedlicher Branchen dort niederlassen kann. Die Erkenntnisse aus dem NEILA-Prozess sollten hier einfließen. Gewerbeflächen sollten auch dann ausgewiesen werden können, wenn sie keinen ÖPNV-Anschluss besitzen. Dieser wäre zwar wünschenswert, darf aber keine »conditio sine qua non« darstellen.

Gewerbeflächen gemeinsam bereitstellen: In vielen Kommunen können sich Unternehmen nicht mehr erweitern. Der Flächenbedarf kann zum Teil nur interkommunal gedeckt werden. Es gibt noch zu wenig Zusammenarbeit der Kommunen untereinander. Bonn und die Kommunen im Rhein-Sieg-Kreis sollten noch stärker als bisher interkommunale Gewerbegebiete entwickeln. Dazu ist es wichtig, ein Modell zu vereinbaren, bei dem sich die beteiligten Kommunen die Erschließungskosten teilen – und die Steuereinnahmen. Einzelne erfolgreiche Kooperationen sollten auf die gesamte Region übertragen werden.

Anbindung der Arbeitsplätze verbessern: Viele Gewerbegebiete sind nur unzureichend an das ÖPNV-/SPNV-Netz angeschlossen. Für viele Menschen stellt daher das Auto die einzige Möglichkeit dar, den Arbeitsplatz zu erreichen. Ziel muss es also zum einen sein, andere Möglichkeiten für den Arbeitsweg, wie etwa On-demand-Verkehre, anzubieten, zum anderen, das Leitbild der »räumlichen Nähe von Wohnen und Arbeiten« verstärkt wieder in die Planung aufzunehmen.

Mischquartiere flexibel planen: Gemischte Büro- und Wohnquartiere sind heutzutage State of the Art. Vor dem Hintergrund, dass auch Bürogebäude möglichst flexibel weitergenutzt werden können, sollte sowohl in der Planung als auch in der baulichen Umsetzung hinreichende Flexibilität in der Nutzung vorgesehen werden.

Das leistet die IHK

☐ Die IHK Bonn/Rhein-Sieg nimmt als Trägerin öffentlicher Belange im Rahmen ihrer Beteiligung gemäß Baugesetzbuch Stellung zu allen Planvorhaben auf kommunaler Ebene. Sie setzt sich so für eine ausgeglichene Flächenverfügbarkeit ein und sorgt dafür, dass der Bestand an Wirtschaftsflächen in Umfang und Nutzung gesichert wird.

☐ Die IHK wirkt zudem in den regionalen Gremien mit, die die Flächenplanungen für den Zeithorizont 2040+ verfolgen. Hierdurch soll ein ausreichendes Flächenpotenzial für die nächsten Jahre geschaffen werden, sodass Wirtschaftswachstum, Expansion und Neuansiedlungen ermöglicht werden.

☐ Die IHK setzt sich für eine interkommunale Kooperation bei Flächenentwicklungen ein, da die Herausforderungen der Region nur aus der Region selbst heraus gelöst werden können.

Ansprechpartner in der IHK Bonn/Rhein-Sieg
Prof. Dr. Stephan Wimmers | s.wimmers@bonn.ihk.de | Tel. 0228 2284-142
Till Bornstedt | t.bornstedt@bonn.ihk.de | Tel. 0228 2284-145

3. Industrie

Wie es ist

Bedeutung der Industrie für die Gesamtwirtschaft – Herausforderungen durch Deindustrialisierung: Die Industrie bleibt trotz des Strukturwandels und der zunehmenden Dominanz des Dienstleistungssektors ein zentraler Wirtschaftsfaktor in der Region Bonn/Rhein-Sieg. Sie bildet die Grundlage für viele Arbeitsplätze in Dienstleistung und Logistik und ist eng mit diesen vernetzt. Doch die beginnende Deindustrialisierung, geprägt durch den Rückgang von Produktionsstandorten und angefacht durch hohen Wettbewerbsdruck, zunehmende Bürokratisierung, international vergleichsweise hohe Energiepreise und Fachkräftemangel, stellt eine ernsthafte Herausforderung dar. Der Verlust industrieller Arbeitsplätze hat weitreichende Folgen für Zulieferer und Dienstleister, was die wirtschaftliche Stabilität der gesamten Region gefährdet. Lokale Klimaziele, die über die Zielsteuerung der Bundesregierung oder der Europäischen Union hinausgehen, wirken sich negativ auf die Attraktivität des Standorts aus.

Die Industrie steht am Anfang der Wertschöpfungskette: Sollte sie wegbrechen, sind auch die nachfolgenden Wertschöpfungsstufen betroffen. Gerade die wechselseitige Nachfrage und Auftragsvergabe von Industrie, Logistik, Handel und unternehmensnahen Dienstleistungen sichert den Bestand der Wirtschaft insgesamt. Die Industrie ist bedeutender Arbeitgeber und wichtiger Auftraggeber. Allerdings wird der gute Ruf, den die deutsche Industrie in aller Welt genießt, in der Heimat oft nicht gehört. Zunehmend werden nötige Investitionen aufgrund der oben skizzierten Probleme im Ausland und nicht im Inland durchgeführt.

Industrie leidet immer noch an Akzeptanzproblemen: Noch immer wird die Industrie in weiten Teilen der Bevölkerung mit Lärm, Gerüchen, großem Energie- und Ressourcenverbrauch sowie zusätzlichem Verkehr gleichgesetzt. Dabei haben viele Industrieunternehmen bereits den Verbrauch von Energie, Wasser und Rohstoffen in ihrer Produktion und ihren Produkten erheblich gesenkt, ihren CO_2-Ausstoß deutlich reduziert und dies auch durch Umwelt- und Nachhaltigkeitsberichte dokumentiert. Ebenso engagieren sich etliche Unternehmen bei regionalen Energieeffizienz- und Umweltschutzinitiativen.

Es ist ihnen bewusst, dass nur ein sorgsamer Umgang mit den Ressourcen eine lebenswerte Umwelt für uns und unsere Kinder erhält. Beispielsweise tragen regionale Industriebetriebe mit innovativen Lösungen dazu bei, aktuelle Umweltprobleme zu bewältigen. Während der Corona-Pandemie produzierten sie wichtige Schutzkleidung oder Luftfilter.

Industrie steht für Innovation und Internationalität: Viele Patente, die jährlich von Unternehmen der Region Bonn/Rhein-Sieg angemeldet werden, beweisen die Innovationskraft der Industrie. Die Industrie ist Fortschrittsmotor und Impulsgeberin, die fortlaufend neue Ideen entwickelt und dafür sorgt, dass unser Leben tagtäglich ein bisschen besser wird. Ebenso steht die Industrie für ausgefeilte Technik und hohes Know-how. Die oftmals familiengeführten Unternehmen sind in der Region zu Hause, aber gleichzeitig weltweit unterwegs. Viele sind Weltmarktführer und Hidden Champions, deren Produkte sehr stark nachgefragt werden. Durch Exporte in die ganze Welt wird auch der Wohlstand in unserer Region gesichert.

Was noch zu tun ist

Gewinnung von Auszubildenden/Fachkräften für gewerbliche Berufe unterstützen: Viele Industrieunternehmen leiden enorm unter dem Fachkräftemangel in den gewerblichen Berufen. Formate wie Ausbildungsmessen oder Kampagnen wie »#könnenlernen« oder auch »Jump-in« tragen zur Gewinnung von Auszubildenden und damit zu einer Verbesserung der Situation bei. Dennoch sind die Azubi-Zahlen in vielen Branchen weiter rückläufig. Bestehende Formate zur Kooperation zwischen Schulen und Unternehmen, wie Azubi-Börsen, sollten fortgeführt und ausgebaut werden. Es braucht aber auch neue Formate, um Schülerinnen und Schülern in Kontakt mit Industriebetrieben zu bringen.

Industriegebiete für die Expansion der Unternehmen sichern und Besonderheiten der Industrie berücksichtigen: Um stetig weiter zu wachsen, sind Unternehmen regelmäßig darauf angewiesen, ihre Betriebsflächen am Standort zu vergrößern. Hier bestehen häufig Restriktionen durch fehlende Flächen oder aber Wohnbebauung, die im Laufe der Zeit an die Gewerbe- und Industriegebiete herangerückt ist. Wünschenswert wäre eine stärkere Sensibilisierung der kommunalen Planungsämter für die Besonderheiten von Industriebetrieben und ein regelmäßiger Austausch mit den ansässigen Industriebetrieben.

Genehmigungsverfahren und Umgang mit Industrie praxisorientierter gestalten: Viele Unternehmen klagen über die langen Planungs- und Prozessabläufe bei Genehmigungsverfahren, teils warten sie mehrere Jahre auf eine entsprechende Bau- oder Betriebsgenehmigung. Die Verfahren sollten wirtschaftsfreundlicher gestaltet und vor allem beschleunigt werden. Zudem sollten Behörden in der Zusammenarbeit mit der Industrie auf einen praxisorientierten Ansatz setzen, damit etwa regulatorische Anforderungen möglichst effizient durch die Betriebe erfüllt werden können.

Infrastruktur insbesondere mit Blick auf die Industrie verbessern: Gerade Industriebetriebe sind auf eine funktionierende Verkehrsinfrastruktur und schnelle Breitbandinfrastruktur angewiesen. Hier gilt es, im Hinblick auf störungsfreie Logistikprozesse die an vielen Stellen marode Straßeninfrastruktur zu ertüchtigen und eine Breitbandinfrastruktur zu schaffen, die den zunehmenden Anforderungen durch die Digitalisierung gerecht wird.

Akzeptanz für Industrie erhöhen und Industrie halten: Gerade Erweiterungspläne von Industrieunternehmen stoßen in der Nachbarschaft aus unterschiedlichen Gründen häufig auf Ablehnung. Hier sind Bürgermeister und Bürgermeisterinnen sowie Wirtschaftsförderungen aufgerufen, sich gemeinsam mit der IHK für die Pläne der Unternehmen einzusetzen, statt diese aus taktischen Gründen abzulehnen. Zudem sollte die Politik die Industrie stärken, indem sie um Unternehmensnachfolgen wirbt, um die industrielle Basis und Arbeitsplätze in der Region langfristig zu erhalten.

Das leistet die IHK

Die Initiative »In|du|strie – Gemeinsam. Zukunft. Leben.« der IHK Bonn/Rhein-Sieg und kooperierender Organisationen vereint regionale Industrieunternehmen und Stakeholder, um ein modernes Bild der Industrie zu vermitteln und deren Bedeutung für Wirtschaft und Gesellschaft hervorzuheben. Die »Kunststoff-Initiative« verfolgt das Ziel, die Öffentlichkeit über den Werkstoff Kunststoff zu informieren und gleichzeitig die Bedeutung der Kunststoff-Branche in der Region Bonn/Rhein-Sieg bekannter zu machen. Die IHK hat beide Initiativen ins Leben gerufen und setzt sich gemeinsam mit ihnen und ihren Stakeholdern für die Stärkung der gewerblichen Unternehmen der Region ein.

☐ Mit »Jump-in« wurde ein Format geschaffen, das Schülerinnen und Schüler praxisnahe Einblicke in verschiedene Berufe ermöglicht, indem es ihnen erlaubt, Unternehmen direkt zu besuchen und deren Arbeitsalltag kennenzulernen. Dies fördert den Austausch zwischen jungen Menschen und Betrieben, unterstützt die Berufsorientierung und hilft Unternehmen dabei, potenzielle künftige Fachkräfte zu gewinnen.

☐ Um Erweiterungspläne erfolgreich umsetzen zu können, ist von Seiten der Unternehmen eine frühzeitige und transparente Kommunikation gegenüber der Kommune, aber auch gegenüber den Anwohnenden notwendig. Hier nimmt die IHK Bonn/Rhein-Sieg auf Wunsch eine vermittelnde und moderierende Funktion ein.

☐ Im Rahmen ihres Veranstaltungsangebots bietet die IHK zudem ein Forum für die Belange und Themen, die speziell Industrieunternehmen berühren. Außerdem informiert die IHK die Verwaltung und Politik in Veröffentlichungen über die Lage der Industrie und die Erwartungen der Industrie an die Politik.

4. Digitalisierung

Ansprechpartner in der IHK Bonn/Rhein-Sieg
Prof. Dr. Stephan Wimmers | s.wimmers@bonn.ihk.de | Tel. 0228 2284-142
Armin Heider | a.heider@bonn.ihk.de | Tel. 0228 2284-144

4. Digitalisierung

Wie es ist

Starker IT-Standort Bonn/Rhein-Sieg: In der Region Bonn/Rhein-Sieg sind rund 4.500 ITK-Unternehmen ansässig. Das sind etwa acht Prozent aller rund 56.000 IHK-Mitgliedsunternehmen. Der Anteil der gut 25.000 sozialversicherungspflichtig Beschäftigten in der ITK-Branche an allen sozialversicherungspflichtig Beschäftigten im IHK-Bezirk beträgt etwa sieben Prozent. Damit trägt der Sektor erheblich zur Beschäftigung in der Region bei. Darüber hinaus ist Bonn ein bedeutender nationaler und internationaler Standort für Cybersicherheit. Die weitere Stärkung der Branche in der Region ist auch ein Ziel der geplanten Zusatzvereinbarung zum Berlin/Bonn-Gesetz.

Vielfältige Unternehmensstrukturen: Unter den in Bonn/Rhein-Sieg ansässigen IT-Unternehmen befinden sich einige »Big Player«. Zusätzlich zu diesen Konzernen hat in der Region eine Reihe kleinerer und größerer Mittelständler der IT-Branche ihren Sitz, die in ihrem jeweiligen Segment zu den Marktführern in Deutschland zählen. Sie versorgen die Verbraucherinnen, Verbraucher und Unternehmen bundesweit mit Softwareprodukten und Dienstleistungen. Eine lebendige und durch verschiedene Institutionen geförderte Start-up-Szene sowie aktive Accelerator-Angebote tragen dazu bei, dass innovative Betriebe entstehen.

Thematische Netzwerke: Der Digital Hub Region Bonn und das Cyber Security Cluster Bonn verfolgen das Ziel, die Region als führendes Ökosystem in den Bereichen Digitalisierung und Cybersicherheit zu erhalten und auszubauen. Der Digital Hub Region Bonn bietet eine Vielfalt an Veranstaltungen für Gründende an und ist eine Entwicklungs- und Begegnungsstätte für Start-ups, Unternehmen, Wissenschaft und Forschung. Das Cyber Security Cluster Bonn kümmert sich um die Vertiefung und Anwendung des Wissens zu Cybersicherheit sowie die Koordinierung der Aus- und Weiterbildung von Fachkräften. Zusätzlich unterstützt beispielsweise das Kompetenzzentrum für Cybersicherheit in der Wirtschaft, Digital.Sicher.NRW, kleine und mittlere Unternehmen bei der digitalen Selbstverteidigung.

Wissenschaft und Forschung stark vertreten: Führende wissenschaftliche Institutionen, wie die Rheinische Friedrich-Wilhelms-Universität Bonn, die Hochschule Bonn-Rhein-Sieg und die Fraunhofer-Gesellschaft mit mehreren Instituten, setzen wichtige Impulse für aktuelle IT-Trendthemen, wie Künstliche Intelligenz (KI) und Cybersicherheit. Darüber hinaus hat das Land NRW die Finanzierung des Cyber Campus NRW (CCNRW) verlängert. Der CCNRW ist ein Zusammenschluss der Hochschulen Bonn-Rhein-Sieg und Niederrhein. Auf dem Campus Sankt Augustin werden der Bachelor- und der Masterstudiengang Cyber Security & Privacy angeboten; mehr als 300 Studierende sind dafür eingeschrieben. Der Studiengang Digitale Forensik (Bachelor) wird von beiden Hochschulen gemeinsam durchgeführt. Hinzu kommen viele neu geschaffene Lehrangebote und deren Ausbau sowie zahlreiche Spezialisierungsmöglichkeiten im Bereich Informatik.

Was noch zu tun ist

Smart-City-Ausbau vorantreiben: Im »Smart City Index 2024« des Bitkom e. V. belegt Bonn im nationalen Städtevergleich Platz 31 – mit Verbesserungspotenzial insbesondere in den Bereichen Verwaltung, Energie/Umwelt sowie Gesellschaft/Bildung. Allen voran sollte der Aufwand zur Nutzung von Verwaltungsdienstleistungen durch die Wirtschaft weiter reduziert werden. Zudem müsste die Stadt Bonn die Digitalisierung der Angebote auf Basis der Anforderungen des E-Governments und Onlinezugangsgesetzes (OZG) mithilfe ihres Chief Digital Officers (CDO) konsequent vorantreiben.

Institutionen erhalten und fördern: Das vorhandene institutionelle Umfeld (Bundesamt für Sicherheit in der Informationstechnik, Bundesnetzagentur, Bundesdatenschutzbeauftragter etc.) muss erhalten bleiben und für die ITK-Branche aufgrund deren regionaler Stärke und Bedeutung ihrer Dienstleistungen für die Wirtschaft in der Region weiter ausgebaut werden. Aus Förderinitiativen entstandene Kompetenzzentren müssen nach Auslaufen der Förderung, auch durch Einsatz öffentlicher Mittel, erhalten werden. Die Region sollte sich beispielsweise mithilfe der Wirtschaftsförderung darum bemühen, weitere für die ITK-Branche wichtige Institutionen anzusiedeln sowie Synergien zu schaffen, die einen Ausbau vorhandener Institutionen begünstigen.

Veranstaltungsformate und Zusammenarbeit ausbauen: Ebenso wichtig ist es, die Vernetzung und den Austausch über Digitalisierungstrends mit vorhandenen Institutionen durch Veranstaltungen und über digitale Plattformen voranzutreiben. Eine Zusammenarbeit der Kommunen untereinander sowie mit der Branche und die regelmäßige Einbeziehung der Wirtschaft bei kommunalpolitischen ITK-Themen ist für einen starken ITK-Standort elementar. Die Stärkung der interkommunalen Kooperation sowie der

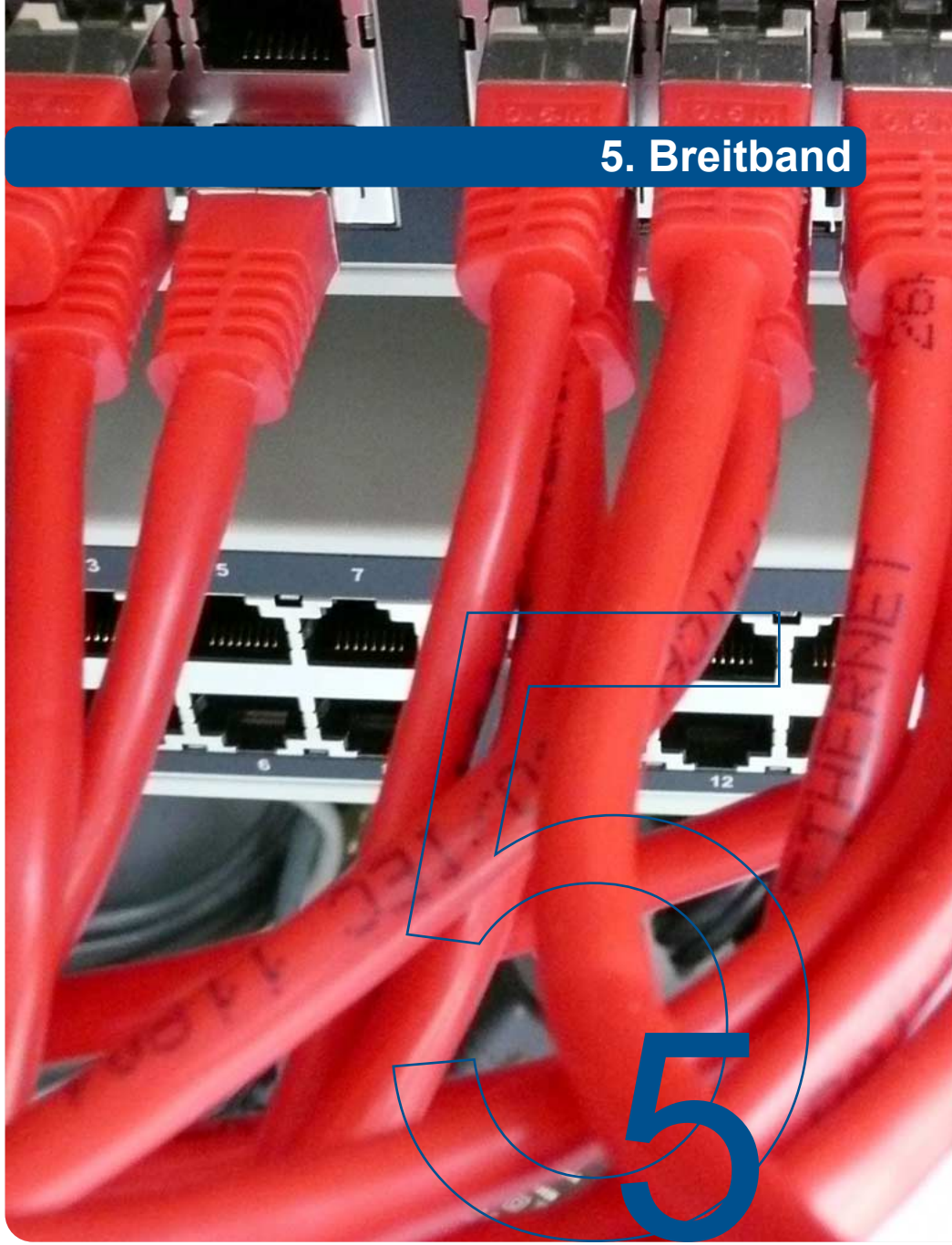
Zusammenarbeit in der Metropolregion Rheinland in Digitalisierungsfragen muss forciert, die Geschwindigkeit in öffentlichen Projekten erhöht werden. Neben den institutionellen Netzwerken müssen auch Initiativen und Netzwerke der Privatwirtschaft gestärkt und die Zusammenarbeit zwischen Kommunen, Kreis und diesen Netzwerken gefördert werden. Mit der regionalen und lokalen Politik sollte darüber gesprochen werden, wie IT-Themen ganz grundsätzlich stärker berücksichtigt werden können.

Umgang mit Cybersicherheit und KI: Die EU-Richtlinie zur Cybersicherheit (NIS-2) und der AI Act sind aktuelle Regelwerke mit immensen Auswirkungen auf die ITK-Branche. Um die IT-Region weiterzuentwickeln und gleichzeitig die gesetzlichen Vorschriften einzuhalten, ist für die Unternehmen eine rechtliche und technische Unterstützung durch die verschiedenen regionalen ITK-Netzwerke unerlässlich. Hierfür lassen sich beispielsweise der Leitfaden des Bitkom e. V. und die Positionierung der DIHK zur nationalen Umsetzung als Informationsquelle nutzen. Um Wettbewerbsnachteile durch eine restriktive Auslegung der KI-Verordnung zu verhindern, spricht die IHK sich für eine verbindliche und einheitliche Anwendung und Umsetzung auf EU-Ebene, für eine Entbürokratisierung etwa in Form einer Reduzierung der Nachweispflichten und für die Bundesnetzagentur als zentrale KI-Marktüberwachungsbehörde aus. Die Stärkung der Digitalkompetenz der Gesellschaft insgesamt gehört ebenfalls zu den wichtigen Herausforderungen, auch in der Region Bonn/Rhein-Sieg.

Das leistet die IHK

- Die IHK unterstützt seit einigen Jahren den Aufbau und die Fortführung von Projekten, wie dem Digital Hub Region Bonn und dem Cyber Security Cluster Bonn. Dadurch sollen die Start-up-Szene, die themenorientierte Standortförderung und das externe Profil des IT-Standortes gestärkt werden.

- In Kooperation mit IT-Verbänden, Wissenschafts- und Forschungseinrichtungen, regionalen und überregionalen Unternehmen und anderen Partnern bietet die IHK der Wirtschaft Know-how im Bereich Digitalisierung in den unterschiedlichsten Formaten an.



Ansprechpartner in der IHK Bonn/Rhein-Sieg
Prof. Dr. Stephan Wimmers | s.wimmers@bonn.ihk.de | Tel. 0228 2284-142
Bernhard Christ | b.christ@bonn.ihk.de | Tel. 0228 2284-245

5. Breitband

Wie es ist

Eigenwirtschaftlicher Glasfaserausbau: Für die kreisfreie Stadt Bonn wird im Gigabitatlas des Bundes eine Glasfaserquote von 12,8 Prozent für Direktanschlüsse am Gebäude (Fiber to the Home/Fiber to the Building (FTTH/FTTB)) angegeben. Die Anschlussqualitäten der übrigen Breitbandanbindungen über andere Technologien sind – je nach Anschlussgeschwindigkeit – mit 93,6 bis 98,7 Prozent angegeben. Für den Rhein-Sieg-Kreis wird im Breitbandatlas des Bundes eine Glasfaserquote für Direktanschlüsse an Gebäuden von 24,7 Prozent angegeben. Dafür sind die Anschlussqualitäten der übrigen Breitbandanbindungen über andere Technologien geringer. Je nach Anschlussgeschwindigkeit liegt die Quote zwischen 63,1 und 97,5 Prozent. Kreis und Stadt bleiben insgesamt hinter der bundesweiten FTTH-/FFTB-Glasfaseranschlussquote von durchschnittlich 35,6 Prozent zurück. Für den Glasfaserausbau in Bonn hat die Stadt Anfang 2023 eine Vereinbarung mit der Westconnect GmbH getroffen. Das Unternehmen will größere Teile des Stadtgebiets eigenwirtschaftlich mit Glasfaser versorgen. Laut Stadt sollen bis Ende 2025 rund 30.000 Adresspunkte mit insgesamt rund 106.000 Haushalten und Gewerbeeinheiten mit einer schnellen Glasfaseranbindung von mindestens einem Gigabit erschlossen werden. Das entspricht etwa 60 Prozent aller Bonner Haushalte und Gewerbeeinheiten.

Fokus auf die letzte Meile: Herausforderung für die Breitbandverfügbarkeit in Unternehmen bleibt die sogenannte »letzte Meile«, da auch dem Vectoring (Zusammenschaltung von Kupferleitungen zur Erhöhung der Übertragungsrate) physikalische Grenzen gesetzt sind. Die erreichbare Geschwindigkeit und die häufige Aufteilung der Kapazitäten zwischen mehreren Anschlussinhabern führen dazu, dass Unternehmen datenintensive Anwendungen nicht in Anspruch nehmen können. Ohne einen breitbandigen Anschluss werden Unternehmen diese Datenmengen für unterschiedliche Anwendungen, zum Beispiel im Bereich der 3D-Visualisierung, Videobearbeitung oder Künstlichen Intelligenz, nicht oder nur sehr zeitintensiv übertragen können.

Breitband als wichtigster Standortfaktor: Laut Standortumfrage der IHK Bonn/Rhein-Sieg belegte die Breitband- und Mobilfunkversorgung bei den Unternehmen bereits 2022 den Spitzenplatz aller relevanten Standortfaktoren. Zufrieden waren die Betriebe jedoch nicht: Für die Qualität der Breitband- und Mobilfunkausstattung vergaben sie lediglich die Note 3,4, wobei hier die Stadt Bonn etwas besser abschnitt als der Rhein-Sieg-Kreis. Trotz des öffentlich geförderten Ausbaus (»Weiße-und-graue-Flecken-Programm«) kann sich die mangelnde Versorgung mit Breitband negativ auf die Standortentscheidungen von Unternehmen auswirken.

Weiße und graue Flecken bei der Mobilfunkabdeckung: Im Bereich der mobilen Internettechnologien, wie 4G (LTE) und 5G existieren in Bonn keine weißen Flecken. Graue Flecken, also Flächen, die von mindestens einem, aber nicht von allen Netzbetreibern mit 4G oder 5G versorgt sind, gibt es hingegen schon: 5,3 Prozent. Im Rhein-Sieg-Kreis ist die Ausbausituation aufgrund von Topografie und Besiedelung in einzelnen Kommunen und Ortsgemeinden herausfordernder. Hier gibt es sogar noch 1,2 Prozent weiße Flecken, das heißt völlig unversorgte Gebiete. Graue Flecken kommen auf insgesamt 13,6 Prozent und damit auf mehr als im NRW-Durchschnitt, der bei 11,7 Prozent liegt.

Was noch zu tun ist

Herausforderungen der Zukunft frühzeitig erkennen und einbeziehen: Durch Technologien, wie KI, Data Analytics/Big Data, oder 5G-Anwendungen, wie dem vollautomatisierten Verkehr, werden der erforderliche Datendurchsatz der Netze und der Bedarf nach zukunftsorientierten Anbindungen stetig steigen. Herausforderungen für die Verfügbarkeit sollten frühzeitig erkannt und in die Planungen der Netze einbezogen werden. Ein Ausbau der Netze sollte dabei immer auf maßgebliche und skalierbare Technologien, zum Beispiel Glasfaser, setzen. Dies muss in den Förderprogrammen von Bund und Land berücksichtigt werden.

Netzabdeckung in der Region erhöhen: Um die Attraktivität des Standortes auch im ländlichen Raum zu erhöhen, bedarf es heute einer flächendeckenden Netzabdeckung. Hier ist durch die Kommunen in Zusammenarbeit mit den Telekommunikationsanbietern eine Netzabdeckung zumindest mit LTE-Standard im gesamten IHK-Bezirk, speziell im zersiedelten rechtsrheinischen Raum, anzustreben, um die Abwanderung von Unternehmen zu verhindern und für Bürger und Wirtschaft den Zugang auch zu digitalen Angeboten der Kommunen zu ermöglichen. Ferner sollte ein schneller Ausbau der 5G-Technologie und die Schaffung von regionalen Campusnetzwerken in Unternehmen sowie Bildungs- und Forschungseinrichtungen unterstützt werden.

Allgemeinwohl vor Einzelinteressen: Der Ausbau und die Pflege einer leistungs- und zukunftsfähigen Infrastruktur sollten stets im Mittelpunkt der politischen Bemühungen stehen. Hierbei sollte das Allgemeinwohl durch eine breitbandige Anbindung vor Einzelinteressen gestellt werden. Dies gilt besonders für Infrastrukturprojekte, die der Standorttreue von Unternehmen dienen, die auf eine flächendeckende Verfügbarkeit von Breitbandanschlüssen in Gewerbegebieten angewiesen sind. Die öffentliche Hand sollte Technologien für eine starke Senderinfrastruktur, zum Beispiel das Long Range Wide Area Network (LoRaWAN), im Blick behalten und fördern.

Dialog und Fachkräfte fördern, neue Finanzierungsformen finden: Ein stetiger Dialog zwischen Politik, Verwaltung, Wirtschaft und Bevölkerung über den aktuellen und zukünftigen Bedarf wäre wünschenswert und notwendig. Die Breitbandbeauftragten sollten dabei die Herausforderungen durch zukünftige Technologien und die vermehrte Vernetzung im »Internet of Things« (IOT) erkennen und in ihre kommunale Netzplanung einbeziehen. Dort, wo sich ein wirtschaftlicher Ausbau nicht lohnt oder dieser aufgrund von Topografie oder Leitungslängen schwierig ist, sollen Kommunen und Kreise alle Finanzierungsformen und Technologien nutzen. Maßnahmen zur Ausbildung von Fachkräften im Netzausbau müssen im Sinne der zukünftigen Herausforderungen vermehrt angeboten und unterstützt werden.

Das leistet die IHK

☐ Die IHK Bonn/Rhein-Sieg sorgt durch ihr Mitwirken in Arbeitskreisen der Deutschen Industrie- und Handelskammer (DIHK) und durch ihre vielfältigen Netzwerke und Kontakte zu regionalen Ansprechpersonen, etwa den Breitbandbeauftragten, dafür, dass Bedarfe von Unternehmen ernst genommen und an die richtigen Stellen kommuniziert werden.

☐ Sie vermittelt Kontakte zu regionalen Ansprechpersonen der Telekommunikationsanbieter und bietet Informationen zur Breitbandanbindung und zu den Herausforderungen durch zukünftige Technologien.

6. Einzelhandel und Stadtentwicklung

Ansprechpartner in der IHK Bonn/Rhein-Sieg
Prof. Dr. Stephan Wimmers | s.wimmers@bonn.ihk.de | Tel. 0228 2284-142
Bernhard Christ | b.christ@bonn.ihk.de | Tel. 0228 2284-245

6. Einzelhandel und Stadtentwicklung

Wie es ist

Vitale Innenstädte und Ortszentren sind ein wichtiger Wirtschafts- und Standortfaktor: Sie sind zentraler Wirtschaftsplatz und Visitenkarte für die gesamte Kommune. Attraktive, nutzungsgemischte Innenstädte zeichnen sich durch Angebote von Handel, Gastronomie und Handwerk sowie private und öffentliche Dienstleistungen aus. Der Handel nimmt eine herausgehobene Stellung unter den Stadtfunktionen ein, da rund zwei Drittel aller Innenstadtbesucher zum Einkaufen in die Zentren strömen.

Der Einzelhandel in der Region hat lange von den guten gesamtwirtschaftlichen Rahmenbedingungen profitiert: Arbeitsplatz- und Bevölkerungswachstum garantierten ein hohes Kaufkraftniveau und überdurchschnittliche Umsätze im Einzelhandel. So konnte der Umsatz in der Region Bonn/Rhein-Sieg in den Jahren vor der Coronakrise jährlich um etwa 2,5 Prozent gesteigert werden. Hier haben vor allem Kommunen im Rhein-Sieg-Kreis zugelegt, die größere integrierte Projekte entwickelt haben. Damit konnte der Kaufkraftabfluss in die umliegenden Kommunen verringert werden. Die Entwicklung der regionalen Einzelhandelsfläche folgt dem bundesweiten Trend: So wachsen die derzeit 1,43 Millionen Quadratmeter Verkaufsfläche in Bonn/Rhein-Sieg nur gering um etwa 0,5 Prozent pro Jahr.

Erschwerte Rahmenbedingungen: Nach einer langen Wachstumsphase mit geringem Leerstand hat sich die Situation in Bonn/Rhein-Sieg in den vergangenen Jahren gewandelt. Bedingt durch ein sich änderndes Konsumentenverhalten und eine inflationsbedingte Kaufzurückhaltung, mussten einige Händler in den Innenstädten aufhören. Neben inhabergeführten Geschäften waren hiervon auch größere Ketten betroffen, was zu Leerstand und einer verringerten Attraktivität führt. Zudem setzt der weiterhin stark wachsende Onlinehandel den stationären Handel unter Druck und Zugzwang. Gleichzeitig führen Maßnahmen der Verkehrswende in Teilen der Händlerschaft zu Verunsicherung. Die Erreichbarkeit ist weiterhin sichergestellt, jedoch oft erschwert. Fahrstrecken verlängern sich, Engpässe führen zu mehr Stau, während andere Standorte besser zu erreichen sind. Ein klarer Standortnachteil, der das Kaufverhalten nachhaltig beeinträchtigt. Mangelhafte Sicherheit und Sauberkeit beeinträchtigen die Aufenthaltsqualität und damit die Umsätze.

Bei der Ansiedlung großflächiger Einzelhandelsbetriebe gelten besondere planungsrechtliche Spielregeln: Leitbild dieser Spielregeln ist der »Sachliche Teilplan großflächiger Einzelhandel«, der den Konflikt zwischen städtebaulich integrierten Standorten und Entwicklungen »auf der grünen Wiese« regelt. Besonderes Augenmerk gilt in diesem Zusammenhang den kommunalen Einzelhandelskonzepten, welche die Einzelhandelsentwicklung erfassen, analysieren und steuern.

Was noch zu tun ist

Verkaufsoffene Sonntage und Veranstaltungen fördern: Verkaufsoffene Sonntage können – in Zusammenhang mit einer anlassgebenden Veranstaltung – in einer Kommune bis zu acht Mal pro Jahr stattfinden. Dies regelt das Ladenöffnungsgesetz NRW. In der Vergangenheit kam es jedoch oft zu rechtswirksamen Klagen durch die Gewerkschaften, sodass viele verkaufsoffene Sonntage kurzfristig abgesagt werden mussten. Die anlassgebende Veranstaltung wird oft durch die lokalen Gewerbevereine finanziert, die dann auf den Kosten sitzen bleiben. Die Kommunen sollten daher die lokalen Gewerbevereine in der Planung unterstützen und sich nach Möglichkeit auch finanziell beteiligen. Die Industrie- und Handelskammern in NRW setzen sich auf allen relevanten Ebenen für Rechts- und Planungssicherheit ein.

Einzelhandels- und Zentrenkonzepte umsetzen: Sie sind geeignete Instrumente zur Steuerung des Einzelhandels und der Gemeindeentwicklung, da die Kommunen so den ersten Schritt von einer nachfrage- hin zu einer angebotsorientierten Planung gehen können. Dies gibt ansässigen wie zuziehenden Händlern Investitionssicherheit. Die festgelegten Entwicklungsziele werden jedoch erst durch die Umsetzung in der formellen Bauleitplanung bindend. Hier ist, auch unter dem Druck des interkommunalen Wettbewerbs, Stehvermögen von Politik und Verwaltung gefordert. Dies gilt auch gegenüber Partikularinteressen, die die Ziele der Konzepte konterkarieren würden. Die Konzepte sollten idealerweise alle fünf Jahre auf den Prüfstand gestellt werden.

Unterstützung für Gewerbetreibende gewährleisten: Zahlreiche Einzelhändler engagieren sich ehrenamtlich in Werbe- und Interessengemeinschaften und leisten einen

wichtigen Beitrag zur Stadtentwicklung und Attraktivitätssteigerung des Standortes. Dieses Engagement kann aber immer nur Ergänzung und nicht Ersatz für kommunale Aufgaben sein. Instrumente der Stadtentwicklung – zum Beispiel Gestaltungssatzungen – können nur dann erfolgreich sein, wenn die Gewerbetreibenden hierfür konkreten Handlungsbedarf erkennen. Ohne das ehrenamtliche Engagement der Gewerbetreibenden wären viele Straßenfeste, Märkte und Events nicht finanzierbar und stünden vor dem Aus. Darum ist die unbürokratische und langfristige Unterstützung durch die Kommunalpolitik und -verwaltung nötig.

- **Die Erreichbarkeit der Innenstädte und Einzelhandelszentren sichern:** Gerade in Zeiten des bequemen, immer stärker werdenden Onlinehandels ist es wichtig, dass die Menschen leicht in die Innenstädte und Einzelhandelszentren gelangen. Diese Erreichbarkeit ist in Bonn und im Rhein-Sieg-Kreis vielerorts gefährdet. Kundinnen und Kunden müssen die Wahl zwischen unterschiedlichen Varianten für die Fahrt in die Einzelhandelszentren haben. Ein multimodales Verkehrssystem sollte das Ziel sein. Auch das Auto darf dazugehören und sollte nicht aus der Innenstadt ferngehalten werden. So sorgen Pkw-Kunden in der Bonner Innenstadt beispielsweise für 60 Prozent des Umsatzes.

- **Aufenthaltsqualität erhöhen:** Beim Besuch der Innenstadt legen Besucherinnen und Besucher neben dem Nutzungsangebot großen Wert auf weitere Standortfaktoren, wie Sicherheit und Sauberkeit, Erholungsflächen und Stadtgrün sowie Sitzgelegenheiten, Spielflächen und Toilettenanlagen. Die Beeinflussung dieser Faktoren liegt in kommunaler Hand und hilft, die Aufenthaltsqualität der Innenstädte zu erhöhen. Hierbei darf es nicht nur bei Konzepten und Planungen bleiben: Eine zeitnahe Umsetzung ist Pflicht.

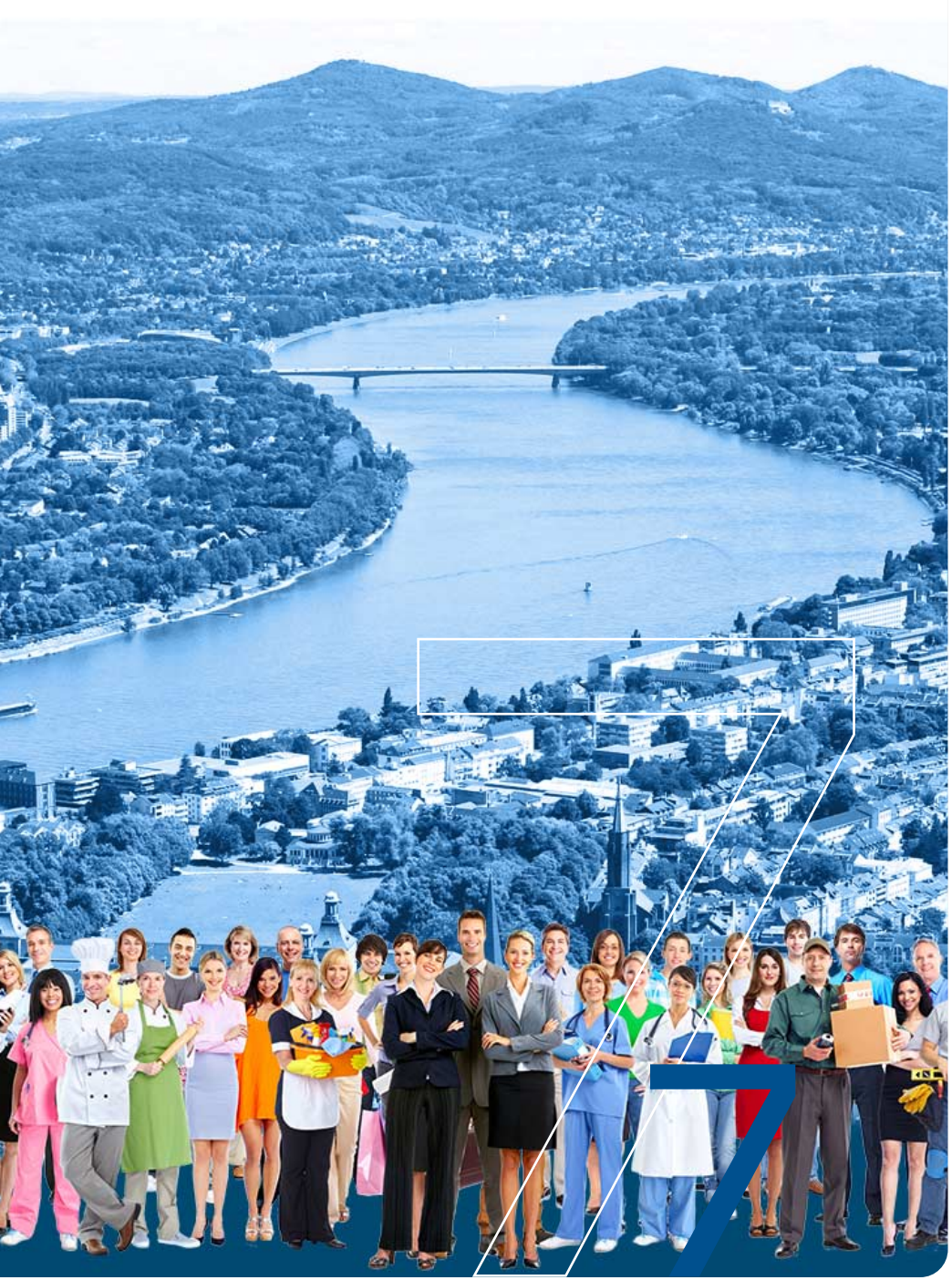
- **Neue Formen des Handels ermöglichen:** Der stationäre Einzelhandel steht durch vielfältige Herausforderungen unter Druck, Leerstände in den Innenstädten nehmen zu. Neue Formen des Handels reagieren auf diese Herausforderungen und geänderte Kundenansprüche, indem zum Beispiel durch automatisierte Prozesse eine Öffnung rund um die Uhr ohne Personal ermöglicht wird. Auch die Kommunen in Bonn und im Rhein-Sieg-Kreis sollten auf diese Transformationen reagieren und neue, innovative Vertriebskonzepte ermöglichen, um die Chancen zu nutzen und nicht den Anschluss an neue Entwicklungen zu verlieren.

Das leistet die IHK

☐ Die IHK Bonn/Rhein-Sieg nimmt insbesondere über ihre Fachgremien Einfluss auf die politischen Entscheidungen, die den Einzelhandel betreffen. Hierzu steht sie im engen Austausch mit den einzelnen Verbänden und lokalen Gewerbevereinen. Sie bündelt die Meinungen und verleiht der Wirtschaft eine starke Stimme gegenüber Politik und Verwaltung.

☐ Die IHK ist als Trägerin öffentlicher Belange außerdem in die Genehmigungsprozesse für großflächigen Einzelhandel eingebunden und hat dadurch eine weitere Möglichkeit, die Interessen des Einzelhandels zu vertreten. Dies leistet sie beispielsweise über schriftliche Stellungnahmen, Gespräche vor Ort und in gemeinsamen Gesprächsrunden mit der Bezirksregie

Ansprechpartner in der IHK Bonn/Rhein-Sieg
Prof. Dr. Stephan Wimmers | s.wimmers@bonn.ihk.de | Tel. 0228 2284-142
Till Bornstedt | t.bornstedt@bonn.ihk.de | Tel. 0228 2284-145



7. Fachkräfte, Arbeitsmarkt und Bildung

Wie es ist

Ausbildungsmarkt ist Bewerbermarkt: Die Duale Ausbildung versorgt die Wirtschaft mit den dringend benötigten Fachkräften für morgen. Auf 100 freie Stellen kommen etwa 65 Bewerberinnen und Bewerber. Mehr als ein Fünftel von ihnen hat eine ausländische Staatsangehörigkeit. Die Region Bonn/Rhein-Sieg braucht den Zuzug von Arbeitskräften. Hierfür fehlt es jedoch an passendem Wohnraum. Viele Arbeitskräfte und Auszubildende finden derzeit keinen passenden Wohnraum oder sind durch die hohen Mieten stark belastet.

Fachkräftemangel verschärft sich in vielen Branchen: Der herrschende Bewerbungsmangel in vielen Bereichen der beruflichen Bildung und der Mangel an qualifizierten Fach- und Arbeitskräften belastet immer mehr Unternehmen. Die politischen Rahmenbedingungen, gefährden Unternehmen und machen Branchen für Bewerber unattraktiv, zum Beispiel in der energieintensiven Industrie oder der Automobilindustrie.

Ausbildungs- und Studienorientierung ist zu einseitig: Der Dienstleistungsschwerpunkt und die hohe Akademiker- und Beamtenquote in der Region machen sich auch in einer zu einseitigen Berufs- und Studienorientierung der heranwachsenden Generation bemerkbar.

Kooperation bei den Themen Inklusion und ausländische Arbeitskräfte funktioniert: Es findet ein reger Austausch zwischen den regionalen Akteuren statt. Ideen werden geteilt, Netzwerke werden gelebt und zahlreiche Veranstaltungen für Arbeitgebende und Arbeitnehmende durchgeführt.

Zahl der Studienabbrechenden nimmt zu: Durch die weiter anhaltende Tendenz zum Hochschulstudium nimmt auch die Zahl der Studierenden, die ihr Studium vorzeitig abbrechen, weiter zu. Das eröffnet für die Betriebe neue Möglichkeiten, Auszubildende für eine Duale Ausbildung zu gewinnen, die schon über ein erhebliches Wissen und Qualifikationen verfügen.

Was noch zu tun ist

- **Für Ausbildung werben:** Die Unternehmen werden wieder stärker ausbilden, wenn die aktuelle Unsicherheit weicht und sie wieder eine klare Perspektive für die Zukunft haben. Politik, Wirtschaftskammern sowie Schul- und Arbeitsverwaltung müssen alle Register ziehen, um junge Menschen zu erreichen und an das Thema Ausbildung heranzuführen sowie Ausbildungsplatzsuchende und -anbietende zusammenzuführen.

- **Bestehende Angebote zum Übergang Schule und Beruf weiterentwickeln:** Die Berufsfelderkundungen ab Klasse 8 müssen für alle Schülerinnen und Schüler ermöglicht werden. Die Duale Ausbildung muss durch Kooperation mit der Arbeitsagentur und den allgemeinbildenden Schulen gestärkt und fest im Bewusstsein von Schülern und Eltern verankert werden.

- **Zusammenarbeit im Netzwerk Bündnis für Fachkräfte fortsetzen und ausbauen:** Hier bleiben alle Arbeitsmarktakteure aufgerufen, sich intensiv zu beteiligen. Für Unternehmerfrühstücke und Veranstaltungen muss der Bedarf der jeweiligen Branchen und Berufsfelder ermitteln werden, die entsprechenden Formate müssen konsequent ausgebaut werden. Vorbilder können hier die Gesundheitswirtschaft oder die Neuordnung der Pflegeberufe sein.

- **Inklusion und Gewinnung ausländischer Arbeitskräfte bleiben wichtig für die Wirtschaft:** In beiden Bereichen sollte die Zusammenarbeit zwischen Unternehmen, Arbeitsagenturen, Politik und Verwaltung fortgesetzt und – wenn möglich – verstärkt werden. Hier bestehen weiterhin Potenziale, um den Fachkräftemangel zu reduzieren.

- **Auf mehr Studienabbrechende einstellen:** Es ist wichtig, die mustergültigen Kooperationen mit den Hochschulen und Arbeitsagenturen fortzusetzen und die Gewinnung von Studierenden, die ihr Studium abbrechen, für Unternehmen weiter zu forcieren.

- **Wohnraum schaffen:** Die Rahmenbedingungen für die Schaffung von Wohnraum, insbesondere für Azubis müssen verbessert werden. Entsprechende Angebote für Studierende könnte für Azubis geöffnet werden und Unternehmen sollten bei der Einrichtung von Azubi-Wohnungen unterstützt werden.

Das leistet die IHK

- ☐ Der Arbeitskreis SCHULEWIRTSCHAFT Bonn/Rhein-Sieg hat das Ziel, das Übergangsmanagement von der Schule über die Ausbildung ins Erwerbsleben zu verbessern. Hierzu werden regionale Schulprojekte durchgeführt sowie Berufsfelderkundungen und Vortragsveranstaltungen für Lehrerinnen und Lehrer angeboten. Partner sind die Stadt Bonn, der Rhein-Sieg-Kreis und die Handwerkskammer zu Köln.

- ☐ IHK-Ausbildungsbotschafterinnen und -botschafter besuchen Schulen und informieren Schülerinnen und Schüler; Betriebe stellen ihre Auszubildenden für Schulbesuche frei.

- ☐ Die IHK unterstützt die Auswahl und Betreuung junger Talente, Menschen im Berufsstart sowie Studienwechselnde für das Weiterbildungsstipendium. Darüber hinaus bietet sie Weiterbildungsberatung zu Förderangeboten für Betriebe und für Berufstätige.

- ☐ Die IHK-Organisation wirbt bundesweit mit einer Ausbildungskampagne, um das Image bei Bewerberinnen und Bewerbern zu verbessern.

- ☐ Die IHK vermittelt Bewerberinnen und Bewerber mit den Programmen Passgenaue Besetzung und Willkommenslotsen und wirbt hier besonders für die Belange der Menschen mit Zuwanderungsgeschichte.

- ☐ Die IHK hat zwei Azubi-Wohnungen geschaffen und bietet Auszubildenden damit eine zentral gelegene und bezahlbare Unterkunft.

Ansprechpartner in der IHK Bonn/Rhein-Sieg
Jürgen Hindenberg | j.hindenberg@bonn.ihk.de | Tel. 0228 2284-146

8. Demografie und Vereinbarkeit von Familie und Beruf

Wie es ist

Der demografische Wandel wird unterschätzt: Die erforderliche Fachkräftesicherung geht im Alltagsgeschäft in den Unternehmen oft unter. Wenn Betriebe nicht selber ausreichend und rechtzeitig Fachkräfte ausbilden, wird die Suche auf einem gesättigten Arbeitsmarkt, zuerst für einige Berufe und später in allen Branchen, immer teurer.

Anteil der Menschen über 80 Jahre steigt: In den kommenden Jahren wird sich der Anteil der betagten und damit auch pflegebedürftigen Menschen deutlich erhöhen. Dadurch werden mehr Pflegekräfte benötigt, und immer mehr Arbeitnehmende sehen sich mit der Herausforderung konfrontiert, Pflege und Beruf zu vereinen.

Vereinbarkeit von Kindern und Beruf bleibt schwierig: Viele Arbeitgeber haben mit flexiblen Arbeitszeiten und Homeoffice auf die Bedürfnisse der Arbeitnehmenden reagiert. Verkürzte Öffnungszeiten in Kindertagesstätten und Kindergärten, fehlende Plätze und eingeschränkte Qualität der Betreuung bleiben aber dennoch Hindernisse. Der Personalmangel und die teilweise schwierige Raumsituation nehmen zu.

Eine Gesamtstrategie aller beteiligten Akteure gestaltet sich schwierig: Diese scheitert an unterschiedlichen Zuständigkeiten. Die Zusammenarbeit zwischen Kreis, Kommunen und Stadt auf diesem Gebiet könnte besser sein. Die Haushalte der Kommunen können Kostensteigerungen nicht auffangen.

Was noch zu tun ist

Angebote familienfreundlicher Arbeitgeber bekannter machen: Gerade für kleine und mittlere Unternehmen ist es schwierig, eine entsprechende Arbeitgebermarke aufzubauen und gegenüber potenziellen Fachkräften zu kommunizieren. Hier sollten Arbeitnehmer, Unternehmen und die öffentliche Hand gemeinsam stärker aktiv werden.

Förderprogramme und Anreizsysteme über alle zuständigen Stellen hinweg ausrollen: Die gemeinsame Qualifizierungsberatung muss ausgebaut werden, auch im

Sinne einer lebensbegleitenden Berufsberatung. Hier sollte die Zusammenarbeit mit den Wirtschaftsförderern verstärkt werden.

- **Lücken im Betreuungssystem schließen:** Die Vereinbarkeit von Familie, Pflege und Beruf muss stärker unterstützt werden. Es müssen ausreichend Angebote geschaffen werden, so dass jeder Arbeitnehmende auch mit Kindern oder pflegebedürftigen Eltern dem Beruf in Vollzeit und wenn nötig auch im Schichtdienst nachgehen kann. Daher sollten Betreuungsangebote in den Randzeiten auch in entsprechend kleinen Gruppen angeboten werden.

- **Für eine Ausbildung im Erziehungs- und Pflegebereich werben:** In diesen beiden Bereichen werden auch in Zukunft sehr viele Fachkräfte gebraucht. Das Image der Berufe muss aufgebessert werden, und in Schulen muss noch stärker für eine Ausbildung in diesen zukunftsträchtigen Berufsfeldern geworben werden.

- **Inklusion und Qualifizierung der Beschäftigten dürfen nicht »nice to have« sein, sondern ein »Must have«:** Der fortschreitende Wandel der Arbeitswelt muss zur Personalentwicklung genutzt werden. Entsprechende Förderprogramme müssen angenommen und durch Beratung in den betrieblichen Alltag integriert werden, insbesondere bei kleinen und mittleren Unternehmen.

Das leistet die IHK

☐ Die IHK Bonn/Rhein-Sieg unterstützt mit ihrer Fachkräfteberatung das Netzwerk »Bündnis für Fachkräfte« im Allgemeinen und das »Kompetenzzentrum Frau & Beruf« im Besonderen und hilft den Unternehmen, die Themen Fachkräftegewinnung und Vereinbarkeit zu bewältigen.

☐ Die IHK ist mit ihrem Fachberater Inklusion Lotse für Arbeitgeber im Netzwerk bonn-rhein-sieg-fairbindet. In diesem Netzwerk arbeiten die unterschiedlichen Organisationen gemeinsam an dem Ziel, einen inklusiven Arbeits- und Ausbildungsmarkt in der Region zu schaffen und zu etablieren. Diesbezüglich informieren und beraten wir Arbeitgeber über Förder- und Unterstützungsmöglichkeiten.

9.Wohnraumbedarf

Ansprechpartner in der IHK Bonn/Rhein-Sieg
Jürgen Hindenberg | j.hindenberg@bonn.ihk.de | Tel. 0228 2284-146

9. Wohnraumbedarf

Wie es ist

Hohe Nachfrage und hohe Mieten: Neben einem weiteren Anstieg der Zahl der sozialversicherungspflichtig Beschäftigten rechnet die Region mit einem anhaltenden Bevölkerungswachstum. In Bonn wird die Zahl der Erwerbstätigen bis 2040 um 40.000 steigen. Auf dem Gebiet der Bundesstadt werden die benötigten Wohnungen nicht bereitgestellt werden können. Deshalb werden im Rhein-Sieg-Kreis bis 2030 insgesamt 30.000 Wohnungen gebaut werden müssen. Der stetig steigende Nachfragedruck und der aktuell stockende Wohnungsneubau sind eine Herausforderung für die Sicherstellung zukunftsfähiger Wohnquartiere. Teure Materialien und eine teure Finanzierung wegen hoher Zinsen sind hier die Hauptursachen.

Interkommunale Wohnraumversorgung: In der bereits dicht besiedelten, aber stetig wachsenden Region Bonn/Rhein-Sieg wird es den einzelnen Kommunen allein nicht möglich sein, ausreichend Wohnraum zu schaffen. Deshalb wurde das Projekt »NEILA« (Nachhaltige Entwicklung durch interkommunales Landmanagement) geschaffen. Es ergründet Möglichkeiten zur interkommunalen Wohnraumbereitstellung und zu möglichen Lastenteilungen.

Große regionale Nachfrageunterschiede: Bei guter Verkehrsanbindung steigen die Immobilienpreise auch in Mittelzentren stetig weiter. Gleichermaßen verlieren jedoch schlecht angebundene Gemeinden und leiden dann aufgrund mangelnder Attraktivität deutlich häufiger unter einem hohen Anteil von Leerständen.

Bezahlbarer Wohnungsbau wird vernachlässigt: Hauptgrund sind mangelnde finanzielle Anreize in den vergangenen Jahrzehnten, die die gestiegenen Bauzinsen und Baupreise nicht berücksichtigen. Zudem stehen den Kommunen oft nicht ausreichend Reserveflächen zur Verfügung, um den vorherrschenden Bedarf zu decken. Gleichzeitig erhöhen die Klimaziele des Bundes den Druck auf den Wohnungsneubau zusätzlich, da immer höhere verbindliche Energiestandards die Baukosten weiter erhöhen. Zu einer Entspannung trägt auch der Bonner Klimaplan nicht bei, der die Anforderungen an den Wohnungsneubau zusätzlich erhöht, um bereits 2035 die kommunalen Klimaziele zu erreichen.

Mietpreisbremse setzt falsche Anreize: Die Mietpreisbremse begrenzt die möglichen Renditen auf dem Wohnungsmarkt. Das vermindert den Anreiz, in den Wohnungsmarkt zu investieren. Zwar sind neugebaute und modernisierte Wohnungen zunächst nicht an die Bremse gebunden, jedoch kommt auch hier bei einem Mieterwechsel die Mietpreisbremse zum Tragen.

Was noch zu tun ist

Flächen bereitstellen: Aufgabe der Kommunen ist es, Baulandflächen in ausreichendem Maß zur Verfügung zu stellen. Soweit notwendig, muss dies auch in interkommunaler Abstimmung erfolgen. Der durch NEILA eingeschlagene Weg ist ein guter Ansatz und sollte intensiv weiterverfolgt werden.

Alle Wohnraumpotenziale ausschöpfen: Neben der Entwicklung von größeren Wohngebieten entstehen auch eine Vielzahl von Wohneinheiten über eine Nachverdichtung, durch Schließung von Baulücken, einen Dachausbau oder eine Aufstockung der Gebäude. Diese Maßnahmen sind jedoch oftmals mit langen Genehmigungsverfahren verknüpft, teils auch aufgrund sehr alter Bebauungspläne, die diese Nachverdichtungsmöglichkeiten nicht vorsehen. Die Kommunen müssen daher schnellstmöglich Nachverdichtungspotenzial identifizieren und die entsprechenden Bebauungspläne aktualisieren.

Bürokratiebelastung reduzieren: Bauleitplan- und Baugenehmigungsverfahren müssen so zügig wie möglich durchgeführt werden. Eine Digitalisierung des gesamten Vorgangs und der ämterübergreifenden Zusammenarbeit könnte weitere Effizienzreserven heben.

Ungenutzte Flächen freigeben: Soweit Gewerbe- und Industriegebiete ihrer ursprünglich zugedachten Nutzung nicht zugeführt werden können, sollten diese Flächen, wann immer möglich, durch einen Flächentausch für Wohnnutzung umgewidmet werden.

Investitionen in Wohnraum unterstützen: Wohnraum entsteht, wenn sich Investitionen in die Errichtung entsprechender Immobilien lohnen. Staatliche Eingriffe und Vorgaben bezüglich des Mietzinses wirken auf Investitionen kontraproduktiv und sollten daher unterbleiben.

Zweckentfremdungssatzung abschaffen: Hausbesitzerinnen und -besitzer dürfen laut Satzung der Stadt Bonn Wohnraum nicht umwidmen, leer stehen lassen oder zweckentfremden. Tun sie es doch, drohen Geldbußen – Ausnahmegenehmigungen unter Entrichtung von Ausgleichszahlungen sind allerdings möglich. Auch dieses Instrument hemmt Immobilienunternehmen und damit dringend benötigte Investitionen in Wohnimmobilien und sollte abgeschafft werden.

Das leistet die IHK

- ☐ Die IHK Bonn/Rhein-Sieg engagiert sich beim »Region Köln Bonn e. V.« im Rahmen der Kooperationsrunde Siedlungsentwicklung und im Projekt NEILA.
- ☐ Der IHK-Ausschuss für Immobilienwirtschaft behandelt regelmäßig Fragen der Stadt- und Regionalentwicklung sowie der Wohnungswirtschaft und unterbreitet Politik und Verwaltung entsprechende Handlungsempfehlungen.

10. Kommunale Haushalte, Steuern und Abgaben

Ansprechpartner in der IHK Bonn/Rhein-Sieg
Prof. Dr. Stephan Wimmers | s.wimmers@bonn.ihk.de | Tel. 0228 2284-142
Till Bornstedt | t.bornstedt@bonn.ihk.de | Tel. 0228 2284-145

10. Kommunale Haushalte, Steuern und Abgaben

Wie es ist

Realsteuerhebesätze als Standortnachteil: Hohe Realsteuerhebesätze verteuern den Standort. Die Standortunterschiede sind bundesweit erheblich. Viele Regionen in NRW gehören seit Jahren zu den Spitzenreitern bei den kommunalen Belastungen. In Bonn/Rhein-Sieg ist die Grundsteuer B 2024 im Vergleich zum Vorjahr um 8,2 Prozent gestiegen, die Gewerbesteuer hat sich weniger stark um durchschnittlich 1,9 Prozent erhöht. Im IHK-Bezirk liegt der Durchschnitt des Gewerbesteuerhebesatzes im Jahr 2024 um 7,8 Prozent über dem Landes- und um 14,6 Prozent über dem Bundesdurchschnitt. Die Durchschnittswerte der Grundsteuer B liegen im Jahr 2024 insgesamt 24 Prozent über dem Landes- und 38 Prozent über dem Bundesdurchschnitt.

Die Städte und Gemeinden sind weiterhin kaum in der Lage, einen ausgeglichenen Haushalt vorzulegen: Ein echter Ausgleich gelang 2024 nach Auskunft der Bezirksregierung nur in Bornheim, durch Inanspruchnahme der Ausgleichsrücklage konnten weitere Kommunen ihren Haushalt »fiktiv« ausgleichen. Fünf Kommunen im Rhein-Sieg-Kreis unterlagen hingegen der Haushaltssicherung. Prognostisch verschlechtert sich die Lage in den Kommunen weiter.

Erhebliche Verschuldung in Städten und Gemeinden: Die kommunale Verschuldung in NRW liegt zum Ende des Jahres 2023 bei 49,3 Milliarden Euro. Zugleich wird ein Investitionsstau von rund 50 Milliarden Euro vermeldet. Bei den kreisfreien Städten und Kreisen liegt Bonn bei den Schulden pro Kopf auf Platz 3 (6.125 Euro), insgesamt beträgt die Verschuldung zirka zwei Milliarden Euro. Im Rhein-Sieg-Kreis liegt Siegburg mit einer Pro-Kopf-Verschuldung in Höhe von 8.731 Euro noch darüber (insgesamt 366 Millionen Euro). Die niedrigste Pro-Kopf-Verschuldung mit 415 Euro pro Einwohner kann Swisttal aufweisen (insgesamt 7,78 Millionen Euro).

Reform der Grundsteuer: Ob die Grundsteuerreform aufkommensneutral umgesetzt wird, wird sich nach Inkrafttreten der Reform zeigen. Viele Kommunen haben das Vergleichsniveau im Jahr 2024 angehoben. Die Möglichkeit, gesplittete Hebesätze einzuführen, birgt die Gefahr, durch überproportionale Grundsteuerlasten die Unternehmen vor Ort zusätzlich zu belasten. So wird die Grundsteuer zur zusätzlichen Unternehmenssteuer. Die Splittung birgt darüber hinaus rechtliche Risiken für die Haushalte und damit auch Unsicherheiten für die ansässigen Unternehmen.

Stadt Bonn benötigt Wege der Konsolidierung: Während im Jahr 2023 noch ein Überschuss von zirka 100 Millionen Euro zu verzeichnen war, droht der Stadt Bonn nun die Überschuldung, wenn nicht gegengesteuert wird. In 2023 wurden erste Konsolidierungsmaßnahmen eingeleitet, dennoch hat die Bezirksregierung Vorbehalte zur Genehmigungsfähigkeit des Haushalts 2025/2026 geäußert. In der Folge werden fortlaufend weitere Anstrengungen erforderlich, um eine Trendwende bei den Jahresfehlbeträgen zu erreichen.

Was zu tun ist

Steuern maßvoll gestalten: Die Höhe der Realsteuerhebesätze beeinflusst auch die Attraktivität des Standorts. Ein weiteres Drehen an der Steuerschraube schadet den Unternehmen und damit mittelfristig auch den Kommunen. Im Vergleich zu angrenzenden Kommunen in Rheinland-Pfalz ist die Belastung für die Unternehmen in NRW immer noch deutlich höher. Die Realsteuerhebesätze müssen deshalb maßvoll gestaltet sein.

Grundsteuerreform – zusätzliche Belastungen vermeiden: Die Umsetzung der Grundsteuerreform erfolgte in NRW mit hohem bürokratischem Aufwand für die Steuerpflichtigen. Die Möglichkeit der Einführung von gesplitteten Hebesätzen darf in den Kommunen nicht zu einer Sondersteuer für Unternehmen mit zusätzlichen Belastungen der Wirtschaft führen.

Verschuldung reduzieren: Eine hohe Verschuldung belastet die Kommunen und schränkt ihre Handlungsfähigkeit auf Jahrzehnte ein. Es müssen deutliche Anstrengungen unternommen werden, die Verschuldung zurückzufahren und nicht die Belastungen auf künftige Generationen zu verlagern.

Mit Aufgabenkritik Ausgaben reduzieren: Um ihre Aufgaben zu erfüllen und Herausforderungen zu meistern, müssen die Kommunen auch die Ausgabenseite in den Blick nehmen. Dabei kommt es auf eine kontinuierliche Aufgabenkritik an. Zudem müssen bei den Pflichtaufgaben die Standards überprüft werden – Prozessoptimierung inklusive. Die Digitalisierung muss vorangetrieben werden. Die Effizienz muss steigen, und als Folge muss der Personalbestand angepasst werden.

- **Interkommunale Zusammenarbeit verstärken:** Digitalisierung und Shared Services können helfen, sich sachlich und personell zu spezialisieren. Infrastruktur und Personal können so besser ausgelastet und müssen nicht in jedem Fall mehrfach vorgehalten werden.

- **Kommunale Finanzen neu ordnen:** Alle Akteure müssen sich ernsthaft bemühen, das System so zu ordnen, dass die Gemeinden Anreize zu einer wirtschaftlichen Haushaltsführung haben und gleichzeitig durch einen bedarfs- und sachgerechten kommunalen Finanzausgleich die Existenz aller Kommunen gesichert ist. Es muss eine nachhaltige Lösung für den Umgang mit den Altschulden gefunden werden.

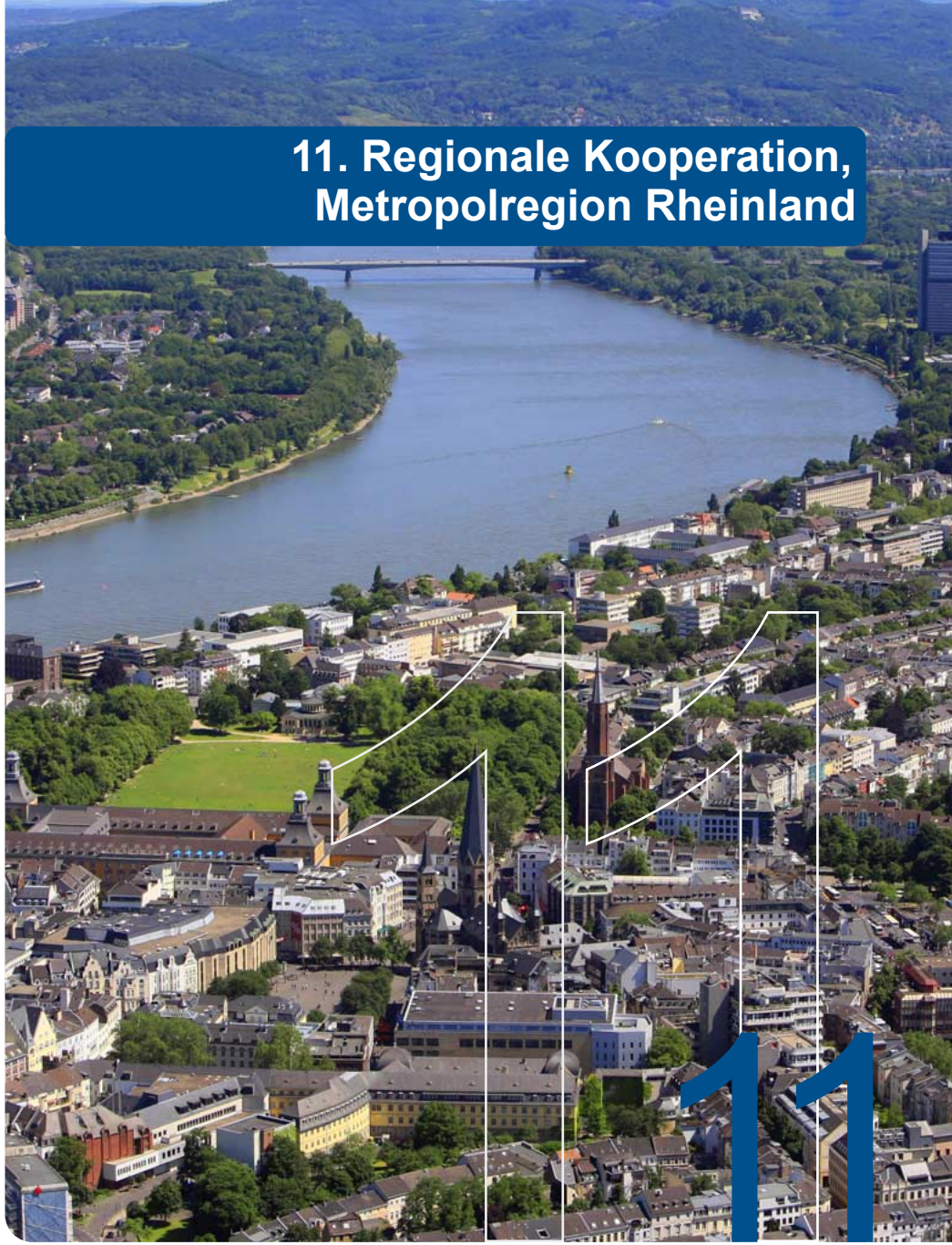
- **Volle Kostenübernahme für Auftragsverwaltung durch Bund und Land gewährleisten:** Das Konnexitätsprinzip muss eingehalten werden, das heißt Aufgaben, die auf die Kommunen übertragen werden, müssen auch dem Aufwand entsprechend entlohnt werden. Dies ist in der Vergangenheit nicht geschehen und hat zu einer Überlastung der Kommunen beigetragen.

Das leistet die IHK

- ☐ Die IHK Bonn/Rhein-Sieg setzt sich als Interessenvertretung der regionalen Wirtschaft für attraktive Rahmenbedingungen ein. In diesem Kontext erfolgt regelmäßig eine Analyse des Haushaltsentwurfs der Stadt Bonn. Die Realsteuerhebesätze der Kommunen im Rhein-Sieg-Kreis werden abgefragt und auffällige Veränderungen öffentlich kommuniziert.

- ☐ Die IHK sorgt dafür, dass sich die regionalen Unternehmensinteressen auch in den Positionspapieren von IHK NRW auf Landes- und DIHK auf Bundesebene wiederfinden.

- ☐ Die IHK wird im Sinne ihrer Mitglieder prüfen, ob die Grundsteuerreform – wie politisch versprochen – aufkommensneutral durchgeführt wurde, das Steueraufkommen vor und nach der Reform also ähnlich hoch ist.



Ansprechpartner in der IHK Bonn/Rhein-Sieg
Christina Schenk | c.schenk@bonn.ihk.de | Tel. 0228 2284-206

11. Regionale Kooperation, Metropolregion Rheinland

Wie es ist

Metropolregion Rheinland e. V. (MRR) erlebt erste Austrittstendenzen: In den vergangenen Jahren hat sich der MRR e. V. neu sortiert und aufgestellt und versucht, seine Arbeit zu fokussieren. In der breiten Öffentlichkeit und in den Unternehmen ist allerdings bisher keine Aufmerksamkeit für die Arbeit des Vereins erzeugt worden. Einige Mitglieder überzeugt die Arbeit des Vereins nicht, so dass erste Gebietskörperschaften und Wirtschaftskammern den Austritt aus dem Verein erwägen. Aktuell steht zudem ein erneuter Wechsel in der Geschäftsführung bevor.

Region Köln Bonn e. V. setzt Akzente: Mit dem Agglomerationsprogramm des Vereins werden die Inhalte des vorhergehenden Agglomerationskonzeptes operationalisiert und beispielgebende Projekte unterstützt und präsentiert Bei der Transformation von Flächen berät der Verein alle beteiligten Akteure. Auch die Lenkung von Fördermitteln in die Region gehört zu den wichtigen Aufgaben.

Wenig Fortschritte bei interkommunaler Kooperation: Die Zusammenarbeit zwischen der Bundesstadt und dem Kreis stockt. Auch zwischen den Kommunen sollte die Kooperation auf vielen Feldern verstärkt werden. Gemeinsame Gewerbeflächen, Konzepte und Flächen für den Wohnungsbau, ÖPNV, Park & Ride oder Radverkehr sind nur einige Themen, bei denen Potenzial für mehr Kooperation besteht.

Viele Ebenen und Organisationen sind beteiligt: Die Unternehmen und die Bevölkerung in der Region können oft nur schwer nachvollziehen, welche Themen auf welcher Ebene angesiedelt sind und wer jeweils die passende Ansprechperson ist. Die Aufgaben- und Organisationsstruktur und die Ergebnisse der Arbeit sind für Außenstehende oft schwer verständlich.

Rheinisches Revier wirbt um Unternehmen und Behörden: Durch den Kohleausstieg hat im Rheinischen Braunkohlerevier ein umfangreicher Strukturwandel begonnen. Dieser wird von Bund und Land unterstützt und mit umfangreichen Fördermitteln hinterlegt. Durch die in unmittelbarer Nachbarschaft entstehenden und geförderten Gewerbeflächen wird es für die Region Bonn/Rhein-Sieg schwieriger, Unternehmen zu halten und Interessierte für Neuansiedlungen zu gewinnen. Die dort geplante Ansiedlung von großen Rechenzentren kann sowohl Chance als auch Risiko für unsere Region sein.

Zusatzvereinbarung Berlin/Bonn: In den zurückliegenden Jahren ist es gelungen, einer Zusatzvereinbarung zum Berlin/Bonn-Gesetz näher zu kommen. Durch die auf Februar 2025 vorgezogene Bundestagswahl wurde dieser Prozess jedoch unterbrochen; die Perspektiven sind unklar.

Was noch zu tun ist

Metropolregion Rheinland e. V. muss sein Konzept überarbeiten: Den Austrittstendenzen einiger Mitglieder muss der MRR e. V. durch eine Überarbeitung seines Konzeptes entgegenwirken. Andernfalls droht der MRR e. V. künftig nur noch ein »Fleckenteppich« des Rheinlandes zu sein. Die öffentliche Wahrnehmung im Rheinland, national und international, muss gesteigert werden. Bedarf und Nutzen der Metropolregion müssen gegenüber der Politik, den Unternehmen und Menschen besser vermittelt werden, auch mit Hilfe von Leuchtturmprojekten. Die bestehenden Strukturen müssen sich, auch unter neuer Führung, weiter einspielen und verstetigen. Das Standortmarketing für die Region muss weiter im Sinne der Wirtschaft ausgebaut werden.

Region Köln Bonn e. V. weiter unterstützen und Konzepte vor Ort umsetzen: Die Themen und die Arbeit des Vereins sind wertvoll. Die Arbeit stärkt die Gebietskörperschaften und damit auch die Wirtschaft in der Region Köln/Bonn. Mit Blick auf die künftige Finanzierung des Vereins sollten Differenzierungen möglich sein: Kleine Vereinsmitglieder können nicht dieselben Vereinsbeiträge wie große Mitglieder entrichten – der Verein sollte sich dieser Diskussion gegenüber öffnen und nach Lösungen suchen.

Regionale Kooperation muss umgesetzt und gelebt werden: Gemeinsame Gewerbeflächen müssen endlich ausgebaut werden, Regelungen für die Verteilung der Steuereinnahmen und Kosten müssen vereinfacht oder standardisiert werden. Entsprechende Konzepte und Best-Practice-Beispiele gibt es inzwischen, doch die Konzepte müssen vermehrt umgesetzt werden. Gleiches gilt für das Thema Wohnen.

ÖPNV in der Region ausbauen und vernetzen: Der ÖPNV in Bonn und im Rhein-Sieg-Kreis muss erweitert und attraktiver werden. Die Tarifstrukturen, auch bei Verkehren zwischen den Verbünden im Rheinland, müssen vereinfacht und kundenfreundlicher

gestaltet werden. Für Autofahrer muss ein Umstieg durch geeignete Park-&-Ride-Parkplätze erleichtert werden – eine interkommunale Aufgabe.

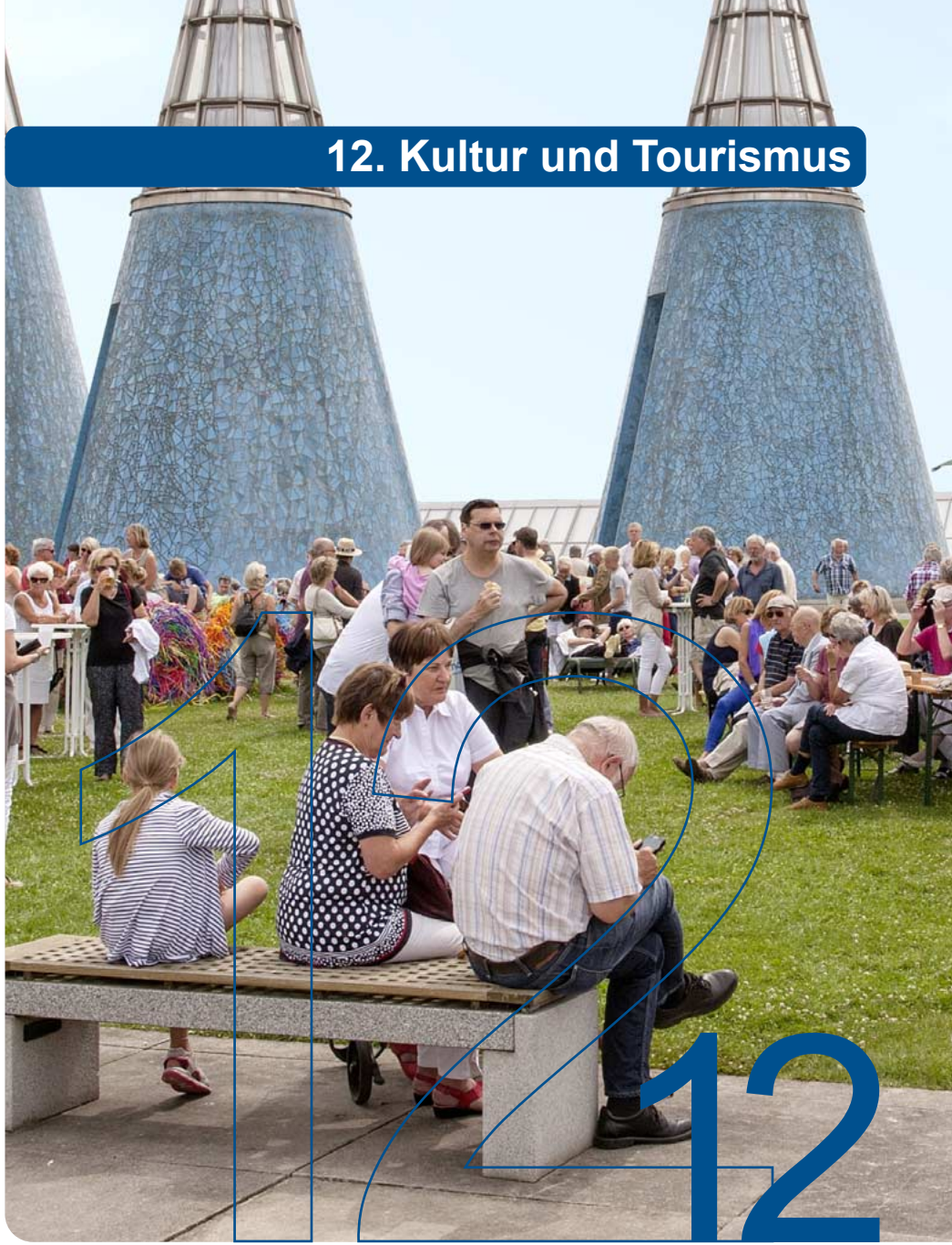
Entwicklung des Rheinischen Reviers beobachten und Auswirkungen auf die Region untersuchen: Die Wirkungen der Fördermaßnahmen auf andere Räume müssen untersucht werden. Verdrängungseffekte müssen analysiert, Doppelstrukturen vermieden werden. Es darf keine Quersubventionierung geben, und die Wettbewerbsneutralität muss gewahrt sein. Gleichzeitig sollte die Region versuchen, von den Entwicklungen zu profitieren. Eine Anbindung an die geplanten Rechenzentren könnte Chancen für die Unternehmen eröffnen.

Die Zusatzvereinbarung zum Berlin/Bonn-Gesetz muss kommen: Die schon ausgehandelte Vereinbarung muss zeitnah unterzeichnet werden und in Kraft treten. Die darin aufgeführten Projekte müssen finanziert und zeitnah umgesetzt werden.

Das leistet die IHK

☐ Die IHK engagiert sich in der Metropolregion im Rahmen der IHK-Initiative-Rheinland und im Region Köln Bonn e. V. und bringt hier die Interessen der regionalen Wirtschaft ein.

☐ Die IHK verfolgt die aktuellen Entwicklungen im Rheinischen Revier und bringt die Interessen der regionalen Wirtschaft ein.



12. Kultur und Tourismus

Ansprechpartner in der IHK Bonn/Rhein-Sieg
Dr. Hubertus Hille | h.hille@bonn.ihk.de | Tel. 0228 2284-103
Michael Schmaus | m.schmaus@bonn.ihk.de | Tel. 0228 2284-140

12. Kultur und Tourismus

Wie es ist

Die Region Bonn/Rhein-Sieg hat im Tourismus viel zu bieten: Die Touristiker und die Bevölkerung können sich glücklich schätzen, so viele Sehenswürdigkeiten vor ihrer »Haustür« zu haben. Während jedoch in vergangenen Zeiten viele Touristen schon allein deshalb kamen, weil Bonn Bundeshauptstadt war, ist das heute – viele Jahre nach dem Umzug nach Berlin – nicht mehr selbstverständlich. Der Tourismus erwirtschaftet allein in Bonn einen Umsatz von 1,3 Milliarden Euro, knapp 19.000 Personen stehen hier in einem Beschäftigungsverhältnis.

Die Schwerpunktfelder der touristischen Entwicklung haben sich verlagert: Heute fragen Touristen zunehmend die Themen Kultur, Natur und Aktiv nach. Auch haben sich die Reiseanlässe hin zu mehr Spontanität, Individualität und Regionalität verändert. Die Region muss heute im Wettbewerb mit vielen anderen Destinationen um die Touristen werben. Das wird besonders deutlich, wenn man sich das Image der Region in entsprechenden Untersuchungen ansieht. Darin findet sich nicht selten das Bild einer wenig attraktiven Region ohne nennenswerte Attraktionen wieder. Bonn und der Rhein-Sieg-Kreis haben zur Festlegung der zukünftigen Schwerpunktfelder touristische Leitbilder entwickelt, welche nun in die Anwendung überführt werden müssen.

Neustart der touristischen Vermarktung: Die Tourismus & Congress GmbH Region Bonn/Rhein-Sieg/Ahrweiler ist für die Vermarktung der touristischen Region zuständig. Die anstehende Neuausrichtung ihrer Arbeit verfolgt das Ziel die Grundlage für ein Wachstum der Tourismusbranche sein, von der auch die Gesamtwirtschaft vor Ort profitiert. Aktiv unterstützt und begleitet wird die Tourismus & Congress GmbH zukünftig von einem Fachbeirat.

Touristische Wahrnehmung verbesserungswürdig: Die Region Bonn/Rhein-Sieg wird regional, national und international mit unterschiedlichen touristischen Motiven wahrgenommen. Eine klare Fokussierung auf ein Alleinstellungsmerkmal fehlt jedoch. Die Vermarktungsaktivitäten rund um das Beethoven-Jubiläum (»BTHVN 2020«) haben gezeigt, dass die Konzentration auf ein Thema zu einer gestiegenen bundesweiten und internationalen Wahrnehmung führen kann.

Was noch zu tun ist

Masterplan Tourismus der IHK Bonn/Rhein-Sieg umsetzen: Bonn/Rhein-Sieg muss es gelingen, als attraktiver, moderner und vor allem lohnenswerter Tourismusstandort wahrgenommen zu werden. Bonn und die Region müssen das wirtschaftliche Potenzial des Tourismus noch stärker heben und es schaffen, in nationalen wie internationalen Rankings einen guten Platz zu belegen. Hierbei gilt es, die wirtschaftliche Bedeutung des Tourismussektors gegenüber Politik und Verwaltung hervorzuheben und auf eine ausreichende Ausstattung mit finanziellen Mitteln hinzuwirken.

Ziel-Image der Region herausarbeiten: Die Region muss festlegen, mit welchen touristischen Attributen sie künftig wahrgenommen werden will. Die vorhandenen Leitbilder sollten hierfür die Grundlage bieten. Wichtig ist, dass sich die Region künftig als besonders, dynamisch und mit einem klaren Image präsentiert.

Touristische Zielgruppen definieren und adressieren: Noch stärker als bisher muss sich das Marketing auf Geschäftsreisende und Gäste des MICE-Segments (Meetings, Incentives, Conferencing, Exhibitions) konzentrieren. Die Region muss zugleich mehr als bisher Familien, Kinder, Jugendliche, Schülerinnen und Schüler sowie junge Singles in den Blick nehmen.

Die Region Bonn/Rhein-Sieg durch die Tourismusorganisationen besser vermarkten: Dabei sollte der Blick auf Kernthemen gerichtet werden. Allein »Vielfalt« zu vermarkten, ist zu wenig. Kernthemen müssen stetig definiert und in Form von Dialogkommunikation mit entsprechenden Gästesegmenten auf Aktualität überprüft werden.

Tourismusstandort Bonn/Rhein-Sieg besser erreichbar machen: Für die Erreichbarkeit des Tourismusstandorts sind die Instandhaltung, der Ausbau und die Erweiterung der Verkehrsinfrastruktur unabdingbar. Dazu gehört auch der konsequente Ausbau von SPNV und ÖPNV inklusive ausreichenden und attraktiven Park-&-Ride-Angeboten. Dafür sollten sich die Stadt Bonn, der Rhein-Sieg-Kreis sowie die IHK gemeinsam einsetzen.

Geschaffene Marke »BTHVN« langfristig nutzen: Die in den vergangenen Jahren entwickelte und international bekannte Marke für das Beethoven-Jubiläumsjahr »BTHVN« sollte langfristig für den Standort Bonn/Rhein-Sieg genutzt werden. Hierzu ist eine ausreichende finanzielle Ausstattung und Unterstützung der Marke notwendig, sodass das nächste »Beethoven-Jubiläumsjahr 2027« angemessen zelebriert werden kann.

Veranstaltungsstätten vorhalten, entwickeln und auslasten: Die Region benötigt eine Vielzahl unterschiedlicher Veranstaltungsstätten, die eine Vielzahl unterschiedlicher Events ermöglichen und auch eine architektonische Strahlkraft entfalten. Eine permanente Bestandspflege und Modernisierung bei seriöser Finanzplanung sind hier unabdingbar – ebenso wie eine Vermarktung, die eine hohe Auslastung aus wirtschaftlicher Sicht gewährleistet. Nur so kann das touristische Versprechen auch dauerhaft eingelöst werden. Auch private Investoren sollten in ihrer Projektentwicklung durch Politik und Verwaltung unterstützt und kritisch begleitet werden.

Beherbergungssteuer abschaffen: Die Beherbergungssteuer sollte in den Kommunen umgehend abgeschafft werden, eine weitere Erhöhung wird abgelehnt. Sollte sie dennoch weiterhin erhoben werden, sollten die Erlöse in die touristische Destinationsvermarktung zur Förderung des Tourismus fließen.

Das leistet die IHK

☐ Die IHK Bonn/Rhein-Sieg unterstützt den Tourismus auf vielfältige Weise. Mit Stellungnahmen, Umfragen und Pressearbeit weist sie Politik und Verwaltung auf Missstände und Herausforderungen im Tourismus hin. So hat die IHK ihre tourismuspolitischen Forderungen im Masterplan »Tourismusstandort Bonn/Rhein-Sieg« gebündelt und beobachtet die Branchenentwicklung über das »Tourismusbarometer Rheinland«.

☐ Die IHK betreut geschäftsführend den Tourismus-Förderverein Bonn/Rhein-Sieg/Ahrweiler e. V. sowie den Erfahrungskreis II für Hotelbetriebe.

☐ Die IHK ist im Aufsichtsrat, in der Gesellschafterversammlung und im Fachbeirat der Tourismus & Congress GmbH vertreten und beteiligt sich an dem Neustrukturierungsprozess der Gesellschaft.

13. Gründungen und Nachfolge

Ansprechpartner in der IHK Bonn/Rhein-Sieg
Prof. Dr. Stephan Wimmers | s.wimmers@bonn.ihk.de | Tel. 0228 2284-142
Till Bornstedt | t.bornstedt@bonn.ihk.de | Tel. 0228 2284-145

13. Gründungen und Nachfolge

Wie es ist

Quantität versus Qualität im Gründungsgeschehen: Das Gründungsgeschehen in der Region unterscheidet sich hinsichtlich Quantität und Qualität. Die Zahl der Gründungen ist im bundesweiten Vergleich eher unterdurchschnittlich, das gilt andererseits aber auch für die Ausfallquote. Die gegründeten Unternehmen sind deutlich robuster und wirtschaftlich vielversprechender als in anderen Regionen. Das lässt sich darauf zurückführen, dass der Arbeitsmarkt mit den Dax-Konzernen und den Bundesministerien und -behörden nach wie vor attraktiv ist und so Gründungen aus der Not eher selten sind. Geschäftsideen werden immer stärker an aktuellen Themen, wie Nachhaltigkeit, Digitalisierung oder Künstliche Intelligenz, ausgerichtet, aber auch an Themen wie Gesundheit und Ernährung oder Cybersicherheit als wichtige Potenziale in der Region.

Digital Hub Region Bonn als Erfolgsgeschichte für die regionale Kooperation: Der Digital Hub Region Bonn zeigt, was öffentliche Akteure (Gebietskörperschaften und Wirtschaftskammern), Wissenschaftseinrichtungen und Unternehmen erreichen können, wenn sie ein gemeinsames Ziel haben. Durch diese Partnerschaft haben Bonn und die Region auf der bundesweiten Start-up-Landkarte Sichtbarkeit erlangt. Gründungsstipendium und Accelerator-Programm sind attraktive Pull-Faktoren für Start-ups und innovative (digitale) Gründungen – nicht nur aus der Region. Mit zwei Standorten am Hauptbahnhof und am Bonner Bogen (für Cyber-Security) ist der Hub auch physisch präsent.

4.000 Unternehmen stehen in den nächsten Jahren zur Nachfolge an: Der demografische Wandel wirkt sich extrem auf den Unternehmensbestand in der Region aus. Insgesamt gibt es 16.500 Familienunternehmen, bei denen der Inhaber oder die Inhaberin 55 Jahre und älter ist. Davon erzielen rund 4.000 Familienunternehmen einen Gewinn von mindestens 61.000 Euro und sind damit für eine Übergabe attraktiv. Diese Potenziale gilt es, durch Übergaben in der Familie oder externe Nachfolgen zu heben, um Unternehmen und Arbeitsplätze zu sichern. Angesichts der Bugwelle der übergabereifen Unternehmen ist frühzeitige Information und Planung gefordert.

Was noch zu tun ist

Innovative Geschäftsideen benötigen Unterstützung durch ein breites Netzwerk: Das starke Netzwerk rund ums Gründungsgeschehen, bestehend aus Wirtschaftsförderungen, IHK und Handwerkskammer, Universität, Hochschulen und Digital Hub, muss auch weiterhin ein qualitativ hochwertiges Angebot für die Entwicklung und Unterstützung von Geschäftsideen bieten. Geschäftsideen werden immer innovativer und orientieren sich an aktuellen Themen und Herausforderungen. Die Region muss ihre Angebote deshalb fachlich und inhaltlich darauf einstellen und transparent aufeinander abstellen. Die Wirtschaftsförderungen und Wirtschaftskammern der Region müssen Angebote schaffen, um Betriebe bei der Entwicklung von aktuellen, nachhaltigen und wirtschaftlichen Geschäftsmodellen rechtzeitig zu unterstützten. Hier kann auch der Nachhaltigkeits-Hub Region Bonn wichtige Impulse setzen.

Digital Hub muss weitere Impulse für die Region setzen: Der Digital Hub Region Bonn hat sich beim Land Nordrhein-Westfalen für die nächste Förderperiode bis 2028 beworben. Dessen unbenommen muss es dem Hub langfristig gelingen, sich von Fördermitteln unabhängig zu machen. Dafür ist es wichtig, thematische Schwerpunkte im Acceleratorprogramm zu setzen, bundesweite Alleinstellungsmerkmale herauszuarbeiten und Beteiligungen an vielversprechenden Start-ups einzugehen. Die Öffnung weiterer Standorte in der Region sollte erwogen werden.

Nachfolge muss »sexy« werden: Während Start-ups bundesweit und durch die Aktivitäten des Digital Hubs auch regional für Aufbruchstimmung sorgen und positiv besetzt sind, fristet die Unternehmensnachfolge als öffentliches Thema eher noch ein Schattendasein. Die regionalen Netzwerkpartner sind aufgefordert, dieses Thema stärker anzugehen und zu besetzen, um die Bestandspflege von bestehenden Unternehmen zu intensivieren. Hierbei können Aktivitäten, wie das Notfallhandbuch und die digitale Plattform der Unternehmenswerkstatt Deutschland, wichtige Impulse und ein erster niedrigschwelliger Zugang sein. Die Aktivitäten im Bereich der Unternehmensnachfolge müssen regional stärker aufeinander abgestimmt sein.

Das leistet die IHK

☐ Erste Ansprechpartnerin für Gründerinnen und Gründer: Als starke Netzwerkpartnerin unterstützt die IHK Bonn/Rhein-Sieg das Gründungsgeschehen in der Region mit einer Vielzahl von Angeboten. Dazu zählt ein reichhaltiges und innovatives Veranstaltungsprogramm. Die Zahl der individuellen Einstiegsberatungen nimmt kontinuierlich zu. Dabei orientiert sich die IHK an den Qualitätskriterien, die für ein zertifiziertes Starter-Center NRW vorgegeben sind.

☐ Gründungsstipendium für analoge Gründungen: Die IHK koordiniert das Gründungsstipendium für analoge Gründungen in der Region, wobei die Organisation über den Digital Hub Region Bonn umgesetzt wird. Damit ist die IHK Anlaufstelle für Gründerinnen und Gründer aus dem analogen Bereich, während digitale Gründungen vom Digital Hub koordiniert werden. In der Jury vertreten sind die Wirtschaftsförderungen der Stadt Bonn und des Rhein-Sieg-Kreises sowie die Universität Bonn und die Hochschule Bonn-Rhein-Sieg.

☐ Expertise bei der Unternehmensnachfolge: In der Nachfolgeberatung richtet die IHK eigene Veranstaltungsformate, wie den Stammtisch oder den Kaminabend Unternehmensnachfolge, aus und arbeitet mit Netzwerkpartnern, wie dem Verein Nachfolgeexperten e. V. zusammen. Bei der Suche nach Nachfolgerinnen und Nachfolgern betreut die IHK neben der bundesweiten Nachfolgebörse nexxt-change auch den eigenen IHK-Nachfolgepool NRW, um Abgebende und Übernehmende zusammenzubringen.

☐ Unterstützung des Digital Hub: Die IHK hat den Digital Hub Region Bonn in den ersten fünf Jahren seines Bestehens durch Zuwendungen finanziell unterstützt und ist heute Partner. Der Aufsichtsrat des Digital Hubs wird vom IHK-Hauptgeschäftsführer geleitet.

14. Wissenschaft, Innovation und Technologietransfer

Ansprechpartner in der IHK Bonn/Rhein-Sieg
Michael Pieck | m.pieck@bonn.ihk.de | Tel. 0228 2284-181

14. Wissenschaft, Innovation und Technologietransfer

Wie es ist

Breite Wissensvielfalt in der Region Bonn/Rhein-Sieg: Die Hochschulen und rund 20 renommierte Forschungseinrichtungen machen Bonn und den Rhein-Sieg-Kreis zu einem vielfältigen und attraktiven Wissenschaftsstandort. Seit dem Jahr 2019 ist die Universität als Exzellenzuniversität ein ganz besonderes Aushängeschild. Ebenfalls in Bonn ansässig: mehrere nationale Einrichtungen der Wissenschaftspolitik, -verwaltung und -förderung; sie vervollständigen das Bild eines regionalen Wissensraums mit internationaler Strahlkraft. Aktuell sind weit mehr als 40.000 Studierende an der Universität und den Hochschulen eingeschrieben.

Mögliche Unterstützung durch regionale Kooperationspartner oftmals ungenutzt: Zahlreiche Entwicklungen in Unternehmen werden durch Kooperationen mit regionalen Hochschulen und Wissenschaftseinrichtungen unterstützt. Dabei fließt wissenschaftliches Know-how in die Entwicklung innovativer Produkte und Dienstleistungen. Allerdings bestehen immer noch Hürden, insbesondere für kleine und mittlere Unternehmen, auf dem Weg zu mehr Innovation wissenschaftliches Know-how in Anspruch zu nehmen. Außer fehlender Kenntnis darüber, in welchen Gebieten wissenschaftliches Know-how besteht, werden oftmals Projekte mit Wissenschaftseinrichtungen als zu langwierig angesehen.

Langfristiger Mangel an Fachkräften in der Region erkennbar: Betrachtet man die Entwicklung der Immatrikulationszahlen in den MINT-Fächern (Mathematik, Informatik, Naturwissenschaft, Technik) in Relation zum weiter steigenden Fachkräftebedarf, lässt sich ein Mangel von Fachkräften mit Hochschulabschluss ableiten. Schon jetzt wirkt die Lücke an Ingenieurinnen und Ingenieuren, Naturwissenschaftlerinnen und Naturwissenschaftlern sowie technischen Fachkräften vereinzelt als Dynamikbremse.

Was noch zu tun ist

Akademische Fachkräfte an die Region binden: Die große Zahl an Hochschulen sowie Wissenschafts- und Forschungseinrichtungen sorgt auf dem regionalen Arbeitsmarkt für eine Vielzahl von gut ausgebildeten akademischen Fachkräften. Die Hochschulen der Region haben in den vergangenen Jahren bemerkenswerte Aktivitäten entfaltet, wie Unternehmensmessen oder auch die Informationsveranstaltung »Next-Stop: Job«, um junge Absolventinnen und Absolventen an die Region zu binden. Diese müssen fortgesetzt und intensiviert werden, etwa durch eine systematische und gezielte Ansprache der Studierenden in den Hochschulen und Universitäten, um einem späteren regionalen Fachkräftemangel im akademischen Bereich vorzubeugen. Ausländischen Absolventinnen und Absolventen sollte über eine passgenaue Beratung und Begleitung der Übergang in das Berufsleben leichter gemacht werden.

Absolventen zu Unternehmern machen: Das Themenfeld »Hochschulabsolventinnen und -absolventen als Existenzgründende« ist ein zentraler Baustein für die weitere Dynamik des Wirtschaftsstandortes. Formate wie »Meet the Boss«, in denen Studierende regionale Unternehmerinnen und Unternehmer kennenlernen und sich direkt mit ihnen austauschen, können zu erhöhter Gründungsaktivität animieren. Zudem sollten die einzelnen Hochschul-Gründungszentren ihre Aktivitäten enger miteinander verzahnen, verstetigen und ausbauen. Das Lehrpersonal in Universitäten und Hochschulen sollte stärker für Gründungsaktivitäten sensibilisiert werden, etwa durch Schulungen oder die gezielte Ansprache zu den Chancen des Transfers zwischen Wissenschaft und Wirtschaft. Zudem sollte das Lehrpersonal mehr Freiräume für diese Aktivitäten erhalten. Die Hochschulen sollte allgemein anstreben, Stiftungsprofessuren zu gewinnen.

Förderprogramme für Innovationen verschlanken und besser vermarkten: Zahlreiche Förderprogramme unterstützen bereits die Innovationstätigkeiten mittelständischer Unternehmen. Allerdings sind die administrativen Hürden häufig hoch. Hier gilt es, diese Hürden zu beseitigen und die Möglichkeiten, eine Förderung in Anspruch zu nehmen, noch besser in das Bewusstsein der Unternehmen zu rücken.

Wissenschaftsregion strategisch vermarkten: Die Stärke der Wissenschaftsregion in ihrer Vielfältigkeit und Exzellenz wird zu verschiedenen Anlässen bereits vermarktet. Die Bekanntheit ist jedoch – gerade vor dem Hintergrund der Kompetenzkonzentration und des Potenzials der Region – noch steigerungsfähig. Die Hochschulen und Akteure in Politik und Verwaltung sollten deshalb eine strategische, regional abgestimmte nationale und internationale Vermarktung der Wissenschaftsregion anstreben.

Das leistet die IHK

☐ Mit ihrer Innovations-Erstberatung versteht sich die IHK Bonn/Rhein-Sieg als Anlaufstelle für ihre Mitgliedsunternehmen. Die Expertise umfasst beispielsweise die Themen CE-Kennzeichnung, Produktsicherheit und Förderprogramme. Außerdem veranstaltet die IHK allein und mit Partnern immer wieder Informationsveranstaltungen und Fachkongresse zu aktuellen Innovationsthemen, um den Transfer zwischen Wissenschaft und Wirtschaft zu fördern.

☐ Die IHK begleitet den Digital Hub und das Cyber Security Cluster in wichtiger Rolle und trägt damit zum Erfolg der Netzwerke bei. Zudem setzt sich die IHK für die Ansiedlung einer School of Entrepreneurship ein.

Ansprechpartner in der IHK Bonn/Rhein-Sieg
Prof. Dr. Stephan Wimmers | s.wimmers@bonn.ihk.de | Tel. 0228 2284-142
Kevin Ehmke | k.ehmke@ihk.bonn.de | Tel. 0228 2284-193

15. Energie und Umwelt

Wie es ist

Stockende Energiewende verunsichert Unternehmen – Hohe Energiepreise und Netzentgelte: Als industrielles Kernland mit einem bislang sehr hohen Anteil konventioneller Strom- und Wärmeerzeugung stellt die Energiewende Nordrhein-Westfalen vor große Herausforderungen. Gleichzeitig hat der Zubau an erneuerbarer Erzeugungskapazität in Bonn/Rhein-Sieg und darüber hinaus an Dynamik gewonnen, wenngleich seit 2018 keine neue Windkraftanlage in der Region in Betrieb genommen wurde. Die erneuerbaren Erzeugungskapazitäten sind unzureichend in die vorhandene Netzinfrastruktur integriert. Um die ambitionierten Klimaziele zu erreichen, muss die Netzinfrastruktur erheblich ausgebaut werden. Nach wie vor fehlen Netz- und Speicherkapazitäten sowie zuverlässige Kraftwerke für sogenannte Dunkelflauten. Dies gefährdet die Versorgungssicherheit. Mit der sich wandelnden Energieversorgung gehen im internationalen Vergleich hohe Energiepreise einher sowie hohe Netzentgelte, die in den massiven Ausbau der Netzinfrastruktur fließen. Betriebe einzelner strom- oder energieintensiver Wirtschaftszweige verlagern ihre Produktion in wettbewerbsfähigere Länder. Gleichzeitig eröffnet die Transformation für einige Unternehmen auch neue Geschäftsfelder. Ein Wasserstoff-Kernnetz soll mit zwei Verbindungen von Norden nach Süden durch den Rhein-Sieg-Kreis bis spätestens Ende 2032 errichtet werden. Zu welchem Preis und in welcher Menge und Qualität Wasserstoff dann zur Verfügung stehen wird, ist bisher unklar. Das sorgt zusätzlich für Unsicherheit.

Daseinsvorsorge durch Kommunen: Traditionell nehmen Kommunen Aufgaben der Daseinsvorsorge wahr. Sie stellen für die Bürgerinnen und Bürger etwa Strom, Gas, Fernwärme und Wasser bereit und kümmern sich um die Abfall- und Abwasserentsorgung. Die gesetzliche Grundlage hierfür liefert die nordrhein-westfälische Gemeindeordnung. Zwar sind die bestehenden Kooperationen, zum Beispiel im Rahmen des Abfallzweckverbands REK, im Hinblick auf die Auslastung vorhandener Anlagen zu begrüßen. Aber: Die kommunalwirtschaftliche Betätigung führt teilweise zu Wettbewerbsverzerrungen gegenüber privaten mittelständischen Unternehmen.

Kommunale Wärmeplanung: Städte und Kommunen sind gesetzlich dazu verpflichtet, eine kommunale Wärmeplanung durchzuführen. Viele Kommunen sind derzeit dabei, eine solche Planung aufzustellen Es sollten Förderprogramme und Technologien berücksichtigt werden, die nachhaltiges Wachstum ermöglichen und regionale Wertschöpfung stärken.

Eine erfolgreiche Energiewende hängt auch von den Kommunen ab: Sowohl die Stadt Bonn als auch der Rhein-Sieg-Kreis haben ihr Angebot an Energieberatungsdienstleistungen deutlich ausgebaut. In der Stadt Bonn ist dafür die Wirtschaftsförderung und im Kreis die Energieagentur Rhein-Sieg e. V. verantwortlich. Diese stoßen jedoch schnell an personelle Kapazitätsgrenzen und sind trotz einer verbesserten Vermarktung in vielen Unternehmen noch unbekannt. Zudem wurde in der Stadt Bonn das innovative Förderprogramm »Solares Bonn« aufgesetzt; im Rhein-Sieg-Kreis wurde eine Solarkampagne durchgeführt, um den Photovoltaik-Ausbau zu beschleunigen. Ein Fachbeitrag und ein Konzept zur Freiflächen-Photovoltaik liegen für die Region vor, haben aber noch nicht zum gewünschten Zubau in der Fläche geführt. Einen positiven Impuls für den Ausbau, insbesondere der Windenergieanlagen, wird vom Sachlichen Teilplan Erneuerbare Energien des Regionalplans erwartet, der im Jahr 2025 in Kraft treten soll.

Was noch zu tun ist

Beschränkung der unternehmerischen Betätigung: Kommunen sollten nur dann unternehmerisch aktiv werden, wenn hierdurch ein Beitrag zur Verbesserung der örtlichen Ver- oder Entsorgungsinfrastruktur geleistet wird. Im Rahmen der Diskussion um den sogenannten »kommunalen Querverbund« muss klar zwischen hoheitlicher und »privatrechtlicher« Tätigkeit der Kommunen getrennt werden. Gewinne »kommunaler Unternehmen« im nicht hoheitlichen Bereich sollten, wie bei allen übrigen Wettbewerbern auch, besteuert werden, um Chancengleichheit sicherzustellen.

Ausbau der regionalen Energienetzinfrastruktur: Der auf die Anforderungen der Energiewende abgestimmte Ausbau der regionalen Energienetzinfrastruktur muss vorangetrieben werden, um die Versorgungssicherheit sowie möglichst geringe Energiepreise und Netzentgelte langfristig zu gewährleisten. Politik und Verwaltung sollten sich dafür einsetzen, dass Anfragen für Netzanschlüsse unabhängig von Energieträger oder Technologie und Anschlussgröße zeitnah sowie wirtschaftsfreundlich bearbeitet werden. Die Versorgung der regionalen Wirtschaft und Energieversorger mit Wasserstoff wird große Bedeutung erlangen. Damit die Region Anschluss an das Wasserstoff-Kernnetz erhält,

das durch den Rhein-Sieg-Kreis verlaufen wird, sollten Politik und Verwaltung Initiativen zur Anbindung der Region unterstützen.

- **Unterstützungsangebote für Unternehmen bedarfsorientiert ausweiten:** Kommunen sollten ihre Beratungsdienstleistungen im Bereich Energie für Unternehmen weiter verbessern, indem sie diese so ausstatten, dass sie unabhängige Erstberatungen durchführen und Kontakte weitervermitteln können. Zwischen den Energieagenturen in Stadt und Kreis sowie der Wirtschaftsförderung Bonn sollten ein kontinuierlicher Wissenstransfer und mehr Zusammenarbeit etabliert werden, um Synergien zu nutzen. Zudem sollte ein regelmäßiger Austausch mit den für Energiefragen relevanten Planungs- und Genehmigungsbehörden stattfinden. Die Verwaltungen sollten regelmäßig prüfen, ob und welche Landes- und Bundesmittel aus Förderprogrammen zur Beschleunigung der Energiewende sich in den Kommunen in Anspruch nehmen lassen.

- **Energiewende vorantreiben durch Digitalisierung und personelle Stärkung:** Kommunen und Städte können die Energiewende beschleunigen, indem sie Verwaltungsprozesse digitalisieren und vereinfachen sowie ihre personelle Ausstattung zielgerichtet verbessern. Digitale Antragsverfahren für Genehmigungen können die Bearbeitungszeiten erheblich verkürzen und den Zugang für Unternehmen erleichtern. Darüber hinaus sollten Schlüsselbereiche, wie Bauämter, Energie- und Umweltabteilungen, personell gestärkt werden, um die gestiegene Nachfrage nach Beratung und Genehmigungen bewältigen zu können. Zudem könnten zentrale Online-Plattformen entwickelt werden, über die sowohl Fördermittelanträge als auch Energieprojekte verwaltet werden. Das würde Transparenz und Effizienz erhöhen. Parallel dazu sind Schulungen und Weiterbildungen für bestehendes Personal essenziell, um technisches und regulatorisches Know-how aktuell zu halten.

- **Lokale Regulierung als Gefahr für Wirtschaftsstandort:** Lokale Regulierung durch ergänzende Energie-, Umwelt- oder Klimavorschriften kann den Wirtschaftsstandort gefährden, da übermäßig komplexe und bürokratische Vorgaben Investitionen hemmen und die lokale Wirtschaft gegenüber Nachbarkommunen schlechter stellen. Insbesondere kleinere Betriebe leiden unter hohen Kosten und Zeitaufwand für die Einhaltung zahlreicher Vorschriften. Das schränkt ihre Wettbewerbsfähigkeit ein.

- **Mit kommunaler Wärmeplanung die Energiewende unterstützen:** Die kommunale Wärmeplanung sollte wirtschaftlich und technisch tragfähige Lösungen bieten, Planungs- und Investitionssicherheit schaffen und lokale Unternehmen frühzeitig in den Prozess einbinden. Zudem sollten Technologien berücksichtigt werden, die die regionale Wertschöpfung stärken. Fernwärme als Alternative zu anderen Technologien der Wärmeversorgung muss transparent und zu wettbewerbsfähigen Preisen angeboten werden.

Das leistet die IHK

- ☐ Die IHK Bonn/Rhein-Sieg berät ihre Mitgliedsunternehmen zu Fragen des betrieblichen Umweltschutzes sowie der Energieversorgung und gibt wertvolle Tipps zu möglichen Förderprogrammen. Mithilfe von Informationsveranstaltungen, durch die Bildung von Netzwerken zu Energie-Themen und Newslettern informiert die IHK ihre Mitgliedsunternehmen zu aktuellen Themen rund um Energie und Umwelt.

- ☐ Die IHK setzt sich für die Interessen ihrer Mitgliedsunternehmen ein, unter anderem mit Veröffentlichungen für Politik und Verwaltung, um diese über die Erwartungen und Bedürfnisse der Wirtschaft zu informieren.

- ☐ Auf Grundlage der Gemeindeordnung NRW nimmt die IHK als Trägerin öffentlicher Belange Stellung zu allen Fragen, die die wirtschaftliche Betätigung von Kommunen betreffen.

Ansprechpartner in der IHK Bonn/Rhein-Sieg
Prof. Dr. Stephan Wimmers | s.wimmers@bonn.ihk.de | Tel. 0228 2284-142
Kevin Ehmke | k.ehmke@ihk.bonn.de | Tel. 0228 2284-193

16. Klimaschutz und Nachhaltigkeit

Wie es ist

Herausforderungen durch Regelungen: Ein Teil der Unternehmen sieht Nachhaltigkeitsregulierungen in der Region als existenzbedrohend an. Denn sie führen zu zusätzlichen Kosten und Herausforderungen. Rund sieben Prozent der Unternehmen erwägen in diesem Zusammenhang eine Standortverlagerung. Für die Hälfte der Unternehmen ergeben sich aber auch Chancen für neue Produkte oder Dienstleistungen, das zeigt eine aktuelle Umfrage.

Einsatz für Nachhaltigkeit: Immer mehr Unternehmen setzen auf Nachhaltigkeit in ihrem Wirtschaften und suchen unabhängig von gesetzlichen Regelungen aktiv nach Möglichkeiten, umweltfreundlicher zu agieren.

Klimaneutralität 2045: Vor dem Hintergrund der angestrebten Klimaneutralität Deutschlands bis 2045 geben in einer aktuellen Umfrage mehr als die Hälfte der Unternehmen in Bonn/Rhein-Sieg an, dass Klimaneutralität bis 2045 für sie erreichbar ist. Mehr als 40 Prozent hält dies jedoch für unrealistisch oder unsicher.

Klimaschutzkonzepte: Viele Kommunen, kommunale Verbünde und Kreise haben Klimaschutzkonzepte entwickelt. Die Realisierbarkeit der Konzepte und Pläne wird jedoch von knapp der Hälfte der Unternehmen angezweifelt. Gleichzeitig fühlt sich ein Viertel der Unternehmen in der Region schlecht über Regelungen und Politik im Bereich Nachhaltigkeit informiert.

Was noch zu tun ist

Wechselwirkungen berücksichtigen: Wir unterstützen die Forderungen nach einer nachhaltigeren Entwicklung unserer Wirtschaft. Dabei warnen wir vor einer isolierten Betrachtung der Maßnahmen und Vorgaben, ohne deren Wechselwirkungen zu berücksichtigen. Unser Ziel ist es, den Klimaschutz zu stärken, ohne Wohlstand, Arbeitsplätze und regionale Zukunftsfähigkeit zu verlieren.

- **Nachhaltiges Engagement von Unternehmen unterstützen:** Das Engagement von Unternehmen sollte noch stärker in den Fokus gerückt werden, außerdem bedarf es besserer Rahmenbedingungen für dieses Engagement, zum Beispiel durch entsprechende Infrastruktur.

- **Standort attraktiv halten:** Es ist wichtig, Wege zu finden, die zu mehr Klimaschutz führen und dem Ziel einer Kreislaufwirtschaft näher zu kommen, es dabei einer breiten Mehrheit der Unternehmen jedoch ermöglichen, sich daran zu beteiligen, ohne die eigene Existenz und damit den Standort zu gefährden.

- **Realistische Ziele setzen:** Es ist notwendig, realistische und damit erfüllbare Ziele für den Pfad zur Klimaneutralität zu formulieren. Es ist wichtig, dass die Politik gemeinsam mit der Wirtschaft realistische und umsetzbare Lösungen erarbeitet. Die bestehenden Ziele sind nach Meinung vieler Unternehmen unter den aktuellen Rahmenbedingungen nicht zu erreichen.

- **Abstimmung und Vernetzung der Klimaschutzkonzepte**: Die in vielen Kommunen und im Kreis entwickelten Klimaschutzkonzepte sollten auf die gesamte Region Bonn/Rhein-Sieg sowie entlang nationaler und internationaler Pläne abgestimmt werden, um eine optimale Wirkung entfalten zu können.

Das leistet die IHK

- ☐ Mit unterschiedlichen Formaten, wie Webinaren und Newslettern, unterstützt die IHK die Nachhaltigkeitsanstrengungen ihrer Mitgliedsunternehmen. Seit 2011 richtet die IHK in Kooperation mit der Freiwilligenagentur der Bundesstadt Bonn den Marktplatz »Gute Geschäfte« aus.

- ☐ Der regelmäßig aktualisierte Nachhaltigkeitsbericht der IHK zeigt Regelungen und Herausforderungen branchenspezifisch auf und formuliert Erwartungen an die Politik. Nachhaltigkeitsreports informieren über die Auswirkungen auf Unternehmen und den Status quo in der Region.

- ☐ Die IHK unterstützt den Nachhaltigkeits-Hub der Stadt Bonn, der seinerseits Unternehmen bei der Umsetzung nachhaltiger Geschäftsmodelle unterstützt und berät sowie Vernetzungsmöglichkeiten bietet.

- ☐ Die IHK bringt die Sicht der Wirtschaft auf regionaler Ebene in Arbeitskreisen und Veranstaltungen zum Thema Nachhaltigkeit und Klimaschutz ein.

Ansprechpartner in der IHK Bonn/Rhein-Sieg
Prof. Dr. Stephan Wimmers | s.wimmers@bonn.ihk.de | Tel. 0228 2284-142
Alicia Hohmann | a.hohmann@ihk.bonn.de | Tel. 0228 2284-166

Wirtschaftspolitische Positionen 2025

Kommunaler Teil

17. Stadt Bonn

Verkehrsnetz resilient gestalten, Erreichbarkeit verbessern

Durch die Zunahme des Personen- und Güterverkehrs in Bonn bei einer gleichzeitigen Neuaufteilung des Verkehrsraums kommt es in Bonn regelmäßig zu Staus. Hierfür sorgen auch 150.000 Menschen, die täglich nach Bonn einpendeln. In Kombination mit dem Wegfall von Parkplätzen und der nur langsam voranschreitenden Verbesserung des ÖPNV führt dies zu einer schlechteren Erreichbarkeit der Bundesstadt von außen. Zudem erschwert die Situation die Fahrten innerhalb der Stadt. Eingriffe ins Netz, wie die Umwandlung von Pkw-Spuren auf der Adenauerallee in Radwege und die Kappung des City-Rings, verschlechtern die Situation zusätzlich. Das Umsteigen auf umweltfreundlichere Alternativen wird noch zu wenig gefördert, dafür bräuchte es mehr Park-&-Ride- und Bike-&-Ride-Anlagen sowie eine ausreichende Ladeinfrastruktur. Dass das jüngste Verkehrskonzept, der Verkehrsentwicklungsplan, aus dem Jahr 2007 stammt, zeigt, dass es in den vergangenen Jahren an einer übergeordneten Strategie fehlte.

- Die Stadt Bonn benötigt gemeinsam mit dem Rhein-Sieg-Kreis ein übergeordnetes Verkehrskonzept, das den Rahmen für die Entwicklung aller Mobilitätsformen in Bonn und im umliegenden Kreis definiert. So sollten Netz- und Verkehrsinfrastruktur für die verschiedenen Verkehrsmittel integriert betrachtet und ausgebaut werden. Wichtiger Bestandteil ist dabei die Festlegung von Hauptrouten für ALLE Verkehrsmittel, die dann vorrangig ausgebaut werden. Das würde die Netzresilienz erhöhen, was auch mit Blick auf die zu erwartenden Baumaßnahmen dringend notwendig ist. Dabei darf der motorisierte Individualverkehr nicht unverhältnismäßig benachteiligt werden, denn er ist für viele Unternehmen essenziell und nicht verlagerbar. Stattdessen sollten umweltfreundlichere Antriebstechnologien gefördert und die erforderliche Ladeinfrastruktur ausgebaut werden. Für Pendlerinnen und Pendler sollten außerdem Umstiegspunkte in Form von Park-&-Ride- und Bike-&-Ride-Anlagen oder Mobilstationen im Umland geschaffen werden. Eingriffe in den vorhandenen Parkraum haben den Parkdruck erhöht. Davon sind auch Wirtschaftsverkehre, die laden, liefern und Kundentermine haben, betroffen. Die Wirtschaftsparkplätze sind ein wichtiger Schritt, um Abhilfe zu schaffen, derzeit sind sie jedoch noch rar gesät.

- Mobilstationen allein reichen nicht aus, um die Pendlerinnen und Pendler zum Umstieg vom Pkw auf Bus und Bahn zu überzeugen. Der ÖPNV erreicht in Bonn bereits ein hohes Niveau, muss aber insgesamt noch attraktiver und zuverlässiger werden. Dazu gehören neben angemessenen Preisen auch sichere und saubere Bahnhöfe und Haltepunkte. Weitere Einschränkungen bei der Anbindung Bonns an den Schienenfernverkehr sind nicht hinnehmbar und stehen einer Verkehrswende entgegen. Zwei wichtige Projekte sind der Neubau des Zentralen Omnibusbahnhofes und die Aufwertung des Bahnhofsumfelds. Ebenfalls ganz oben auf die Agenda gehören so wichtige Projekte wie die Verwirklichung der geplanten Seilbahn auf den Venusberg, die Verlängerung der Stadtbahn bis Buschdorf und die Westbahn.

- Baumaßnahmen an bestehenden und intensiv genutzten Verkehrswegen sollten im Hinblick auf ihre Auswirkungen auf das gesamte Verkehrsnetz geplant und so aufeinander abgestimmt werden, dass sie den Verkehr so wenig wie möglich beeinträchtigen. Dazu gehört auch eine frühzeitige Kommunikation der Baumaßnahmen inklusive einer ausreichenden Beschilderung und Ausweisung von Umleitungen. Projekte wie der zeitnahe Neubau des Tausendfüßlers, eine Sanierung der Reuterbrücke oder der Ersatzneubau des Endenicher Eis, werden den regionalen Verkehr ansonsten vor noch größere Herausforderungen stellen.

■ Der Radverkehr wurde in den vergangenen Jahren massiv gestärkt, wovon auch Pendlerinnen, Pendler und Unternehmen profitiert haben. Trotzdem gehören weiterhin die Errichtung von sicheren Abstellanlagen, die Schaffung durchgehender Fahrradrouten, eine vierte Rheinbrücke für den Fuß- und Radverkehr und fahrradsichere Kreuzungen auf die Tagesordnung.

Immobilien und Gewerbeflächen – Nachverdichtung vereinfachen und beschleunigen

In der Stadt Bonn fehlen zahlreiche Wohnungen, es herrscht ein angespannter Wohnungsmarkt. Problematisch ist dies vor allem auch deshalb, weil für Bonn bis 2050 mit einem Plus von 8,8 Prozent das höchste Bevölkerungswachstum im gesamten Bundesland NRW prognostiziert wird. Gestiegene Baukosten, eine hohe Zinslast, verschärfte Auflagen und eine sich stetig ändernde Förderkulisse hemmen jedoch die Neubauaktivität. Es wird weniger gebaut, als es der Bedarf erfordert. Fehlende bezahlbare Wohnungen werden zu einer spürbaren Hürde für den Fachkräftezuzug. Gleichzeitig nimmt die Flächenkonkurrenz zu, was wiederum die Ansiedlung und Erweiterung von Gewerbebetrieben erschwert. Die Gewerbeflächenreserve beträgt nur noch knapp 29 Hektar. Konkrete Bau-, Erweiterungs- und Modernisierungsvorhaben werden zudem durch komplexe und langwierige Planungs- und Genehmigungsverfahren ausgebremst. Zusätzlich sorgt eine heranrückende Wohnbebauung häufig für Einschränkungen im Betrieb von Unternehmen.

■ Bebauungspläne sollten aktualisiert und damit an aktuelle Bedarfe angepasst werden. Dies beinhaltet die Ausweisung zusätzlicher Wohnbau-, Gewerbe- und Industrieflächen gemäß Regionalplan. Dabei sollte auch die Infrastruktur berücksichtigt werden, unter anderem die verkehrliche Erreichbarkeit, das Stromnetz sowie der Breitband-Internetzugang. Die Stadt Bonn legt zunehmend Wert auf nachhaltige Gewerbeflächen, die einerseits einen Beitrag zur Klimaneutralität leisten, andererseits jedoch auch eine Hürde für die Ansiedlung von Betrieben sein können. In nachhaltigen Gewerbe- und Industriegebieten sollten deshalb keine zu hohen Ansiedlungskriterien festgelegt werden, damit Unternehmen unterschiedlicher Branchen, auch die energieintensive Industrie, die Chance haben, sich dort anzusiedeln. Darüber hinaus sollte das Nachverdichtungspotenzial gemäß der aktuellen Gesetzeslage ausgeschöpft werden. Möglichkeiten der Kooperation mit Nachbarkommunen sollten geprüft und wenn möglich in Angriff genommen werden, zum Beispiel die Entwicklung interkommunaler Gewerbegebiete.

■ Bau-, Erweiterungs- oder Modernisierungsvorhaben sollten insgesamt entbürokratisiert und dadurch beschleunigt werden. Neben Verfahrenserleichterungen sollte auch die Bearbeitungsdauer von Genehmigungen im Blick behalten und wenn möglich reduziert werden. Die Beschleunigung von Bauvorhaben ist besonders wichtig im Hinblick auf eine Transformation zu einer klimaneutralen und digitalen Wirtschaft. Verfahren müssen verkürzt, Regularien vereinfacht werden, zum Beispiel durch Maßnahmen des Baulandmobilisierungsgesetzes. Dies ermöglicht eine schnellere Nachverdichtung von Wohnbebauung. Dennoch sollten dem Markt auch weitere vorhandene Flächen zugeführt werden. Letztlich kann nur so neuer, bezahlbarer Wohnraum entstehen, von dem auch zugezogene Fachkräfte profitieren. Darüber hinaus sollte die Stadt Bonn regelmäßig die Nachfrage nach Wohn- und Gewerbeimmobilien erfassen, um frühzeitig Maßnahmen ergreifen und priorisieren zu können. Die IHK begrüßt die angestrebte Entwicklung des »Gewerbeparks Pützchen«, weitere Flächen sollten, auch gemeinsam mit den Umlandkommunen, interkommunal entwickelt werden.

■ Der Sanierungsstau bei öffentlichen Gebäuden sollte aufgelöst, Immobilien frühzeitig saniert und ungenutzte Flächen schnellstmöglich einer Nutzung zugeführt werden. Dies gilt beispielsweise für die Nachnutzung des ehemaligen Landesbehördenhauses.

Innenstadt erreichbar und attraktiv halten

In der Bonner City hat sich in den vergangenen Jahren einiges verändert, oft jedoch nicht zum Guten. Während sich die reinen Passantenfrequenzen wieder von dem Corona-Tief erholt haben, nehmen viele Einzelhandelsbetriebe einen Rückgang der Kundenfrequenz wahr. Dies hat zusammen mit der unzulänglichen Erreichbarkeit der Innenstadt mit dem Pkw und der Wahrnehmung des Stadtbildes als vergleichsweise unsauber, dazu geführt, dass die Anzahl inhabergeführter Einzelhandelsbetriebe weiter sinkt und die Leerstandsquote steigt. Auch beim Viktoriakarree jährt sich der Stillstand 2025 zum zehnten Mal, einzig die Universität setzt ihre Pläne auf dem dortigen Areal weiter um.

■ Bundesweit gibt es viele Herausforderungen für den Handel, daher sollte die Stadt zumindest die lokal beeinflussbaren Standortfaktoren, wie leichte Erreichbarkeit mit allen Verkehrsmitteln, attraktive Veranstaltungen, um Menschen in die Innenstadt zu holen, oder Sicherheit und Sauberkeit der City im Blick haben und Verbesserungen anstreben. Für eine attraktive Innenstadt muss vor allem die Erreichbarkeit für alle Kundenkreise und Verkehrsmittel gewährleistet sein. Für die Erhöhung der Sicherheit und Sauberkeit

müssen bonnorange und Ordnungsamt das entwickelte Konzept umsetzen. Im Viktoriakarree muss der Stillstand ein Ende haben, und es muss gemeinsam mit Investoren und Anwohnenden eine zukunftsfähige Lösung gefunden werden. Das Zielbild der multifunktionalen Stadt sollte weiterverfolgt werden, dabei muss dem Handel weiterhin die tragende Rolle des Innenstadtbesuchs zukommen. Hierzu sind neue Angebots- und Vertriebskonzepte, wie beispielsweise Automatenkioske, zu unterstützen. Ebenso sollten die Ansätze des Zentrenmanagements und Stadtmarketings verstetigt und weiter ausgebaut werden. Dies darf aber keine alleinige Aufgabe der Kommune sein. Einzelhandelsbetriebe, Gewerbetreibende sowie Immobilieneigentümerinnen und -eigentümer in der City sollten integriert werden.

Fachkräfte und Bildung

Wohnraum für Arbeitskräfte und Auszubildende

Bevölkerungswachstum und geringe Investitionen in neuen Wohnraum führen seit Jahren zu steigenden Mieten. Viele Arbeitskräfte und Auszubildende finden derzeit keinen passenden Wohnraum oder sind durch die hohen Mieten stark belastet.

- Deshalb müssen die Rahmenbedingungen für Investitionen in den Wohnungsbau verbessert, Vorschriften reduziert und Genehmigungen beschleunigt werden. Im sozialen Wohnungsbau sollten auch Auszubildendenwohnheime mitgedacht werden. Hier muss auch im Rahmen möglicher Public-Private-Partnerships mit der Wirtschaft verhandelt werden. Die Bereitstellung entsprechender Grundstücke könnte private Investoren anlocken. Für eine gesunde Stadtgesellschaft, die Arbeit und inklusives Miteinander verbinden muss, sollten Wohnmodelle mit Mehrgenerationenkonzepten zu den zukünftigen Standartelementen gehören.

Ausbau der Ganztagsbetreuung

Gerade in schwierigen und unsicheren Zeiten ist es im sozialen Bereich von großer Bedeutung, den Menschen vielfältige Unterstützung, Förderung und Beratung zukommen zu lassen. Träger mit ihren vielfältigen (Beratungs-)Angeboten für Familien oder geflüchtete Personen werden finanziell unterstützt. Obwohl in den vergangenen Jahren ein umfangreicher Ausbau der Betreuungsplätze stattgefunden hat, müssen nach wie vor weitere Plätze in Kindertageseinrichtungen und Tagespflege geschaffen werden, um der Nachfrage gerecht zu werden und ein bedarfsgerechtes Angebot vorzuhalten.

- Trotz einer bereits hohen Betreuungsquote sollten 300 zusätzliche Plätze pro Jahr im Offenen Ganztag an den Grundschulen geschaffen werden, um gut auf die Pläne der Landesregierung für einen Rechtsanspruch vorbereitet zu sein.

- Regelmäßig sollten die Vergaben an die Träger und die Kosten der Dienstleistungen im Betreuungsbereich der Kinder und Jugendlichen überprüft werden. Es sollte ein Benchmarking mit anderen Städten transparent aufgebaut werden (offener Ganztag, Schulbegleiter etc.). Die Ausbildungsquoten in diesen Bereichen sollten erhöht werden, um in Zukunft über die benötigten Fachkräfte zu verfügen.

Jugendberufsagentur schaffen und finanzieren

Eine Jugendberufsagentur schafft komplexe Übergänge: Der Übergang von der Schule in den Beruf ist für viele Jugendliche eine Zeit der Unsicherheit und Herausforderungen. Es gilt, sich in einem komplexen System von Ausbildungsmöglichkeiten, Studiengängen und Berufsbildern zurechtzufinden. Eine Jugendberufsagentur bietet hier eine zentrale Anlaufstelle, die Orientierung und Unterstützung bietet.

Weiterer Vorteil einer Jugendberufsagentur: individuelle Beratung. Jeder junge Mensch ist einzigartig und hat unterschiedliche Stärken, Schwächen und Interessen. Eine Jugendberufsagentur ermöglicht eine individuelle Beratung, die auf die persönlichen Bedürfnisse und Ziele jedes Einzelnen eingeht.

Vorteil Nummer 3: Netzwerkpartnerschaften. Eine Jugendberufsagentur fungiert als Schnittstelle zwischen Schulen, Betrieben, Arbeitsagenturen und anderen relevanten Akteuren. Durch die Vernetzung dieser Partner können Synergieeffekte genutzt und Übergänge reibungsloser gestaltet werden.

Prävention von Jugendarbeitslosigkeit ist ein weiterer Pluspunkt. Eine frühzeitige und umfassende Berufsberatung durch eine Jugendberufsagentur kann dazu beitragen, Jugendarbeitslosigkeit vorzubeugen. Indem junge Menschen frühzeitig über ihre Möglichkeiten informiert und unterstützt werden, können sie besser auf den Arbeitsmarkt vorbereitet werden.

Zudem braucht Bonn gut ausgebildete Fachkräfte, um auch in Zukunft wirtschaftlich erfolgreich zu sein. Eine Jugendberufsagentur kann dazu beitragen, junge Menschen für bestimmte Berufe zu begeistern und sie bei der Entwicklung der dafür notwendigen Fähigkeiten zu unterstützen.

■ Die Stadt muss die Hauptverantwortung für die Finanzierung der Jugendberufsagentur übernehmen und die anteiligen Kosten auf die Arbeitsagentur und das Jobcenter Bonn umlegen. Dies ermöglicht eine enge Anbindung an die kommunalen Strukturen und Bedürfnisse in der Bundesstadt.

Marode Infrastruktur in Schulen

Außer den mehr als 70 Millionen Euro, die im Doppelhaushalt in Schulbaumaßnahmen investiert werden, setzt die Stadt aus eigenen Mitteln – also über Landeszuweisungen und Beiträge hinaus – durchschnittlich 43 Millionen Euro jährlich als Schulträgerin für den Betrieb der Schulen und die Beförderung der Schülerinnen und Schüler ein. Die Leistungen im Bereich der Hilfen zur Erziehung sowie der Integrationsassistenz, also der Begleitung von Schülerinnen und Schülern mit körperlicher, geistiger oder seelischer Behinderung in ihrem Schulalltag, sind ein weiterer großer Ausgabenbereich. Aber auch für Einrichtungen der Jugendarbeit werden erhebliche Mittel zur Verfügung gestellt, davon rund 5,3 Millionen Euro für Einrichtungen in freier Trägerschaft, um die Arbeit der freien Träger abzusichern. Dieser positive Ansatz geht aber – bei einer Milliarde Euro Investitionsstau – nicht weit genug.

■ Deshalb bedarf es der Verabschiedung einer verbindlichen Prioritätenliste der Bauprojekte und Maßnahmen. Der Schwerpunkt soll auf der Sanierung der Schulen liegen.

Energie und Wärmeplanung

Nach dem Abschluss der ersten Kommunalen Wärmeplanung im Jahr 2025 startet die Bundesstadt Bonn in die stadtweite, strategische Umsetzung der Wärmewende. Es sind dazu zahlreiche Maßnahmen geplant, etwa die Entwicklung einer Fernwärmenetzausbaustrategie. Parallel dazu werden weitere Aspekte der Energiewende die Energie-Infrastruktur Bonns stark verändern, zum Beispiel der Ausbau der Strom-Verteilnetze oder der Anschluss Bonns an das Wasserstoff-Kernnetz. In den kommenden Jahren steht die Stadt also vor der gewaltigen Herausforderung, Schritt zu halten mit dem Tempo der Energiewende und gleichzeitig Unternehmen eine sichere wie preiswerte Energieversorgung zu garantieren.

■ Die kommunale Wärmeplanung sollte wirtschaftlich und technisch tragfähige Lösungen bieten, Planungs- und Investitionssicherheit schaffen und lokale Unternehmen frühzeitig in den Prozess einbinden. Fernwärme als Alternative zu anderen Technologien der Wärmeversorgung muss transparent und zu wettbewerbsfähigen Preisen angeboten werden.

■ Die Stadt kann die Energiewende beschleunigen, indem sie Verwaltungsprozesse digitalisiert und gezielt Personal in Schlüsselbereichen, wie Bauämtern und Umweltabteilungen, aufstockt. Digitale Antragsverfahren verkürzen Genehmigungszeiten und erleichtern Unternehmen den Zugang. Zudem sind Personal-Schulungen und eine intrakommunale Zusammenarbeit essenziell, um technisches und regulatorisches Know-how aktuell zu halten und Engpässe und Hürden in Verwaltungshandeln zu erkennen und effizient abzubauen.

■ Im »Smart City Index 2024« des Branchenverbandes Bitkom e. V. belegt Bonn im nationalen Städtevergleich Platz 31 und weist unter anderem im Bereich Energie/Umwelt Verbesserungspotenzial auf. Insbesondere die Implementierung intelligenter Straßenbeleuchtungen (Einsatz von Smart Poles, adaptiver Beleuchtung und Photovoltaik-Straßenlaternen) und Energielösungen (Anteil des aus Solarenergie erzeugten Stroms, umweltfreundliche Wärmeerzeugung und Smart-Meter- Roll-out in der Fläche) gehören zu den steigerungsfähigen Segmenten.

■ Der bevorstehende, umfangreiche Netzausbau in Bonn erfordert ein effizientes Baustellenmanagement, um die Einschränkungen etwa im Straßenverkehr möglichst gering zu halten. Dafür ist eine frühzeitige Koordination aller Beteiligten an Infrastruktur-Tiefbauarbeiten erforderlich, beispielsweise durch eine zentrale Stelle der Baustellenkoordination und ein transparentes Informationssystem (zum Beispiel über aktuelle und geplante Baustellen im öffentlichen Raum).

Digitalisierung: Geplante Zusatzvereinbarung zum Berlin/Bonn-Gesetz beschließen

Bonn ist ein bedeutender nationaler und internationaler Standort für Cybersicherheit. Das vorhandene institutionelle und wissenschaftliche Umfeld (Bundesamt für Sicherheit in der Informationstechnik (BSI), Bundesnetzagentur, Universität Bonn, Hochschule Bonn-Rhein-Sieg, Institute der Fraunhofer-Gesellschaft) bietet ideale Grundvoraussetzungen für eine Vorreiterrolle des Standorts Bonn. Zusätzlich konzentrieren sich thematische Netzwerke, wie der Digital Hub Region Bonn und das Cyber Security Cluster Bonn, auf Austausch, Wissensvermittlung und Unternehmensgründung im Bereich Cybersicherheit.

■ Der zukünftige Ausbau dieser Branche ist ein wichtiges Ziel der geplanten Zusatzvereinbarung zum Berlin/Bonn-Gesetz. Daher ist es im Interesse der Wirtschaft, der Bundesstadt Bonn und der ganzen Region, dass die Zusatzvereinbarung zeitnah beschlossen wird.

Verwaltung digitalisieren

Laut »Smart City Index 2024« des Bitkom e. V. bestehen die größten Verbesserungspotenziale für die Stadt Bonn bei den Bereichen Verwaltung und Gesellschaft/Bildung.

■ Zur Reduzierung des Aufwands bei der Nutzung von Verwaltungsdienstleistungen durch die Wirtschaft sollte das Onlinezugangsgesetz (OZG) konsequent umgesetzt werden. Entbürokratisierung ist elementar für die Bindung bestehender und die Ansiedlung neuer Unternehmen. Darüber hinaus gehört die Stärkung der Digitalkompetenz der Gesellschaft insgesamt ebenfalls zu den wichtigsten Herausforderungen.

Glasfaser ausbauen

Für die kreisfreie Stadt Bonn wird im Gigabitatlas des Bundes eine Glasfaserquote von 12,8 Prozent für Direktanschlüsse am Gebäude (Fiber to the Home/Fiber to the Building (FTTH/FTTB)) angegeben. Die Anschlussqualitäten der übrigen Breitbandanbindungen über andere Technologien wird bei einer Anschlussgeschwindigkeit größer 1.000 Mbit/s mit 93,6 Prozent, bei über 100 Mbit/s mit 98,3 Prozent und bei mehr als 30 Mbit/s sogar mit 98,7 Prozent angegeben. Für den Glasfaserausbau in Bonn hat die Stadt Anfang 2023 eine Vereinbarung mit der Westconnect GmbH getroffen. Die Westconnect GmbH beabsichtigt demnach, größere Teile des Stadtgebiets eigenwirtschaftlich mit Glasfaser zu versorgen. Mit dem Vorhaben sollen laut Stadt rund 30.000 Adresspunkte mit insgesamt rund 106.000 Haushalten und Gewerbeeinheiten bis Ende 2025 mit einer schnellen Glasfaseranbindung von mindestens einem Gigabit erschlossen werden. Das entspricht ungefähr 60 Prozent aller Bonner Haushalte und Gewerbeeinheiten.

■ Glasfaser gilt als gegenwärtig und zukünftig führende Technologie im Bereich Breitband. Daher sollten sowohl der eigenwirtschaftliche als auch der geförderte Ausbau weiter vorangetrieben werden. Die bereits vorhandenen Anschlüsse bis zum Gehweg (Fiber to the Curb (FTTC)) können genutzt werden, um das Anschlussziel von 100 Prozent der Bonner Haushalte und Gewerbeeinheiten zu erreichen. FTTC-Anschlüsse mit über 100 Mbit/s sind laut Gigabitatlas bereits zu 86 Prozent vorhanden.

Tourismus- und Kongressmarketing neu aufstellen und weiter professionalisieren

Die Stadt Bonn hat sich in touristischer Hinsicht, genau wie der Rhein-Sieg-Kreis, noch nicht vollständig von den Corona-Auswirkungen erholt. Die Übernachtungszahlen liegen immer noch unter denjenigen vor der Pandemie, während andere Regionen in NRW diese sogar schon wieder übertreffen. Gleichzeitig wird das Gastgewerbe durch die Ausweitung der Beherbergungssteuer und die Forderung nach einer Einführung einer Verpackungssteuer weiter belastet. Auf den Erfolgen des Beethovenjubiläumsjahres 2020 wurde nicht genügend aufgebaut, Bonn hat weiterhin keine klare touristische Marke.

■ Das touristische Leitbild für Bonn sollte der Ausgangspunkt für eine klare Vermarktungsstrategie und Ausrichtung sein. Kerninhalte dieses Leitbildes sind bereits in die Neuausrichtung der Tourismus & Congress GmbH eingeflossen. Für die Weiterentwicklung des Marketings sollten weitere finanzielle Mittel aufgewendet werden. Kongressmarketing und -vertrieb sind ausbaufähig. Eine Zusammenlegung mit weiteren touristischen Vermarktungsorganisationen innerhalb der Stadt sollte geprüft werden, sodass EIN Hauptansprechpartner für Gäste, Touristiker und Kongressveranstalter entsteht. Belastungen wie die Beherbergungssteuer sollten abgeschafft, eine Verpackungssteuer gar nicht erst eingeführt werden. Bei der Planung der Feierlichkeiten für das Beethovenjubiläum 2027 sollte auf die geschaffene Marke zurückgegriffen werden, sodass auf dem bereits erreichten Bekanntheitsgrad aufgebaut werden kann.

Nachhaltigkeit: Mehr Realismus notwendig

Die Stadt Bonn hat sich das Ziel gesetzt, bis 2035 klimaneutral zu sein. Die Wirtschaft hat einen Anteil von etwa sechs Prozent am Treibhausgasausstoß in der Stadt und müsste diesen bis auf null Prozent reduzieren. Laut einer aktuellen Umfrage ist Klimaneutralität bis zum Jahr 2045 nur für etwa die Hälfte der Unternehmen vorstellbar. Besonders energieintensive Unternehmen stehen bei der Transformation zu einer klimaneutralen Wirtschaft vor großen Herausforderungen. Hohe Energiepreise und bürokratische Anforderungen, wie Berichtspflichten, schrecken insbesondere Industrieunternehmen ab.

Der Nachhaltigkeits-Hub, in dessen Arbeit sich die IHK als konzeptioneller Akteur einbringt, unterstützt Unternehmen bei der Umsetzung nachhaltiger Geschäftsmodelle, berät und bietet Vernetzungsmöglichkeiten für Unternehmen.

Um die Stadt resilient für die Klimaveränderungen zu machen, werden beispielweise Starkregenereignisse und Hitze bei Bebauungsplänen berücksichtigt. Als Grundlage zur Klimaanpassung liegen Klimaanalysekarten der Stadt Bonn vor.

- Den Wirtschaftsstandort Bonn attraktiv gestalten: Die IHK Bonn Rhein/Sieg unterstützt grundsätzlich das Ziel der Klimaneutralität. Es sollten allerdings Wege gefunden werden, die den Klimaschutz fördern und gleichzeitig einer Mehrheit der Unternehmen ermöglichen, sich ohne Gefährdung der eigenen Existenz und damit des Standorts zu engagieren.

- Realistische Ziele setzen: Realistische und erfüllbare Ziele für den Pfad zur Klimaneutralität sind notwendig, um Planungssicherheit zu gewährleisten. Die Politik sollte die Belange der Wirtschaft berücksichtigen.

Haushaltskonsolidierung intensivieren und Hebesätze stabilisieren

Die Haushaltslage der Stadt Bonn ist prekär. Die Stadt Bonn verfügt einerseits über steigende Einnahmen, andererseits steht sie großen Herausforderungen in den Bereichen ÖPNV, Netzausbau und Transformation gegenüber. Diese Herausforderungen sind kostspielig, eine Finanzierung ist unklar. Nachdem die Bezirksregierung gegen den Haushaltsplanentwurf 2025/2026 Bedenken vorgebracht hat, sind die Konsolidierungsbemühungen verschärft worden. Dennoch sind weiter erhebliche Fehlbeträge von jährlich über 100 Millionen Euro eingeplant. Auch die Verschuldung steigt weiter an – auf mehr als vier Milliarden Euro im Jahr 2029. Dies entspricht einer Verdoppelung zwischen 2023 und 2029. Verglichen mit den übrigen kreisfreien Städten in NRW verfügt Bonn über die dritthöchste Pro-Kopf-Verschuldung (2023).

- Politik und Verwaltung sind gefordert, den gestarteten Konsolidierungsprozess konsequent weiter zu verfolgen. Die Ausgabenseite muss dabei fortlaufend in den Blick genommen werden. Es darf nicht weiter an der Steuerschraube gedreht werden, da ansonsten die Konkurrenzfähigkeit des Standorts auf dem Spiel steht. Insbesondere bei der Grundsteuer B ist die Aufkommensneutralität zu berücksichtigen, Unternehmen dürfen durch gesplittete Hebesätze nicht zusätzlich belastet werden.

Internationaler Standort

Als Sitz der Vereinten Nationen mit 26 Sekretariaten sticht die Stadt am Rhein bereits mit ihrer Internationalität heraus. Zahlreiche global agierende Entwicklungsorganisationen, wie beispielsweise die Gesellschaft für Internationale Zusammenarbeit (GIZ) und rund 150 Nichtregierungsorganisationen, prägen die Stadt. Darüber hinaus ist Bonn Sitz von 15 Generalkonsulaten und Außenstellen von Botschaften, zählt 36 Ländervereine, eine internationale Schule und internationale Kindertagesstätten. Die Universität Bonn unterhält ein eigenes Dezernat »Internationales« als Anlaufstelle für in- und ausländische Studierende.

Mit der Städtepartnerschaft mit Oxford (Großbritannien) und städtepartnerschaftlichen Beziehungen zu Budapests Stadtbezirk Budafok (Ungarn) und zur Stadt Opole (Polen) wurden tiefergehende Verbindungen ins Ausland etabliert. Die zusätzlichen Projektpartnerschaften mit Buchara (Usbekistan), Cape Coast (Ghana), Chengdu (VR China), La Paz (Bolivien), Minsk (Republik Belarus/Weißrussland) und Ulan Bator (Mongolei) erweitern die Beziehungen in die Welt nochmals deutlich. Hinzu kommt die Solidaritätspartnerschaft mit Cherson (Ukraine).

In diesem internationalen Umfeld konnte zusätzlich die Ansiedlung weiterer internationaler Organisationen, zum Beispiel des weltweit führenden Europäischen Zentrums für mittelfristige Wettervorhersage (EZMW) und der europäischen Koordinierungsstelle für den Schutz der Wälder, die »Forest Risk Facility«, arrangiert werden.

In Hinblick auf die Wirtschaft ist hervorzuheben, dass in Bonn und im Rhein-Sieg-Kreis außer den bekannten, global agierenden Konzernen knapp 800 ausländische, im Handelsregister eingetragene Unternehmen und über 5.000 Kleingewerbetreibende mit internationaler Herkunft tätig sind. Ein Großteil der gewerblichen Wirtschaft unterhält Geschäftsbeziehungen mit Kunden und Lieferanten in der ganzen Welt. In der Industrie werden Exportanteile von bis zu 80 Prozent realisiert.

- Weitere Sekretariate der UN anwerben: Bonn hat sich unter anderem mit dem UN-Klimasekretariat (UNFCCC) und dem Sekretariat der Konvention zur Bekämpfung der Wüstenbildung (UNCCD) als ein globales Zentrum für Nachhaltigkeit etabliert. Zur Verwirklichung von Synergien in Bezug auf die 17 Sustainable Development Goals (SDG) der UN sollte sich die Stadt bemühen, weitere Sekretariate in Bonn anzusiedeln.

- Mehr Generalkonsulate für Bonn gewinnen: Der Sitz von sieben Bundesministerien und 15 Generalkonsulaten und Botschaftsvertretungen in Bonn bietet eine sehr gute Basis, um politische Kontakte aufzunehmen, zu pflegen und Entscheidungen vorzubereiten. Mit wachsender Zahl ausländischer Vertretungen kann das Netzwerk weiter gestärkt und der Status von Bonn als zweites politisches Zentrum in Deutschland gefestigt werden.

- Städtepartnerschaften stärker für Wirtschaftsbeziehungen nutzen: Der politische und kulturelle Austausch mit Partnerstädten ist ein wichtiger Bestandteil internationaler Beziehungen. Diese Verbindungen sollten jedoch verstärkt auch zum Vorteil lokaler Unternehmen genutzt werden, die bei Bedarf auf die bestehenden Kontakte in die Partnerstädte zurückgreifen können. Die Aktivitäten mit der Solidaritätspartnerstadt Cherson in der Ukraine und die anvisierten Kontakte zu Unternehmen mögen hier als richtungsweisend dafür gelten, wie auch die übrigen Partnerstädte stärker mit der hiesigen Wirtschaft vernetzt werden könnten.

- Mehr internationale Institutionen zur Ansiedlung in Bonn bewegen: Der gegen acht Mitbewerber durchgesetzte Zuschlag zur Ansiedlung des Europäischen Zentrums für mittelfristige Wettervorhersage in Bonn könnte nahezu als Blaupause genutzt werden, um weitere internationale Institutionen zur Niederlassung in Bonn zu bewegen. Ausschlaggebend waren insbesondere die bestehende Infrastruktur, die ausgezeichneten Lebensbedingungen für die Beschäftigten und die umfangreichen Kooperationsmöglichkeiten mit den UN-Sekretariaten. Insbesondere zur weiteren Schärfung des Profil Bonns wären Gesellschaften aus dem Sektor der Nachhaltigkeit und der Cybersicherheit zu nennen.

Biotech/Medtech

Biotech und Digital Health sind Zukunftsbranchen – auch für und in Bonn. Die exzellente Forschung von Universität Bonn und Universitätsklinikum Bonn (UKB) in diesen Bereichen ist hier Beispiel gebend. Die Stadt sollte diese Branchen in vielfacher Hinsicht fördern. In der Vergangenheit haben bereits mehrere Unternehmen mit einem Finanzierungsvolumen von über 450 Millionen US-Dollar aufgrund fehlender Flächen die Region verlassen.

Wissenschaftler und Wissenschaftlerinnen können auf die Laborinfrastruktur von Universität und UKB zurückgreifen. Sobald sie jedoch ein Unternehmen ausgründen, finden sie am Standort nicht die nötigen Laborflächen – und ziehen nicht selten in eine andere Stadt.

- Wirtschaft, Wissenschaft und Stadt müssen gemeinsam Laborinfrastrukturen schaffen, die es Unternehmen ermöglicht, am Standort zu wachsen. Die Stadt sollte dafür Flächen zur Verfügung stellen, auf denen diese Infrastruktur entstehen kann, sowie die baurechtlichen Voraussetzungen schaffen. Die Standorte Köln und Düsseldorf haben in den vergangenen Jahren sehr erfolgreich solche Strukturen aufgebaut. Sie sind bereits ausgelastet.

- Ausgründende Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler müssen das Unternehmertum in der Regel erst erlernen. Ein Biotech-Hub mit Funktionen eines Incubators/Accelerators würde auf dem Weg zum Unternehmer und zur Unternehmerin helfen. Analog zum Digital Hub sollten sich private und öffentlich-rechtliche Partner zusammenfinden und die entsprechende Infrastruktur aufbauen. Diese muss eine entsprechende Größe haben, um die Grundkosten nicht explodieren zu lassen.

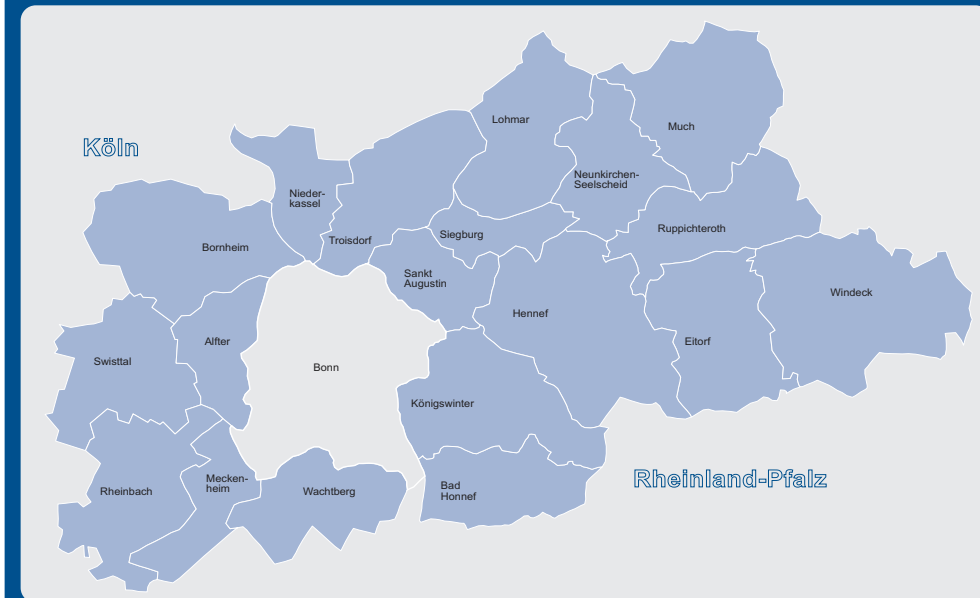
Wirtschaftsförderung

In Bonn lässt sich keine durchgängige wirtschaftspolitische Strategie erkennen. Es fehlt ein Zielbild, wie die Wirtschaft in Zukunft aufgestellt sein soll und welche Branchen für eine Ansiedlung gewonnen werden sollen. Auch die Vermarktung des Wirtschaftsstandortes gehört dazu.

- Die Stadt sollte gemeinsam mit der regionalen Wirtschaft ein ausdifferenziertes wirtschaftspolitisches Konzept entwickeln und darin entsprechende Schlüsselkennzahlen (KPIs) festlegen. Nur so können alle Akteure an gemeinsamen Zielen arbeiten – und der Erfolg oder Misserfolg lässt sich dann auch bewerten.

Ansprechpartner in der IHK Bonn/Rhein-Sieg
Dr. Hubertus Hille | h.hille@bonn.ihk.de | Tel. 0228 2284-103

18. Rhein-Sieg-Kreis



Verkehr

Überlastungserscheinungen bestehen vor allem auf den Hauptverkehrsachsen des Individualverkehrs morgens nach Bonn und nachmittags in entgegengesetzter Richtung. In den kommenden Jahren stehen weitere massive Baumaßnahmen an, die kurz- und mittelfristig mit einer Verringerung der Kapazität der Straßen- und Schieneninfrastruktur in der Region Bonn/Rhein-Sieg einhergehen und die Verkehrsprobleme der Region verstärken werden.

- Das »Lead City«-Projekt »JOBWÄRTS einfach.besser.pendeln.« für den Raum Bonn/Rhein-Sieg soll eine nachhaltige und funktionierende Mobilitätsentwicklung fördern. Dies soll zum Beispiel durch den Umstieg auf alternative Verkehrsmittel, die Bündelung von Kfz-Fahrten sowie die zeitliche Verschiebung von Fahrten auf Nebenverkehrszeiten erreicht werden. Eine Unterstützung durch den Rhein-Sieg-Kreis wäre hilfreich.

- Wichtige Verkehrsprojekte im Bundesverkehrswegeplan müssen in den kommenden Jahren geplant und realisiert werden. Dazu zählen auch die »Rheinspange« A 553 sowie die Ortsumgehung in Hennef-Uckerath. Auch die umstrittene »Südtangente« sollte nicht ganz aus den Augen verloren werden, da sie einen wichtigen Beitrag zur Erhöhung der Netzresilienz leisten könnte.

- Durch die Schaffung weiterer P&R-Anlagen im Umland könnte die Situation entschärft werden. Hier müssen die jeweiligen Kommunen und die Stadt Bonn stärker zusammenarbeiten und gemeinsam Formen der Planung, Finanzierung und Umsetzung entwickeln, der Kreis könnte vermitteln oder koordinieren.

- In der Region müssen auch die Fahrradwege ausgebaut werden, um für Pendlerinnen und Pendler eine echte Alternative zu schaffen. Für durchgehende Radpendlerrouten sollte der Kreis zwischen den Kommunen vermitteln.

ÖPNV: Schnellbusse und Stadtbahnlinie 66 ausbauen

Das Pendeln aus dem Kreis nach Bonn und innerhalb des Kreises ist mit dem aktuellen ÖPNV teilweise nur eingeschränkt möglich.

- Die Schnellbuslinien sollten ausgebaut und noch besser mit dem bestehenden Angebot verknüpft werden. Wichtige Pendelrouten, wie die Stadtbahn-Linie 66 zwischen dem ICE-Bahnhof in Siegburg und den Arbeitsplätzen in Bonn oder die Niederkasseler Stadtbahn, müssen ausgebaut, komfortabler und zuverlässiger werden. Die Trennung von Schiene und Straße könnte helfen.

Digitalisierung und Breitband: Ausbau und Kooperation fortsetzen

Die Zusammenarbeit der Kommunen untereinander sowie mit der Branche und die regelmäßige Einbeziehung der Wirtschaft bei kommunalpolitischen ITK-Themen sind für einen starken ITK-Standort elementar.

- Die interkommunale Kooperation innerhalb des Kreises sowie die Zusammenarbeit des Kreises mit den rheinischen Metropolen (Rheinschiene) in Digitalisierungsfragen müssen forciert, die Geschwindigkeit in öffentlichen Projekten muss erhöht werden.

- Netzabdeckung und Breitbandanbindung in der Region erhöhen: Um die Attraktivität des Standortes auch im ländlichen Raum zu erhöhen, bedarf es heute einer flächendeckenden Netzabdeckung und Breitbandanbindung. In Zusammenarbeit mit den Telekommunikationsanbietern müssen die Kommunen im gesamten IHK-Bezirk eine Netzabdeckung zumindest mit LTE-Standard anstreben, speziell im zersiedelten rechtsrhei-

nischen Raum, um die Abwanderung von Unternehmen zu verhindern und Bürgerinnen, Bürgern und Unternehmen den Zugang auch zu digitalen Angeboten der Kommunen zu ermöglichen. Ferner sollten ein schneller Ausbau der 5G-Technologie und die Schaffung von Campusnetzwerken in Unternehmen sowie Bildungs- und Forschungseinrichtungen unterstützt werden. Ein Runder Tisch zum Erfahrungsaustausch beim Thema Breitband sollte gegründet und unterstützt werden.

Fachkräfte: Der Fachkräftemangel bleibt ein drängendes Problem.

- Es ist wichtig, die Zusammenarbeit im Netzwerk Bündnis für Fachkräfte fortzusetzen und auszubauen. Hier bleiben alle Arbeitsmarktakteure aufgerufen, sich intensiv zu beteiligen. Für Unternehmerfrühstücke und Veranstaltungen muss der Bedarf der jeweiligen Branchen und Berufsfelder ermitteln werden, und die entsprechenden Formate müssen konsequent ausgebaut werden. Themen für interessante Veranstaltungen könnten beispielsweise die Gesundheitswirtschaft oder die Neuordnung der Pflegeberufe sein.

- Inklusion und Gewinnung ausländischer Arbeitskräfte bleiben wichtig für die Wirtschaft. In beiden Bereichen sollte die Zusammenarbeit fortgesetzt und – wenn möglich – verstärkt werden. Hier bestehen weiterhin Potenziale, um den Fachkräftemangel zu reduzieren.

Regionale Kooperation: Ideen und Konzepte umsetzen

Allen Akteuren ist bewusst, dass sich viele Probleme der Region nur gemeinsam bewältigen lassen. Die Umsetzung verläuft oftmals allerdings schleppend oder die Gespräche sind ganz eingeschlafen.

- Beispielsweise bedürfen die Entwicklung und Umsetzung eines gemeinsamen Wohnraumkonzeptes neuer Impulse. Die begrenzte Verfügbarkeit von Wohn- und Gewerbeflächen in der Region ist seit geraumer Zeit bekannt. Nutzungskonkurrenzen, Flächenverfügbarkeit und fachgesetzliche Restriktionen setzen der Entwicklung gemeinsamer Konzepte Grenzen.

- Der neue Regionalplan wird viele neue Gewerbegebiete ausweisen. Diese müssen zeitnah in die kommunale Bauleitplanung überführt werden, sodass die Gewerbegebiete Unternehmen auch tatsächlich bald zur Verfügung stehen. Die neuen Gewerbegebiete sollten dabei mit so geringen Restriktionen wie möglich belastet sein, sodass sich ein breites Spektrum an Unternehmen unterschiedlicher Branchen dort niederlassen kann. Die Erkenntnisse aus dem NEILA-Prozess sollten hier mit einfließen. Es darf nicht sein, dass Kommunen keine Gewerbeflächen mehr ohne ÖPNV-Anschluss ausweisen dürfen. Ein solcher ist zwar wünschenswert, darf aber keine »conditio sine qua non« darstellen.

- In vielen Kommunen können sich Unternehmen nicht mehr erweitern. Der Flächenbedarf kann zum Teil nur interkommunal gedeckt werden. Es gibt noch zu wenig Zusammenarbeit der Kommunen untereinander. Bonn und die Kommunen im Rhein-Sieg-Kreis sollten noch stärker als bisher interkommunale Gewerbegebiete entwickeln. Dazu ist es wichtig, ein Modell zu vereinbaren, bei dem sich die beteiligten Kommunen die Erschließungskosten teilen – aber auch die Steuereinnahmen. Erfolge, wie die Zusammenarbeit zwischen Alfter und Bornheim, sollten als Vorbild für die gesamte Region gelten. Der Kreis könnte hier stärker vermitteln. Die Gründung einer regionalen Entwicklungsgesellschaft mit Bonn sollte geprüft werden, um gemeinsame Projekte leichter umsetzen zu können.

- Digitalisierung und Shared Services können helfen, sich sachlich und personell zu spezialisieren. Infrastruktur und Personal können so besser ausgelastet werden und müssen nicht in jedem Fall mehrfach vorgehalten werden.

Tourismus

Bonn und Rhein-Sieg muss es gemeinsam gelingen, als attraktiver, moderner und vor allem lohnenswerter Tourismusstandort wahrgenommen zu werden.

- Der Masterplan Tourismus der IHK kann hier eine gute Grundlage sein und sollte umgesetzt werden. Bonn und die Region müssen das wirtschaftliche Potenzial des Tourismus noch stärker heben und es schaffen, in nationalen wie internationalen Rankings einen guten Platz zu belegen. Hierbei gilt es, die wirtschaftliche Bedeutung des Tourismussektors gegenüber Politik und Verwaltung hervorzuheben und auf eine ausreichende Ausstattung mit finanziellen Mitteln hinzuwirken.

- Die Region muss festlegen, mit welchen touristischen Attributen sie künftig wahrgenommen werden will. Die vorhandenen Leitbilder sollten hierfür die Grundlage bieten. Wichtig ist, dass sich die Region künftig als besonders, dynamisch und mit einem klaren Image präsentiert.

- Noch stärker als bisher muss sich das Marketing auf die definierten Zielgruppen konzentrieren. Die Region muss zugleich mehr als bisher Familien, Kinder, Jugendliche, Schüler und junge Singles in den Blick nehmen.

Ansprechpartner in der IHK Bonn/Rhein-Sieg
Michael Schmaus | m.schmaus@bonn.ihk.de | Tel. 0228 2284-140

19. Alfter

Gewerbestandorte gemeinsam vermarkten

Das Gewerbegebiet Alfter-Nord (rund 50 Hektar) sowie die Flächen für Wohnen und Gewerbe im Buschklauer Feld werden weiterhin vermarktet. Dabei werden Kriterien der Klimaverträglichkeit und Nachhaltigkeit berücksichtigt. Bei der Entwicklung der Gewerbegebiete wurde auf interkommunale Zusammenarbeit mit den Nachbarstädten Bonn und Bornheim gesetzt.

■ Die Standorte bieten Unternehmen mit Erweiterungs- oder Ansiedlungsabsichten Möglichkeiten, sie sollten weiterhin aktiv vermarktet werden.

Wirtschaft bei Maßnahmen zum Klimaschutz und zur Klimafolgenanpassung einbeziehen

Um den Herausforderungen der Anpassung an den Klimawandel zu begegnen, hat sich die Gemeinde Alfter das Ziel gesetzt, bis 2045 klimaneutral zu werden, und verschiedene Maßnahmen ergriffen. Alfter ist Teil eines interkommunalen Klimaneutralitäts- und eines Klimafolgenanpassungskonzeptes im Rahmen der Klimaregion Rhein-Voreifel.

Zu den Maßnahmen, die in Alfter bereits umgesetzt wurden, gehört beispielweise die Erstellung einer Karte für den Umgang mit Starkregenereignissen, die entsprechende Ereignisse simuliert. Ein daraus abgeleitetes Handlungskonzept wird erstellt. Darüber hinaus gibt es E-Ladestationen in verschiedenen Ortsteilen.

■ Die Kommune darf bei der Umsetzung der Maßnahmen zur Klimawandelanpassung und zum Klimaschutz nicht nachlassen. Zudem muss sie die Belange der Wirtschaft berücksichtigen, damit der Standort attraktiv bleibt.

Öffentlichen Personennahverkehr (ÖPNV) attraktiv gestalten

Um Verkehrswege zu entlasten und Emissionen zu reduzieren, ist die attraktive Gestaltung des ÖPNV insbesondere in einer Auspendlerkommune wie Alfter wichtig. In einem Teil der Gemeinde wird der ÖPNV, bedingt durch die Voreifelbahn, gut bewertet, insgesamt gibt es allerdings weiteres Potenzial für einen Ausbau. Positive Impulse setzen bereits Bike-&-Ride-Anlagen, die den Umstieg zwischen Rad und öffentlichem Nahverkehr erleichtern, sowie die Radpendlerroute von Bornheim über Alfter nach Bonn.

■ Der ÖPNV muss eine hohe Konkurrenzfähigkeit zum Pkw besitzen, um Verkehrsteilnehmende zum Umsteigen auf den Bus- und Bahnverkehr zu bewegen. Weitere Verbesserungen im Angebot sind nötig.

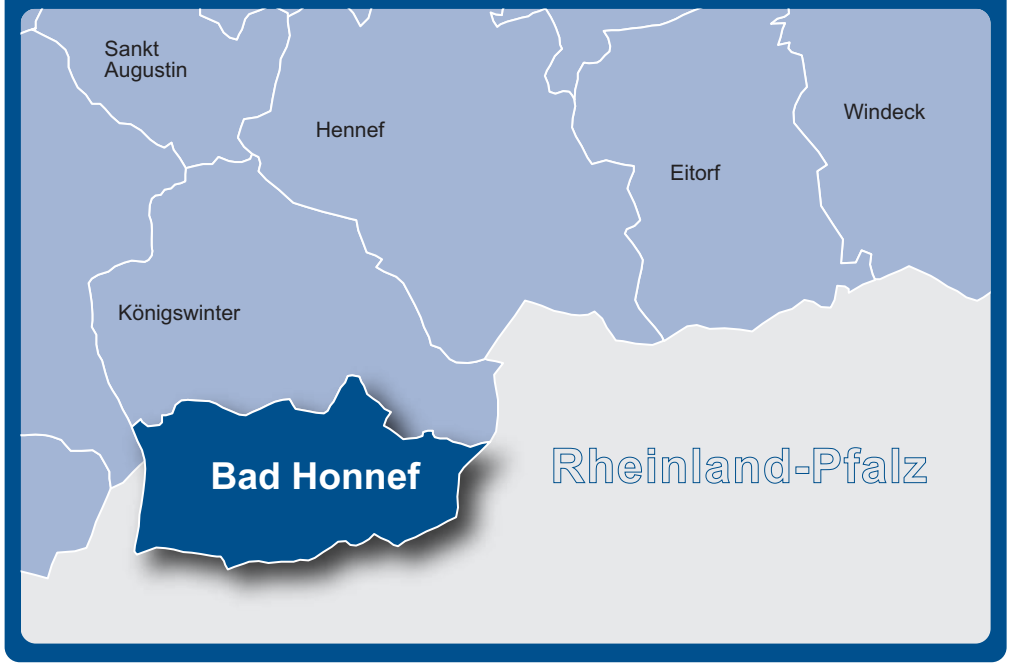
Mobilität verbessern

Nachdem die Straßen der Gemeinde evaluiert und in einigen Straßen Mängel festgestellt wurden, sollen diese nun saniert und erneuert werden. Die Instandhaltung und Verbesserung der Straßen sind elementar, um den Verkehrsfluss für Wirtschafts- und Personenverkehre sicherzustellen.

■ Die jeweiligen Vorhabenträgern müssen die identifizierten Maßnahmen zügig umsetzen. Zudem müssen die Baustellen koordiniert werden, um die Störung der Verkehre so weit wie möglich zu reduzieren.

Ansprechpartner in der IHK Bonn/Rhein-Sieg
Alicia Hohmann | a.hohmann@ihk.bonn.de | Tel. 0228 2284-166

20. Bad Honnef



Nachhaltige Gemeindeentwicklung: Einzelhandel stärken, Potenziale der Investitionen in die Innenstadt nutzen

In den kommenden Jahren wird in der Stadt Bad Honnef viel Geld für Projekte in die Hand genommen, die den Einzelhandel und den Tourismus nachhaltig stärken sollen. So siedelt sich etwa auf dem Postgelände ein großes Einzelhandelsunternehmen in einem integrierten Wohn- und Geschäftshaus an. Zudem wird am Saynschen Hof eine neue Passage zur Fußgängerzone entstehen, außerdem soll ein neuer »Mobilitätsknoten« durch Neubau des Bahnhofs und Verlegung der Endhaltstelle der Stadtbahnlinie 66 die Innenstadt besser erreichbar machen. Auch der Rhein-Radweg wird verbreitert. Darüber hinaus werden neben Wochenmärkten regelmäßige Events in der Innenstadt angeboten, um die Kundenfrequenz zu erhöhen. Ein Konzept »Erscheinungsbild Innenstadt« wurde erarbeitet, um die Aufenthaltsqualität in der Fußgängerzone systematisch weiter zu erhöhen. Das Förderprogramm »Zukunftsfähige Innenstädte und Ortszentren« trägt mit bislang drei geförderten Neuansiedlungen (Stand: September 2024) dazu bei, die hohe Dichte an inhabergeführten Geschäften (rund 80 Prozent) in der Innenstadt zu halten. Das regelmäßig stattfindende »Business Frühstück« der Wirtschaftsförderung dient der Vernetzung der ansässigen Einzelhandels- und Dienstleistungsunternehmen. Verantwortliche aus Einzelhandel, Gastronomie und Dienstleistungsbetrieben arbeiten gemeinsam in den Vereinen Centrum e. V. und Frauen-Stammtisch Innenstadt e. V. an der Attraktivität der Einkaufsstadt Bad Honnef.

- Die Stadt Bad Honnef erhöht die Standortqualität der Innenstadt durch Frequenzbringer und die Aufwertung des Erscheinungsbilds. Zugleich sind erhebliche Investitionen in die Infrastruktur vorgesehen, vom dringend benötigten Parkhaus bis zur Nachverdichtung. Diese Mischung ist eine große Chance, die Gemeinde nachhaltig positiv zu entwickeln. Der bisherige Weg, die Kooperation zwischen Einzelhandel, Gastronomie und lokalen Initiativen zu suchen, sollte unbedingt fortgeführt werden. Er ist entscheidend für den Erfolg der Investitionen und die Zukunft des Einzelhandelsstandorts Bad Honnef. So kann gewährleistet werden, dass Wirtschaftstreibende keine Kunden etwa durch temporäre Verkehrseinschränkungen verlieren. Gleichzeitig sollte die Stadt Innovationen und Digitalisierung im Einzelhandel vorantreiben, um die Wettbewerbsfähigkeit langfristig zu sichern.

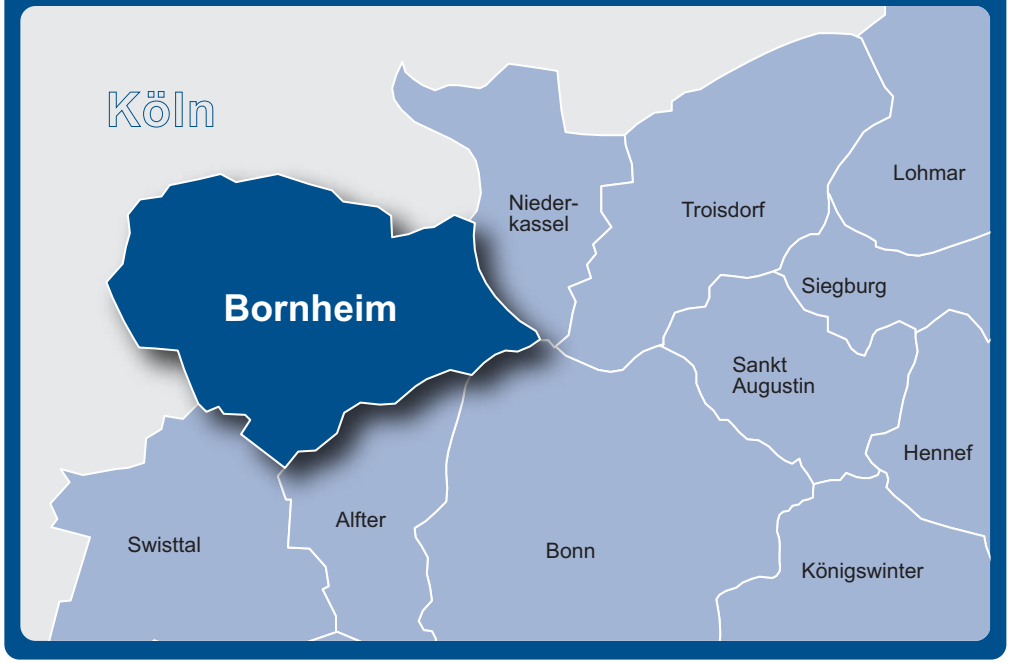
Wirtschaftsstandort weiterentwickeln: Infrastruktur an Anforderungen anpassen, Landesgrenze durchlässiger gestalten, Konzept entwickeln

Bad Honnef stehen nach der erfolgreichen Entwicklung des Gewerbegebiets »Dachsberg« keine zusätzlichen Flächen zur Ansiedlung für die Industrie zur Verfügung. Die hohe Nachfrage spricht für den Wirtschaftsstandort, der sich durch die gute Anbindung an die überregionale Verkehrsinfrastruktur, sowohl auf der Schiene als auch auf der Straße, und eine hohe Lebensqualität und Kaufkraft auszeichnet. Städtische Initiativen, wie die Bebauung des die Landesgrenze überschreitenden Industriegebiets mit der Gemeinde Windhagen oder die jährliche Ausbildungsbörse, tragen zum Wachstum der Wirtschaft bei und halten Fachkräfte in der Region.

- Um den Hochschulstandort Bad Honnef zu sichern, sollte sich die Stadt engagiert für eine Folgenutzung des Geländes der Internationalen Hochschule (IU) einsetzen.

Ein weiterer Fokus der Stadt sollte in der Weiterentwicklung des Industriestandorts liegen, der durch die Neuansiedlung eines großen Industriebetriebs sowie die Zusage erheblicher Investitionen weiterer Gewerbetreibender wächst. Allerdings verfügen weiterhin nicht alle Unternehmen über einen Glasfaser-Anschluss. Zudem müsste die verkehrliche Situation im Gewerbegebiet »Dachsberg« verbessert werden, etwa durch die beschleunigte Errichtung des lange geplanten Kreisverkehrs an der Rottbitzer Straße/Abzweigung Windhagener Weg. Zudem sollte geprüft werden – unter Einbezug der angrenzenden Gemeinden –, inwiefern ein Anschluss an das Wasserstoff-Kernnetz, dass durch das Gemeindegebiet führen wird und Ende 2032 fertiggestellt sein soll, für die lokalen Unternehmen erforderlich ist. Der Anschluss kann die Attraktivität des Wirtschaftsstandorts erhöhen. In diesem Zusammenhang sollte ein Konzept entwickelt werden, wie der Wirtschaftsstandort ganzheitlich weiterentwickelt werden kann. Schon jetzt lässt sich nämlich absehen, dass viele Betriebe angesichts des demografischen Wandels eine Nachfolge suchen werden. Innerhalb der Gemeinde wäre die Einbindung weiterer Branchen in Plattformangebote, wie das »Business Frühstück«, wünschenswert.

21. Bornheim



Mobilität und Verkehr

Aus Bornheim pendeln etwa 20.000 Personen in die umliegenden Gemeinden. Dies geschieht oft mit dem eigenen Pkw, was zu Verkehrsproblemen auf den Straßen führt und den Wirtschaftsverkehr beeinträchtigt. Die Anbindung Bornheims an die Region mit dem ÖPNV ist gut, jedoch ist die Hauptstrecke der Deutschen Bahn schon jetzt überlastet. Die Züge sind oftmals unpünktlich, die anstehenden Sanierungsarbeiten in den nächsten Jahren werden kurzfristig zu einer weiteren Verschlechterung führen, bevor der Fahrplan mittelfristig wieder eingehalten werden kann.

Die Rheinquerung A 553 befindet sich in der Planung und soll im nächsten Jahrzehnt eine wichtige Entlastung für die vorhandenen Rheinquerungen darstellen. Die aktuelle Vorzugsvariante als Tunnellösung würde nördlich von Bornheim verlaufen, würde sich aber auch auf das Verkehrsgeschehen in Bornheim selbst auswirken. Bornheim wird sich

Ansprechpartner in der IHK Bonn/Rhein-Sieg
Kevin Ehmke | k.ehmke@ihk.bonn.de | Tel. 0228 2284-193

im Rahmen des Linien- und Planfeststellungsverfahren zu der »Rheinspange« genannten Querung äußern. Es sollte ein frühzeitiger Konsens zwischen allen Akteuren angestrebt werden, um die Umsetzung zu beschleunigen und die Verkehrswege frühestmöglich zu entlasten. Dabei muss zugleich sichergestellt werden, dass die »Rheinspange« auch den Anforderungen des Schwerlast- und Gefahrgutverkehrs entspricht.

■ Es müssen Anreize für den Umstieg auf den ÖPNV und SPNV geschaffen werden. Hierzu müssen die Haltepunkte um zusätzliche Park-&-Ride- und Park-&-Bike-Anlagen erweitert werden. Zudem sollten sie mit weiteren Mobilitätsangeboten, wie Carsharing oder Leihfahrräder, zu Mobilstationen ausgebaut werden. Die Planungen zur Umgestaltung des Bahnhofs Roisdorf können als Vorbild für weitere Haltepunkte genutzt werden. Es sollte im Rahmen der interkommunalen Zusammenarbeit geklärt werden, ob die Kommunen der jeweiligen Arbeitsorte der Pendlerinnen und Pendler sich finanziell beteiligen können.

Gewerbeflächen

Die Region benötigt für die weitere wirtschaftliche Entwicklung dringend zusätzliche Gewerbeflächen. Die Flächenpotenziale wurden in einem Gutachten bereits ermittelt, etwa 80 Hektar wurden in Bornheim verortet.

■ Die Flächenpotenziale wurden planerisch im Rahmen der Neuaufstellung des Regionalplans größtenteils gesichert. Die umliegenden Kommunen sollten, falls erforderlich, zusammenarbeiten. Bornheim kooperiert bereits seit längerem mit Alfter bei der gemeinsamen Erschließung von Gewerbegebieten und macht damit gute Erfahrungen.

■ Der ruhende Lkw-Verkehr wird in den Bornheimer Gewerbegebieten zunehmend zu einem Problem. Lkw-Fahrer müssen ihre gesetzlich verordneten Lenk- und Ruhezeiten einhalten, gleichzeitig mangelt es an Stellplätzen entlang der Bundesautobahnen. Folglich weichen sie in die autobahnnahen Gewerbegebiete aus. Ein zeitnaher Ausbau der Lkw-Stellplätze an Autobahnen, zum Beispiel der Fläche »Eichenkamp« an der A 555, ist daher erforderlich.

22. Eitorf

Innenstadt stärken

Von 2016 bis 2019 war die Gemeindeverwaltung Eitorf bestrebt, mittels eines Integrierten Handlungskonzeptes (InHK) das Ortszentrum neu zu gestalten. Diese Planungen wurden 2021 neu aufgenommen. Eine interfraktionelle Gruppe erstellte gemeinsam mit der Verwaltung und zwei externen Partnern eine neue Konzeption und brachte sie zu einem ansehnlichen und ökologisch wertvollen Ergebnis. Jetzt befinden sich noch 30 Kurzzeitparkplätze auf dem Marktplatz in der Planung, wobei weitere 30 Parkplätze hinter dem Rathaus oder direkt am angrenzenden Parkhaus, erreichbar über den Erlenberg, zur Verfügung gestellt werden könnten.

■ Die Umgestaltung des Marktplatzes soll priorisiert werden und startet im Jahr 2026, um das Gesamtareal – bestehend aus Marktplatz, Rathaus, Parkhaus und Gemeindewerke – modern zu gestalten.

■ Das Gebäude des Rathauses mit dem Haus Krupka soll abgerissen werden, um auf diesem Areal die Markt-Arkaden mit Einzelhandel, Gewerbe, Dienstleistungen, betreutem Wohnen und zusätzlichem Parkraum zu platzieren. Hierzu soll es einen Planungswettbewerb geben.

Ansprechpartner in der IHK Bonn/Rhein-Sieg
Till Bornstedt | t.bornstedt@bonn.ihk.de | Tel. 0228 2284-145

Verkehr: Bessere Erreichbarkeit und Verkehrsfluss

Eitorf ist per SPNV gut erreichbar, und die Taktung der Züge wurde leicht erhöht. Der Kölner Hauptbahnhof lässt sich mit dem RE 9 in 36 Minuten erreichen. Hierbei wird eine weitere Taktverdichtung angestrebt. Zudem soll der Ausbau des bislang eingleisigen Teilstückes von Merten nach Blankenberg vorangetrieben werden. Ein weiterer Ausbau des zentralen Busbahnhofs am Bahnhof Eitorf ist in Planung. Über den ÖPNV sind auch Asbach, Uckerath und Ruppichteroth zu erreichen. Durch die bevorstehende Einbindung des Schülerspezialverkehrs in den ÖPNV werden sich zudem die Taktfrequenzen der Buslinien reduzieren. Probleme bereiten jedoch die schmale Fahrbahn der L 333 aus Richtung Westen und der regelmäßige Stau vor der Bahnschranke bei der Nord-/Südquerung.

- Die L 333 wurde für die Fortschreibung des Landestraßenbedarfsplanes angemeldet. Dabei soll eine mögliche Querspange zur Erreichung der Ortsumgehung Uckerath geprüft werden. Damit könnte sich die Verbindung von Eitorf zur A 560 deutlich verbessern. Dies wird in Eitorf seit vielen Jahrzehnten gefordert und hat jetzt gute Chancen auf eine Realisierung.
- Der Bau einer Bahnüberführung Brückenstraße soll zu einer Entlastung der angrenzenden Straßen führen, insbesondere in Stoßzeiten. Die Umsetzung soll ab 2033 erfolgen und im Jahr 2034 fertig gestellt werden.
- Das Industriegebiet (insbesondere die Wecostraße) sollte besser an den ÖPNV angeschlossen werden. Das Pendeln vom Bahnhof Eitorf in das Industriegebiet rund um die Wecostraße muss möglich werden.

Gewerbe: Flächen ausweisen und Unternehmen unterstützen

Die Schließungen von ZF Friedrichshafen und Krewel-Meuselbach hinterlassen deutliche Spuren in der lokalen Wirtschaft. Nun ist es wichtig, für die Werke eine sinnvolle Verwendung zu finden oder aber neue Gewerbeflächen auszuweisen und ansiedlungsinteressierte Unternehmen aktiv zu unterstützen.

- Ein umfassendes Flächenmanagement ist unverzichtbar, um Unternehmen geeignete Expansions- und Ansiedlungsflächen anzubieten.
- Die Entwicklung eines neuen Gewerbegebiets an der B 8 und weiterer Gebiete soll zügig umgesetzt werden. Die seit 40 Jahren geforderte Verlagerung des Gewerbegebietes Altebach II konnte jetzt im Regionalplan angemeldet werden. Die Aussichten für eine Verlagerung sind sehr gut. Damit würde das neue Gewerbegebiet sehr nah an der Bundesstraße 8 liegen.

Nachhaltige Stadtentwicklung betreiben

Der demografische Wandel und der Fachkräftemangel sind zentrale Herausforderungen. Sowohl neue Fachkräfte als auch ältere Menschen benötigen passenden und bezahlbaren Wohnraum. Dieser steht aktuell nur sehr eingeschränkt zur Verfügung. Die Gemeinde hat bereits mit der Ausweisung von neuen Baugebieten reagiert. Diese Bestrebungen sollen ausgeweitet werden.

- Eitorf benötigt weitere Baugebiete sowie ein attraktives Angebot an barrierefreien Wohnungen in der Innenstadt.
- Die Bebauungspläne, beispielsweise für die Bahnhofsstraße, müssen überarbeitet werden.

Schulstandort Eitorf stärken

Eitorf hat zwei sehr leistungsstarke weiterführende Schulen: das Siegtalgymnasium und die Sekundarschule, eine Gesamtschule ohne Oberstufe. Da eine Oberstufe auch aus der Gesamtschule heraus nur mit einer Qualifikation besucht werden kann, ist die Sekundarschule hierfür besonders prädestiniert.

Derzeit wird der Neubau einer sechszügigen Grundschule angestrebt, die auf dem Gelände der Firma Krewel entstehen soll. Hierzu sind die Planungen eingeleitet und die fachliche Begleitung bereits verpflichtet. Die bestehenden Grundschulen werden derzeit für den OGS-Betrieb ertüchtigt.

- Der OGS-Betrieb erfordert Personal und eine entsprechende finanzielle Ausstattung. Die neue Nutzung der Gewerbefläche sollte nicht dazu führen, dass insgesamt die Flächen für Unternehmen abnehmen.

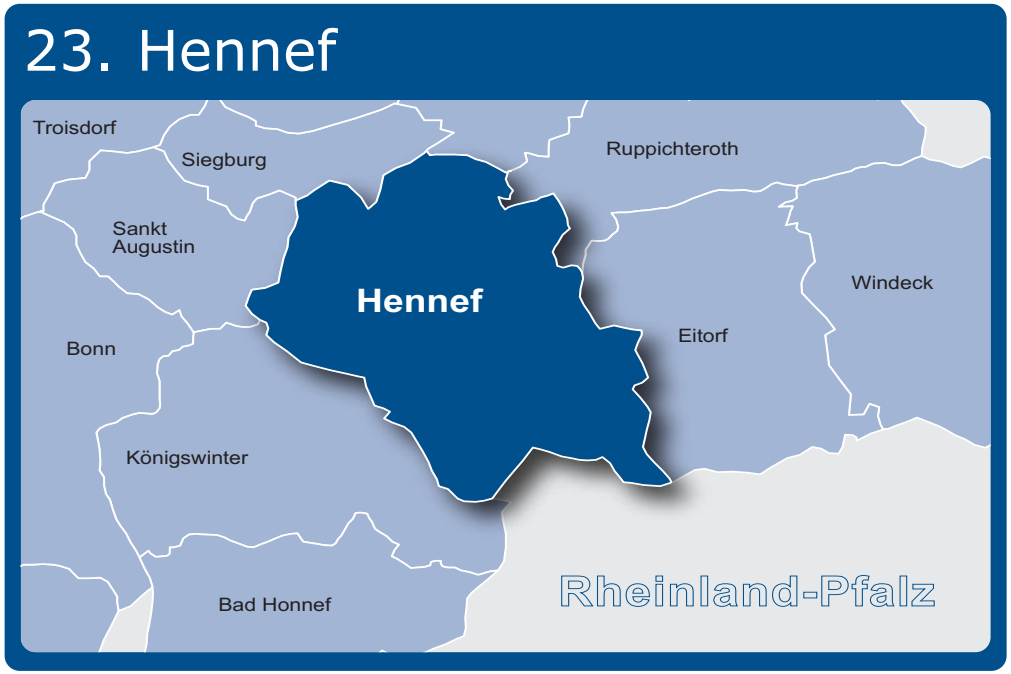
Kita-Plätze bereitstellen

Mit der Ausschreibung der Kita Parkstraße soll noch im Jahr 2025 eine viergruppige Kita im Zentrum entstehen. Dazu kommt die sechsgruppige Kita im Neubaugebiet West III. Die Bauarbeiten beginnen 2025. Damit soll in Eitorf die Vollversorgung mit Kita-Plätzen gewährleisten werden.

- Für die neuen Einrichtung gilt es, das erforderliche Personal zu gewinnen und langfristig an den Standort zu binden.

Ansprechpartner in der IHK Bonn/Rhein-Sieg
Frank Clauß | f.clauss@bonn.ihk.de | Tel. 0228 2284-156

23. Hennef



Innenstadt stärken

2024 lebten in Hennef rund 49.600 Menschen. Die einzelhandelsrelevante Kaufkraftkennziffer von Hennef (Sieg) liegt bei rund 102. 2024 wurde mit der Fortschreibung des Einzelhandelskonzeptes der Stadt Hennef die konzeptionelle Grundlage für die Innenstadtentwicklung modernisiert. Es wurden aktuelle und zukünftige Trends identifiziert, so dass der Wandel im Handel aktiv begleitet und die Innenstadt ebenso wie die Dorfgebiete strategisch, rechtssicher und zielorientiert entwickelt werden können. Allerdings lassen sich auf der Angebotsseite in vielen Branchen des Einzelhandels ein verringertes Expansionsgeschehen und ein Rückzug aus der Fläche beobachten. Gründe dafür sind unter anderem steigende Energiekosten und Bauzinsen, die allgemeine Konsumzurückhaltung in Deutschland und das Wachstum des Online-Handels.

- Umso wichtiger bleibt es, die Innenstadt weiterzuentwickeln und an die sich wandelnden Kundenwünsche anzupassen.

Moderne Wege der Mobilität

Die Stadt Hennef hat mit dem Mobilitätskonzept »Masterplan Mobilität« einen umfassenden Plan zur künftigen Mobilität in Hennef entwickelt. Ziel des Masterplans Mobilität ist es, zuverlässige, bezahlbare und nachhaltige Mobilität im gesamten Stadtgebiet dauerhaft sicherzustellen. Insgesamt dient der Masterplan Mobilität mit den darin aufgeführten Maßnahmen als strategischer Handlungsrahmen für eine nachhaltige Verkehrsentwicklung in den kommenden Jahren. Besonders hervorzuheben sind die gute Autobahn- und Bahn-Anbindung. Auch die Anbindung an den ÖPNV wird als überwiegend gut bis sehr gut bezeichnet.

- Es ist wichtig, den ÖPNV weiter auszubauen und attraktiver gestalten, aber auch den motorisierten Individualverkehr nicht zu vernachlässigen. Die Rolle und Bedeutung der Wirtschaftsverkehre muss stärker berücksichtigt werden.

Digitalisierung

Das Digitalisierungskonzept der Stadt Hennef wurde 2024 fortgeschrieben. Zu den aktuellen Fokusprojekten gehören der fortschreitende Glasfaserausbau im Stadtgebiet, insbesondere in den Gewerbegebieten und -betrieben, die Einführung der E-Akte in der Verwaltung, der Schutz gegen Cyber-Kriminalität und die Bereitstellung weiterer Online-Dienste für Bürgerinnen, Bürger und Unternehmen.

- Es ist wichtig, die Digitalisierung der Verwaltung weiter voranzutreiben, den Breitbandausbau im Sinne der Unternehmen fortzusetzen und entsprechende Fördermittel zu nutzen.

Gewerbeflächen entwickeln

Die Stadt Hennef ist geprägt durch viele renommierte, auch international tätige Unternehmen ganz unterschiedlicher Branchen.
Die Nachfrage nach gut erschlossenen Gewerbeflächen in Hennef ist konstant hoch. Derzeit gibt es allerdings keine frei verfügbaren Gewerbeflächen. Um den Wirtschaftsstandort Hennef für die Zukunft zu sichern, wird für das Gewerbegebiet Kleinfeldchen/Hossenberg die bisherige Planung im Rahmen eines städtebaulichen Entwicklungskonzepts mit Verkehrsmodell überprüft und auf die aktuellen und künftigen Bedarfe ausgerichtet.

- Interkommunale Zusammenarbeit und gemeinsame Gewerbeflächen können helfen. Zudem müssen bestehende Gewerbegebiete, wann immer möglich, weiterentwickelt und an Bedürfnisse der Unternehmen angepasst werden.

Ansprechpartner in der IHK Bonn/Rhein-Sieg
Jürgen Hindenberg | j.hindenberg@bonn.ihk.de | Tel. 0228 2284-146

24. Königswinter

Innenstadt: Leerstand stagniert

In der Altstadt von Königswinter stagniert die Anzahl leerstehender Ladenlokale. Mithilfe der Förderprogramme »Sofortprogramm Innenstadt« und »Zukunftsfähige Innenstädte und Ortszentren Nordrhein-Westfalen« konnte die Wirtschaftsförderung Gewerbetreibende gewinnen, Geschäftsideen in der Altstadt zu verwirklichen und zur Belebung der Altstadt beizutragen. Dennoch stehen weiterhin einige Ladenlokale leer. Problematisch wird dabei auch der Sanierungsstau bei einigen Immobilien gesehen. Ungewiss bleibt die Verwertung der von der inzwischen insolventen Verianos-Gruppe erworbenen Immobilien. Auch fehlt in Königswinter ein geeignetes Nahversorgungszentrum.

■ Die Stadt sollte nicht nachlassen, die Immobilieneigentümerinnen und -eigentümer zu Investitionen und Sanierung zu motivieren. Zudem sollte geprüft werden, ob sich auf der Fläche »Am Kissel« im Talbereich eine Nahversorgung realisieren lässt.

Tourismus: Starke Zahlen

Die Besucherzahlen von Drachenfels, Schloss Drachenburg, Drachenfelsbahn und Nibelungenhalle befinden sich auf hohem Niveau. Trotz der Schließung von drei Hotels sind die Übernachtungszahlen in Königswinter über die Jahre konstant geblieben. Mit der Schließung des Sealife-Centers fehlt jedoch in der Königswinterer Altstadt ein Publikumsmagnet für den Tagestourismus. Überlegungen zur Nachnutzung laufen. Einschränkend für den Tourismus wird die Neugestaltung der Rheinallee ab 2025 gesehen. Zudem werden die geplanten Baumaßnahmen in der Verkehrsinfrastruktur die Erreichbarkeit für Tagestouristen und Kurzurlauber erschweren. Dem sollte die Stadt durch gezielte Marketingmaßnahmen, Anreisekonzepte, Ausweichparkplätzen und Shuttle-Transporter entgegenwirken. Frühzeitige und transparente Informationen über Baustellen, Umleitungen, Parkmöglichkeiten, digitale Wegweiser, Apps, vergünstigte ÖPNV-Tickets, ein Fahrrad- und E-Scooterverleihsystem können das ergänzen.

■ Für das Sealife-Gebäude muss eine zukunftsfähige Nachnutzung gefunden werden, die den Tagestourismus stärkt. Die Neugestaltung der Rheinallee sollte zügig vorangehen; Baumaßnahmen sollten so gestaltet werden, dass die Belastung der ansässigen Gewerbebetriebe auf ein Mindestmaß reduziert wird.

Verkehr: Infrastruktur verbessern

Nach wie vor gibt es in Königswinter Verkehrsprobleme, die durch die langwierige Sanierung der B 42 noch verschärft werden. Der Bau der Bahnüberführung, der Wegfall der Parkplätze am Palastweiher sowie der Einschub der Bahnüberführung werden zusätzliche Beeinträchtigungen des Verkehrsflusses von Pkw, Lkw und ÖPNV verursachen. Auch wenn sich die Taktungen beim ÖPNV in Tallage verbessert haben, ist der ÖPNV in den höher gelegenen Ortsteilen keine Alternative zum Individualverkehr. Auch »Park & Ride«- und »Bike & Ride«-Anlagen lassen sich teilweise nur schwer realisieren; entsprechende Flächen fehlen.

■ Verbesserungen im ÖPNV könnten Entlastungen bringen. Ebenfalls bleibt die »Südtangente«, und hier insbesondere der »Ennertaufstieg«, eine Möglichkeit zur Verkehrsentlastung. Es sollte geprüft werden, an welchen Stellen im Tal »Park & Ride«- und »Bike & Ride«-Möglichkeiten geschaffen werden können.

Wohnraumbedarf: Angespannte Situation

Die Wohnungsmarktsituation ist, wie schon in den vergangenen Jahren, auch in Königswinter weiterhin sehr angespannt. Durch den ungebremsten Zuzug in die Region Bonn/Rhein-Sieg haben sich auch die Mietpreise kontinuierlich nach oben entwickelt. Verschärft wird die Situation ferner durch Fachkräftemangel in der Bauwirtschaft, Baukostensteigerungen, überzeichnete Wohnungsbauförderprogramme, steigende Auflagen, bürokratische Hürden und explodierende Energiekosten.

■ Eine Erweiterung von Wohnungsbauförderprogrammen ist dringend geboten, um den Bausektor anzukurbeln und die Wohnungsnot in der Region abzubauen. Nachverdichtung und Schließung von Baulücken ist ebenso zwingend wie die Kooperation mit Eigentümerinnen und Eigentümern, um Freiflächen zu entwickeln.

Gewerbeflächen: Schwierige Situation

Nach wie vor können in Königswinter keine Gewerbeflächen angeboten werden, wodurch Ansiedlungen oder Erweiterungen praktisch unmöglich sind. Das geplante Gewerbegebiet »Siefen« in Königswinter-Oberpleis wird derzeit entwickelt, aber nicht vor 2028 zur Vermarktung kommen. Mit zirka sechs Hektar Nettobauland schafft das zukünftige Gewerbegebiet immerhin eine mittelfristige Entlastung.

■ Langfristig muss der Regionalplan überarbeitet werden, damit die jetzige Problematik in einem Jahrzehnt nicht weiter besteht. Hierzu ist es zwingend, dass der Flächennutzungsplan den Bedürfnissen von Kommune und Gewerbe angepasst wird.

25. Lohmar

Smart City

Dank der Teilnahme an dem Modellprojekt »Smart Cities in Germany« im Jahr 2020 konnten in Lohmar multiple Projekte zum Ausbau der Digitalisierung und der Nachhaltigkeit initiiert werden. »RBS.Mobil« (Rheinisch.Bergisch.Smart.Mobil) als Teil des »Smart Cities«-Konzeptes fokussiert sich beispielsweise unter anderem auf den Ausbau der Sensorik im Stadtgebiet, um das Verkehrsaufkommen besser zu erfassen und mittelfristig, beispielsweise durch optimierte Ampelschaltungen, den Verkehrsfluss zu steigern. Ein weiterer Fokus wird auf die »Lohmar-App« gelegt, mit deren Hilfe die Nutzenden nicht nur die Verkehrsinfrastruktur in Lohmar besser erfassen können (Ladestationen für E-Autos, freie Parkplätze), sondern auch auf das Online-Dienstleistungsangebot der Stadt Zugriff bekommen werden.

■ Die Fortführung dieses Projektes ist vielversprechend und sollte prioritär behandelt werden.

Ansprechpartner in der IHK Bonn/Rhein-Sieg
Prof. Dr. Stephan Wimmers | s.wimmers@bonn.ihk.de | Tel. 0228 2284-142

Digitale Infrastruktur: Breitband

Der breitbandige Anschluss der Region wurde durch das »Weiße Flecken«-Programm in Kombination mit dem eigenwirtschaftlichen Ausbau und dem sich anschließenden »Graue Flecken«-Programm gut fortentwickelt. Ziel ist und bleibt, nach Abschluss nahezu jedes Unternehmen und jeden Haushalt mit einem Glasfaseranschluss versorgen zu können. Bis zur Jahresmitte 2025 wird das geförderte »Weiße Flecken«-Programm abgeschlossen sein, die Förderung für das »Graue Flecken«-Programm ist bereits bewilligt.

- Es bleibt eine wichtige Aufgabe, die eigenwirtschaftliche Weiterentwicklung des Ausbaus schnellstmöglich durchzuführen.

Intermodale Mobilität

Ein wichtiger Grundstein zur intermodalen Mobilität wird durch die Ausweitung des Ladenetzes für E-Autos und E-Bikes gelegt. So wurde die Stadt Lohmar im Rahmen des Bundesprojektes »Deutschlandnetz« ausgewählt, im Stadtzentrum bis zu acht Schnellladepunkte mit einer Ladekapazität von bis zu 200 KW zu planen, die teils auch über Flächen zum Laden von E-Transportern verfügen. Das Leihangebot für E-Bikes (RSVG) und Lastenräder (Stadt Lohmar) expandiert ebenso, die Taktung des ÖPNV wurde verdichtet, und Carsharing-Angebote werden verstärkt genutzt. Die Möglichkeiten für Menschen mit Verbrennerfahrzeugen, auf andere Mobilitätslösungen, auch in Kombination umzusteigen, nimmt stetig zu.

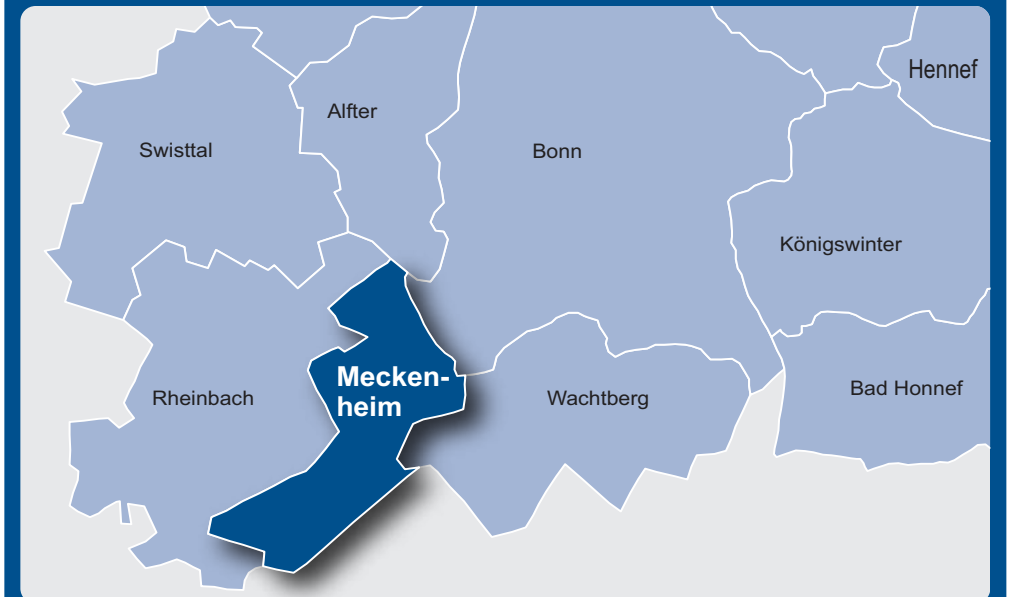
- Es sollte dennoch darauf geachtet werden, dass die Stadt mit allen Kfz gut erreichbar bleibt, denn das Pendeln aus dem Umland ist auch bei einem verdichteten ÖPNV für Bevölkerung und Firmen anders kaum möglich. Ebenso sollte bedacht werden, dass der Lkw-Verkehr zu Firmen in Lohmar und Umgebung den benötigten Raum behält oder bekommt.

Gewerbeparks und Industrieflächen

Flächen zur Ansiedlung oder Vergrößerung von Unternehmen stehen in Lohmar aktuell nicht mehr zur Verfügung.

- Allerdings lässt sich über Nachverdichtung oder den Ankauf und die Umwandlung anderer Flächen zusätzlicher Raum für Firmen schaffen. Hier sollten die sich bietenden Chancen genutzt werden, jedoch ohne die touristisch attraktive Region zu beeinträchtigen.

26. Meckenheim



Verkehr

Eine nachhaltige und zukunftsfähige Verkehrsinfrastruktur ist essenziell für die wirtschaftliche Entwicklung Meckenheims.

- Hierfür sind der weitere Ausbau von Park-&-Ride-Anlagen und sicheren Fahrradabstellanlagen sowie die Schaffung und Bündelung weiterer Mobilitätsangebote, wie Carsharing oder Mobilstationen, notwendig. Dies wird nicht nur den Verkehrsfluss verbessern, sondern auch die Attraktivität der Stadt für Ein- und Auspendelnde sowie Unternehmen erhöhen. Eine kontinuierliche Erweiterung der Verkehrsinfrastruktur ist notwendig, um den Bedürfnissen einer wachsenden Wirtschaft und Bevölkerung gerecht zu werden.

Marketing für das neue Gewerbegebiet »Unternehmerpark Kottenforst«

Der »Unternehmerpark Kottenforst« stellt eine bedeutende Entwicklung für den Wirtschaftsstandort Meckenheim dar. Mit dem Projekt »Gewerbeflächenprofilierung durch Kli-

Ansprechpartner in der IHK Bonn/Rhein-Sieg
Armin Heider | a.heider@bonn.ihk.de | Tel. 0228 2284-144

maschutzmaßnahmen« hat die Stadt bereits bundesweite Anerkennung für ihre innovative Wirtschaftsförderung erhalten.

■ Um diesen Erfolg weiter auszubauen, ist ein intensiveres Standortmarketing mit weiteren finanziellen Ressourcen erforderlich. Ein gemeinsames überregionales Marketing des Rheinlands wird die Wahrnehmung Meckenheims national und international stärken und Investoren anziehen. Die Fördermöglichkeiten sollten genutzt werden, um diesen einzigartigen Kompetenz- und Präsentationsraum rund um die Bioökonomie und grüne Technologien zu etablieren.

Fachkräfte: Weiterentwicklung des Vorzeigeprojekts »MeGa Meckenheimer Garantie für Ausbildung«

Das Projekt »Meckenheimer Garantie für Ausbildung« (MeGa) ist ein wichtiger Baustein zur Sicherung von Fachkräften und zur Bindung junger Talente an die Stadt. Diese Kooperation zwischen Stadt, Schulen und Unternehmen bietet Jugendlichen mit entsprechenden schulischen Leistungen eine Ausbildungsplatzgarantie.

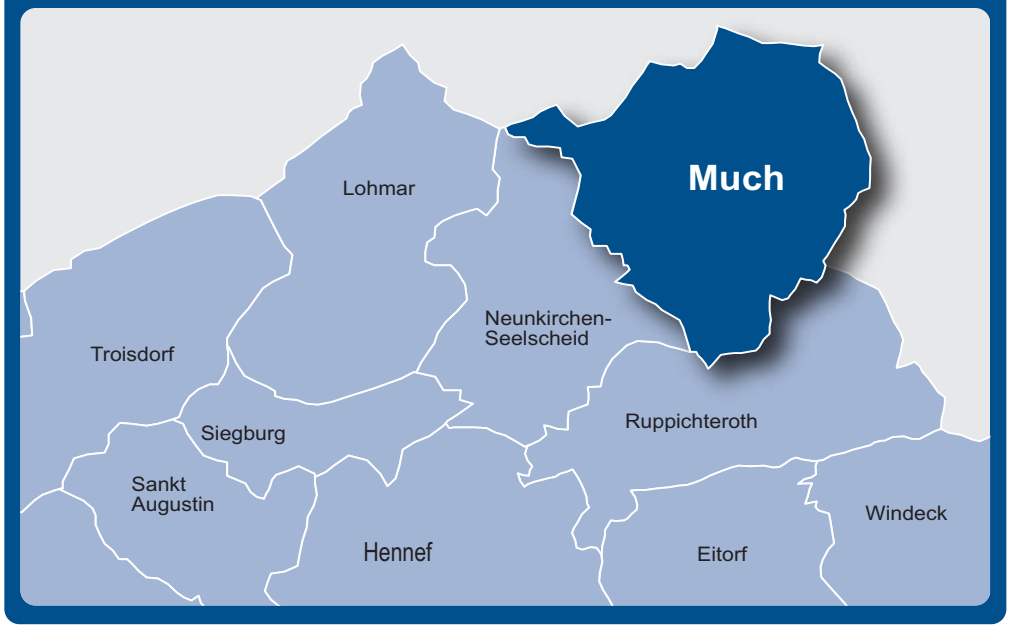
■ Um den steigenden Bedarf an Fachkräften zu decken und den Wirtschaftsstandort Meckenheim nachhaltig zu stärken, sollte dieses Projekt fortgesetzt und weiterentwickelt werden.

Belebung der Innenstadt

Die Attraktivität der Innenstadt ist ein wesentlicher Faktor für die Lebensqualität und das wirtschaftliche Wohl einer Stadt. Meckenheim profitiert von seinem Image als Kommune im Grünen und seiner Nähe zum Kottenforst. Die zahlreichen Baumschulen und Obstbaubetriebe tragen zum positiven Image der »Apfelstadt Meckenheim« bei.

■ Um die Innenstadt für Bewohnerinnen, Bewohner, Besucherinnen und Besucher gleichermaßen attraktiv zu gestalten, sollten Maßnahmen zur Belebung und Verschönerung der Innenstadt ergriffen werden. Dazu gehören die Förderung des Einzelhandels, die Schaffung von Freizeit- und Kulturangeboten sowie die Verbesserung der Infrastruktur. Eine zukunftsorientierte Innenstadtentwicklung wird die Lebensqualität in Meckenheim steigern und die Stadt als attraktiven Wohn- und Arbeitsort positionieren. Hierzu sollten auch weiterhin entsprechende Förderprogramme in Anspruch genommen werden.

27. Much



Attraktivität des Ortskerns sichern

Die Gemeinde hat den Ortskern in den vergangenen Jahren kontinuierlich weiterentwickelt. Dadurch ist dessen Attraktivität merklich gestiegen. Die Flächen für Einzelhandel und Gastronomie entlang der Mucher Hauptstraße sind nahezu vollständig belegt. Der abgeschlossene Umbau des Kirchplatzes zusammen mit erfolgten Straßenmodernisierungen fördern diese Entwicklung. Auch das Angebot bislang fehlender Sortimente (Drogeriemarkt, Lebensmittel-Nahversorger, Baumarkt) begünstigen den positiven Trend.

■ Die Entwicklung sollte fortgesetzt, Handel und Gastronomie sollten weiter unterstützt werden.

Der entstehende Wohnungsbau im Ortskern wird zu dessen Weiterentwicklung beitragen, den Hauptort weiter beleben und eine natürliche, nachfragebedingte Entwicklung begünstigen.

■ Diesen Zustand zu erhalten, ist eine wichtige Aufgabe in den kommenden Jahren.

Ansprechpartner in der IHK Bonn/Rhein-Sieg
Till Bornstedt | t.bornstedt@bonn.ihk.de | Tel. 0228 2284-145

Das Integrierte Handlungs- und Entwicklungskonzept sowie das Einzelhandelskonzept der Gemeinde wurden umgesetzt. Die damit verbundenen baulichen Modernisierungsmaßnahmen haben bei einigen Gewerbetreibenden zu Beeinträchtigungen geführt. Die Gemeinde versucht, deren Belange – unter anderem durch den temporären Einsatz eines Ortskernmanagements – zu berücksichtigen.

■ Auch in Zukunft sollte ein gut abgestimmtes Baustellenmanagement bei ähnlichen Vorhaben sicherstellen, dass anliegende Unternehmen so wenig wie möglich bei ihren Geschäftsaktivitäten beeinträchtigt werden.

Verkehrsfluss durch Umgehungsstraße verbessern

Die Gemeinde wünscht sich weiterhin eine Umgehungsstraße nördlich von Much. Derzeit werden die engen Straßen im Ortskern täglich von zahlreichen Pkws befahren. Dies erhöht die Unfallgefahr für Anwohnende, beeinträchtigt aber auch die Attraktivität des Ortskerns.

■ Eine Umgehungsstraße ist sinnvoll und wird von der IHK unterstützt.

Breitbandversorgung auch auf den »letzten Metern« ermöglichen

Much strebt weiterhin die flächendeckende Breitbandversorgung von Unternehmen und Einwohnenden an. Umfangreiche Bauaktivitäten – auch durch die Gemeinde selbst – wurden durchgeführt. Allerdings stagniert das Vorhaben wider Erwarten. Ursache ist vor allem, dass der Netzanschluss der Endkunden auf den letzten Metern zu den Immobilien aus Kostengründen zu wenig nachgefragt wird.

■ Eine ausgezeichnete IT-Infrastruktur ist ein wesentlicher Standortfaktor. Lange haben Versorgungslücken bei schnellen Internetanschlüssen die Entwicklung der Kommune als Wohn- und Wirtschaftsstandort gehemmt. Die Frage, wie der finale Netzanschluss gelingen kann, sollte daher rasch von den öffentlichen und privaten Akteuren beantwortet werden.

Gemeindeentwicklung weiter integrativ betreiben: Wohnen – Fachkräfte – Tourismus – Gewerbe – Mobilität – Haushalt

Much ist im Ballungsraum Köln-Bonn für Fachkräfte und deren Familien als Wohnort attraktiv. Die Bevölkerung wächst moderat. Neu ausgewiesene Baugebiete sind schnell belegt. Die derzeitige Entwicklung des »Kleverhof-Areals« mit Wohnungen, Arztpraxen und Tagespflege ist dabei ein wichtiger Baustein. Die ausgebaute Gesamtschule und die Grundschulen bieten ein gutes Bildungsrepertoire.

Die Natur bietet attraktive Erholungsräume für Touristen und Anwohnende. Die touristische Vermarktung erfolgt in interkommunaler Zusammenarbeit. Das gilt auch für die Bereitstellung attraktiver Gewerbeflächen. Deren Auslastung ist hoch.

Mobilität wird maßgeblich durch den motorisierten Individualverkehr (Pkws) organisiert. ÖPNV-Verbindungen über Kreis- und Verkehrsverbundsgrenzen hinweg – beispielsweise zwischen dem Gewerbegebiet Bövingen und dem Bahnhof Overath – ergänzen inzwischen das Mobilitätsangebot. Die Kommune befindet sich seit 2016 im Haushaltssicherungskonzept. Die finanzielle Lage ist angespannt.

■ Much sollte den gewählten Ansatz einer integrativen und nachhaltigen Gemeindeentwicklung kontinuierlich fortsetzen. Zusätzliche Gewerbegebiete ermöglichen wirtschaftliche Expansion. Neue Wohngebiete schaffen die Voraussetzungen für die Zuwanderung von weiteren Fachkräften und Familien. Die entsprechenden Planungen der Gemeinde sollten daher umgesetzt werden.

■ Vor dem Hintergrund der überlasteten Straßeninfrastruktur im Ballungsraum Köln/Bonn und der Pendlersituation sollten weitere Möglichkeiten zum Ausbau des ÖPNV-Angebots in Much, idealerweise interkommunal, gesucht werden.

■ Aufgrund der akuten Haushaltslage der Gemeinde sollte Much wirtschaftsfördernde und somit einnahmensteigernde Investitionen gegenüber konsumtiven Ausgaben priorisieren. Die weitere Belastung der Wirtschaft durch Steuererhöhungen muss vermieden werden.

Ansprechpartner in der IHK Bonn/Rhein-Sieg
Thomas Hindelang | t.hindelang@bonn.ihk.de | Tel. 0228 2284-133

28. Neunkirchen-Seelscheid

Flächen: Neue Gewerbeflächen werden benötigt

Bei Leerständen wurde eine erhebliche Verbesserung erreicht. Die interkommunal mit Much entwickelten Gewerbeflächen sind alle verkauft, so dass die Gemeinde Interessenten derzeit keine geeigneten Flächen anbieten kann. Die Nachfrage nach Flächen ist dennoch groß. Mit dem Erwerb des ehemaligen Thurn-Geländes konnte der Entwicklungsgesellschaft des Kommunalunternehmens der Gemeinden Much und Neunkirchen-Seelscheid eine attraktive Möglichkeit zur interkommunalen Gewerbeflächenentwicklung eröffnet werden. Auf dem Areal soll ein Innovationsquartier entstehen. Der Entwicklungsprozess läuft.

■ Die Herausforderungen im Leerstandsmanagement werden in den kommenden Jahren nicht abnehmen – besonders durch die steigende Anzahl von Unternehmen, die einen Nachfolger suchen. Das Innovationsquartier muss vermarktet und mit Leben gefüllt werden. Das Schoeller-Gelände in Eitorf könnte hier als Vorbild dienen.

Infrastruktur: Verkehr und Breitband fördern

Handyempfang und Breitbandanbindung von Wohn- und Gewerbegebieten sind oft mangelhaft. Dies liegt auch an der Siedlungsstruktur, die die Erschließung aufwändig macht. Außerdem werden von vielen Seiten die schwierige Versorgung mit ÖPNV-Anbindungen sowie der mangelnde Zugang zum Bundesautobahnnetz bemängelt.

■ Der Ausbau von Breitband muss Priorität haben. Dieser Prozess muss wegen steigender Anforderungen an das Netz fortgeführt werden. Außerdem sind Investitionen erforderlich, um die ÖPNV-Anbindung zu verbessern.

Finanzen: Zukünftige Entwicklung

Die Kommune befindet sich in einem Haushaltskonsolidierungsprozess. Dies führt an vielen Stellen zu Kürzungen von freiwilligen Leistungen und zur Erhöhung von Steuern und Gebühren. Die Grundsteuer B soll erhöht werden, und die Gewerbesteuer liegt bereits bei 515 v. H.

■ Eine Konsolidierung des Haushaltes ist notwendig. Dies darf aber nicht auf dem Rücken des Gewerbes geschehen. Steigende Abgaben und eingeschränkter Service der öffentlichen Einrichtungen können die Attraktivität des Standortes gefährden. In Zukunft muss nach einer Phase der Konsolidierung auch wieder eine Entlastung spürbar werden, um die Attraktivität des Standortes langfristig zu sichern.

Ansprechpartner in der IHK Bonn/Rhein-Sieg
Sarah Steinroetter | s.steinroetter@bonn.ihk.de | Tel. 0228 2284-125

29. Niederkassel

Verkehr: Bahnanbindung schnell umsetzen

Die Region Niederkassel ist derzeit nicht per Bahn an die Großstädte Bonn und Köln angeschlossen. Die geplante Niederkasseler Stadtbahn könnte die Situation grundlegend verbessern. Außerdem kommt es morgens regelmäßig zu Staus beim Verlassen des Gemeindegebietes. Es fehlen P&R-Plätze, zudem deckt das ÖPNV-Angebot trotz hoher Taktung nicht die Nachfrage. Zudem fehlt eine Busverbindung zu den Betrieben im Gewerbegebiet Mondorf.

- In Zeiten zunehmender Verkehrs- und Pendlerströme sollte die Niederkasseler Stadtbahn so schnell wie möglich umgesetzt werden. Außerdem müssen weitere Park-&-Ride-Kapazitäten und Mobilstationen sowie eine direkte Busanbindung des Gewerbegebietes geprüft und realisiert werden. Die zusätzliche Rheinquerung A 553 befindet sich in der Planung und soll im nächsten Jahrzehnt eine wichtige Entlastung für die vorhandenen Rheinquerungen darstellen. Davon wird auch Niederkassel profitieren.

Wohnraum: Steigenden Bedarf decken

Die Region wächst, und auch für die kommenden Jahre ist mit einer weiteren Zunahme der Bevölkerung zu rechnen. Dies können die Großstädte am Rhein nicht alleine bewältigen.

- Die Ausweisung von neuen Wohnbaugebieten in Ranzel und Rheidt ist abgeschlossen. Um Fachkräften bezahlbaren Wohnraum bieten zu können, sollten, parallel zu der Ausweisung von neuen Gewerbegebieten, auch Wohngebiete ausgewiesen werden.

Ausbau von Gewerbegebieten vorantreiben

Zur Weiterentwicklung bestehender Betriebe und zur Ansiedlung neuer Unternehmen sind zusätzliche Flächen erforderlich. Im Fokus steht dabei, vorhandene Gebiete zu stärken, den Glasfaserausbau fortzusetzen und die Infrastruktur zu verbessern.

- Der Ausbau der bestehenden Gewerbegebiete sollte vorangetrieben und wenn möglich durch interkommunale Kooperationen ergänzt werden.

Kinderbetreuung sichern

Auch in Zeiten zurückgehender Nachfrage muss das Angebot zur Kinderbetreuung in allen Altersklassen flächendeckend verfügbar bleiben und die Erwartungen der betroffenen Eltern und Arbeitnehmer abdecken.

- Die Schließung und Verkleinerung von Einrichtungen darf nicht zu Lasten der Betreuungsmöglichkeiten gehen. Eltern brauchen weiterhin eine verlässliche Betreuung, um auf dem Arbeitsmarkt im gewünschten Umfang tätig werden zu können.

Austausch intensivieren

Von Seiten der Stadt und Wirtschaftsförderung gibt es derzeit einige Veranstaltungsformate, die für einen regelmäßigen Austausch mit Unternehmen, Industrie- und Handelskammer und Handwerkskammer sorgen.

- Der Austausch sollte fortgesetzt und weiter verstärkt werden.

Ansprechpartner in der IHK Bonn/Rhein-Sieg
Gerd Lux | g.lux@bonn.ihk.de | Tel. 0228 2284-153

30. Rheinbach

Bevölkerungsstruktur

Auch in Rheinbach macht sich der demografische Wandel bemerkbar: Die Bevölkerung altert und das Potenzial an Erwerbspersonen nimmt ab.

- Es braucht deshalb Strategien, um den Zuzug junger Familien zu fördern, zum Beispiel durch erschwingliche Wohnbauflächen und ein attraktives Freizeitangebot.
- Mehrsprachigkeit und Internationalität in der Verwaltung und in der Gesellschaft müssen ausgebaut werden, um Fachkräfte und Talente aus anderen Regionen und Ländern anzuziehen.
- Es ist auch unverzichtbar, Initiativen zur besseren Integration und Qualifikation von Migrantinnen und Migranten zu unterstützen.
- Außerdem sollte auf der Agenda weit oben stehen, die Versorgung mit Pflegeplätzen, Kita-Plätzen und OGS-Plätzen zu verbessern.

Arbeitsmarkt

Auch Rheinbach ist vom Fachkräftemangel betroffen, insbesondere bei hochqualifizierten und mittleren Qualifikationsniveaus.

- Aus diesem Grund sollten duale Ausbildungsprogramme in Zusammenarbeit mit lokalen Unternehmen und der Hochschule Bonn-Rhein-Sieg gefördert werden. Zudem ist es wichtig, gezielte Weiterbildungsprogramme für bestehende Arbeitskräfte, insbesondere im digitalen Bereich, einzuführen.
- Zusätzliche Wohn- und Arbeitsanreize für hochqualifizierte Fachkräfte (zum Beispiel durch flexibles Arbeiten und Kinderbetreuungseinrichtungen) würden darüber hinaus den Standort attraktiver machen.
- Um mehr ausländische Fachkräfte zu gewinnen, ist es überdies notwendig, die Anerkennungsverfahren zu beschleunigen.

Qualität der Verwaltung

In der Wirtschaft wird immer wieder Kritik an mangelnder Effizienz und Kooperationsbereitschaft der öffentlichen Verwaltung laut.

- Effizientes und kooperatives Verwaltungshandeln ist elementar für die Güte eines Wirtschaftsstandorts. Deshalb sollten in Rheinbach Verwaltungsprozesse digitalisiert werden, um die Bearbeitungsdauer zu reduzieren. Ein Beispiel sind Online-Baugenehmigungen.
- Der Aufbau einer zentralen Ansprechstelle für Unternehmen (»One-Stop-Shop«) kann helfen, Verwaltungswege zu vereinfachen.
- Auch die Zusammenarbeit zwischen Stadtverwaltung und Wirtschaftsförderungsgesellschaft ist wichtig, denn so lassen sich vorhandene Flächen schneller entwickeln.
- Auch in Rheinbach ist es unerlässlich, Aufgabenkritik zu betreiben und Bürokratie abzubauen.

Infrastruktur und Standortentwicklung

Insbesondere der Berufs- und Pendelverkehr nimmt stetig zu.

- In Rheinbach bedarf es der Entwicklung eines integrierten Mobilitätsplans inklusive Ausbaus von P&R-Plätzen und Anbindung an den ÖPNV.

- Auch die digitale Infrastruktur muss ausgebaut werden. Die Stadt muss eine flächendeckende Versorgung mit schnellem Internet (Glasfaser) erreichen.

- Um neue Gewerbeflächen zu gewinnen, empfiehlt sich eine aktive Bodenbevorratungspolitik sowie eine konsequente Nachverdichtung bestehender Gewerbegebiete.

- Zudem sollte Rheinbach die Kooperation mit Nachbarkommunen vertiefen, insbesondere bei Gewerbeansiedlungen und Infrastrukturprojekten.

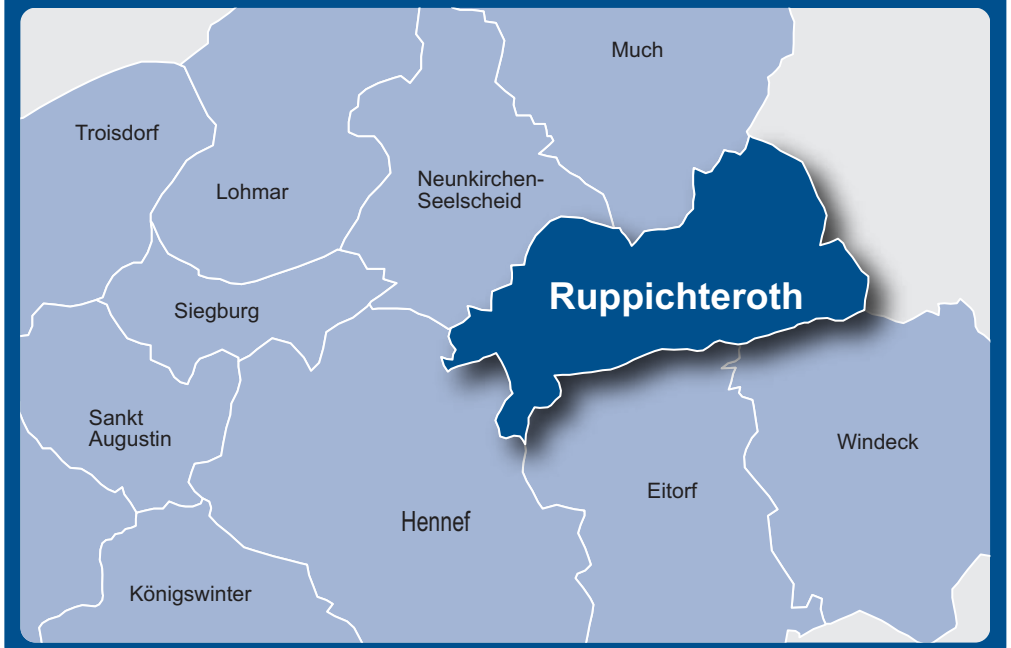
Branchenübergreifende Empfehlungen

- Damit der Wirtschaftsstandort Rheinbach seine Stärke halten kann, braucht es den Ausbau erneuerbarer Energien und die Förderung energieeffizienter Betriebsgebäude. Damit lassen sich Energiekosten senken. Wichtig ist, sowohl Aspekte der Nachhaltigkeit als auch der wirtschaftlichen Machbarkeit im Auge zu behalten.

- Weiterer Schwerpunkt muss die Förderung des Einzelhandels sein. Dafür braucht es eine Stärkung der Innenstädte durch Events, bessere Parkmöglichkeiten und digitale Plattformen für Handel und Gewerbe.

- Die Unternehmen benötigen Nachwuchs. Eine enge Zusammenarbeit mit Schulen und Hochschulen hilft, die Ausbildungsreife von Schülerinnen und Schülern zu steigern.

31. Ruppichteroth



Haushalt und Steuern

Der Haushalt der Stadt ist dauerhaft überlastet. Der Haushalt kann nur über eine Aufgabenkritik, entsprechende Kürzungen und eine ordentliche Finanzierung durch das Land ausgeglichen werden. Steuererhöhungen schaden der Wirtschaft. Die unterschiedlichen Hebesätze der Grundsteuer für Wohn- und Nichtwohngebäude belasten die Unternehmen.

- Es ist für die lokale Wirtschaft wichtig, dass die Hebesätze für Nichtwohngebäude gesenkt werden.

- Zudem muss die Gemeinde alle Einsparpotenziale im Haushalt nutzen und sich beim Land weiter für eine auskömmliche Finanzierung der bestellten Leistungen einsetzen.

Ansprechpartner in der IHK Bonn/Rhein-Sieg
Heike Felten | h.felten@bonn.ihk.de | Tel. 0228 2284-160

Verkehrssituation entlasten

Die Brölstraße ist in den Hauptverkehrszeiten stark belastet und anfällig bei Baustellen oder Unfällen. Sie dient als Ersatzroute für die A 4, die ebenfalls durch zahlreiche anstehende Brückensanierungen überlastet ist. Die Siegbrücke bei Hennef-Allner ist immer öfter das entscheidende Nadelöhr.

- Um die Verkehrssituation zu entlasten, muss die ÖPNV-Anbindung weiter gestärkt werden. Gerade für Berufspendlerinnen und -pendler und Auszubildende sind Schnellbuslinien zu den Siegbahnhöfen wichtig.

- Für die Verbesserung der Mobilität wurde in fünf Kommunen eine Haushaltsbefragung durchgeführt. Die Ergebnisse müssen jetzt in ein gemeinsames Mobilitätskonzept einfließen und umgesetzt werden.

Standort stärken

Mit der Eröffnung der Denkschmiede Winterscheid im Rahmen der Regionale 2025 stehen jetzt auch in Ruppichteroth moderne Arbeitsplätze sowie Event- und Meetingräume zur Verfügung. Ziel ist die Stärkung der Vernetzung, der Digitalisierung und der Innovationskraft.

- Die Räumlichkeiten müssen jetzt auch mit Leben und Veranstaltungen gefüllt werden.

- Durch den geplanten Bau eines Windparks könnten Gewerbesteuereinnahmen generiert und die Stromversorgung der Region verbessert werden.

Interkommunales Gewerbegebiet umsetzen

Die Gewerbeflächen in Ruppichteroth sind knapp. Dies liegt zum einen an der Topografie und den bestehenden Landschaftsschutzgebieten, zum anderen daran, dass die verbleibenden Flächen sich fast ausschließlich in privater Hand befinden.

- Die Situation könnte sich durch ein interkommunales Gewerbegebiet verbessern. Darüber hinaus sollte die Gemeinde weiterhin intensiv an der Machbarkeitsstudie für die Erweiterung des Gewerbegebietes Ruppichteroth-Nord arbeiten und deren Umsetzung forcieren.

Wirtschaftsförderung stärken

Die Aufgaben der Wirtschaftsförderung haben sich lange Zeit Bürgermeister und Kämmerer geteilt.

- Die Stelle eines Wirtschaftsförderers sollte möglichst bald und in Vollzeit besetzt werden. Dies könnte neue Impulse für die Wirtschaft vor Ort bringen und auch die Kooperation mit den Nachbargemeinden verbessern.

Tourismus und Hotellerie beleben

Die gastronomischen Angebote werden immer weniger, und für Geschäftsreisende und Kurzzeittouristen fehlen Übernachtungsmöglichkeiten.

- Ein zusätzliches Hotel könnte hier neue Möglichkeiten eröffnen. Zudem sollte der Tourismus gefördert und die Region weiterhin gemeinsam vermarktet werden.

Ansprechpartner in der IHK Bonn/Rhein-Sieg
Michael Schmaus | m.schmaus@bonn.ihk.de | Tel. 0228 2284-140

32. Sankt Augustin

Wirtschafts- und Hochschulstandort

Die Stadt Sankt Augustin hat über 58.000 Einwohner. Sie ist als Wirtschaftsstandort geprägt von Industrie, IT, Logistik und Dienstleistungen. Die Hochschule wächst beständig und hat eine Anziehungskraft weit über die Region hinaus.

Neues Zentrum

Der Umbau des Einkaufszentrums »huma Shoppingwelt« ist das sichtbare Zeichen für signifikante Veränderungen in der Stadt. Es ist ein neuer Mittelpunkt für Sankt Augustin entstanden. Steigende Umsätze und viele neue Arbeitsplätze deuten auf eine hohe Anziehungskraft, auch über die Region hinaus, hin.

- Die Freiflächen im direkten Umfeld des Einkaufszentrums sollten einer höherwertigen Nutzung zugeführt werden.
- Die Haltestellen an der Linie 66 sollten aufgewertet und zusätzliche P&R-Plätze sowie Mobilstationen geschaffen werden.

Mittelstandsorientierte Kommunalverwaltung

Die Stadt Sankt Augustin ist mit dem RAL-Gütezeichen »Mittelstandsorientierte Kommunalverwaltung« zertifiziert. Dazu gehören zum Beispiel diese Qualitätsanforderungen: Besprechungen bei Unternehmen finden innerhalb von fünf Arbeitstagen statt, Baugenehmigungsanträge werden innerhalb von 40 Arbeitstagen bearbeitet. Auf Flächenanfragen wird innerhalb von fünf Arbeitstagen reagiert.

- Sankt Augustin sollte unbedingt daran festhalten und das mittelstandsfreundliche Angebot um weitere Dienstleistungen erweitern.

Gewerbeflächen

Die Stadt und die stadteigene Wirtschaftsförderungsgesellschaft Sankt Augustin mbH haben noch Flächenpotenziale von über 100.000 Quadratmetern, darunter der Butterberg/Wissenschafts- und Gründerpark mit rund 12.000 Quadratmetern. Ein Schwerpunkt liegt hier beim Stadtentwicklungskonzept mit der Stärkung des Stadtleitbilds »WissensstadtPLUS« (Fraunhofer-Institute, Hochschule Bonn-Rhein-Sieg, Deutsches Zentrum für Luft- und Raumfahrt, zum Beispiel mit Projekten zur Künstlichen Intelligenz und zur Cyber-Sicherheit).

- Es ist wichtig, diese Flächenpotenziale zu nutzen und Ansiedlungen zu ermöglichen und zu unterstützen.

Wohnraum

Die Wohnungsmarktsituation ist auch in Sankt Augustin sehr angespannt. Für fehlende Fachkräfte aus der Region ist es notwendig über entsprechende Angebote zu verfügen. Gerade im Hinblick auf den Zuzug von qualifizierten Fachkräften aus den Bereichen Wissenschaft, Hochschule, IT, Logistik und Dienstleistung ist es notwendig Wohnraum zu schaffen.

- Entsprechend große Flächen, die im Flächennutzungsplan der Stadt Sankt Augustin bereits als Wohnbauflächen ausgewiesen sind, wie z.B. in der Flur 2/Kirchenberg sollten

kurzfristig aktiviert werden, um den Wohnraummangel in Sankt Augustin und der umliegenden Region zu bekämpfen. Hierauf könnte ein dementsprechend großes Wohnbauquartier entwickelt werden. Dadurch kann Sankt Augustin einen erheblichen Anteil dazu beitragen, den Wohnungsbedarf in der Region durch die Aktivierung von Reserveflächen zu decken.

Finanzsituation

Eine Herausforderung für die Stadt Sankt Augustin ist – wie für viele andere Kommunen auch – die angespannte Haushaltssituation.

- Investitionen müssen deshalb auf das Notwendigste ausgerichtet sein.
- Bei freiwilligen Leistungen müssen Prioritäten gesetzt werden.
- Sämtliche Verwaltungsabläufe müssen überprüft und optimiert werden.
- Unternehmensansiedlungen müssen weiter im Fokus stehen.

33. Siegburg

Steuerentlastung für Unternehmen anstreben

Die Stadt Siegburg liegt sowohl mit ihrem aktuellen Gewerbesteuerhebesatz (515 Prozent) als auch bei der Grundsteuer B (790 Prozent) im Mittelfeld der Städte und Gemeinden im IHK-Bezirk Bonn/Rhein-Sieg. Der Hebesatz für die Gewerbesteuer wurde seit 2011 nicht mehr erhöht, die Grundsteuer B ist seit 2015 konstant. Auf der Basis einer dauerhaften Haushaltsstabilität konnten seit 2019 kontinuierlich positive Ergebnisse der Jahresabschlüsse erzielt werden. Siegburg hat sich mit dem Rhein Sieg Forum und dem KSI zu einem Kongressort entwickelt. Zudem zeichnet sich der Standort Siegburg durch Investitionen in zukunftsweisende Projekte aus, etwa den BCN BildungsCampus Neuenhof und das Freizeitbad Oktopus.

Die Konsolidierung des Haushalts ist positiv zu bewerten. Auch die für die Jahre 2025 bis 2027 geplanten Investitionen kommen indirekt den Siegburger Gewerbebetrieben zugute.

- Die Steuersätze sollten wettbewerbsfähig bleiben.

Ansprechpartner in der IHK Bonn/Rhein-Sieg
Jürgen Hindenberg | j.hindenberg@bonn.ihk.de | Tel. 0228 2284-146

Pläne für Einzelhandel umsetzen

Siegburg hat sich trotz wachsendem Onlinehandel als bedeutender Einzelhandelsstandort mit einer überragenden Strahlkraft in die Region behauptet. Bezüglich der Möglichkeiten, die attraktive Einkaufsstadt sinnvoll mit der digitalen Welt zu verknüpfen, gibt es gute Ansätze. Die Stadt hat ihr Einzelhandelskonzept überarbeitet. Für den im Januar 2024 geschlossenen Galeria-Kaufhof-Standort hat die Stadt Siegburg eine Machbarkeitsstudie in Auftrag gegeben und mögliche Nutzungskonzepte vorgestellt. Zusätzlich betreibt die Stadt seit 2024 ein Leerstandsmanagement, welches zweimal jährlich die leeren Einzelhandelsflächen eruiert. Insgesamt ist die Einzelhandelsfläche rückläufig. Ab 2025 startet in der Siegburger Innenstadt eine Frequenzmessung. Siegburger Einzelhandelsbetriebe können am »Siegburg-Gutschein« teilnehmen und so Kaufkraft in der Region halten.

- Die durch Digitalisierung möglichen zusätzlichen Informationswege und Serviceangebote sollten mit Blick darauf, in welchem Maße sie zur Attraktivitätssteigerung beitragen, geprüft und sinnvoll genutzt werden. Attraktive gastronomische Angebote sollen den Einzelhandel als weiterer Magnet ergänzen.

Transportlogistik optimieren

Siegburg ist als bedeutender Einzelhandelsstandort abhängig von der pünktlichen Anlieferung der benötigten Waren. Die durch das Transportaufkommen entstehenden innerstädtischen Verkehrsstaus belasten das Image einer kundenfreundlichen Einkaufsstadt. Durch die Einrichtung eines dynamischen Parkleitsystems wurde die Erreichbarkeit der Stadt für den Individualverkehr deutlich vereinfacht.

Der motorisierte Individualverkehr wird durch vielfältige Carsharing-Möglichkeiten ergänzt. Mehrere Carsharing-Anbieter stellen ihre Fahrzeuge in Siegburg bereit. Neben Pkws können im ganzen Stadtgebiet auch Fahrräder und Lastenfahrräder ausgeliehen werden. Ergänzend gibt es in Siegburg eine gute Ladeinfrastruktur für E-Fahrzeuge.

- Die Stadt muss Möglichkeiten zur Optimierung der Verkehrsflüsse prüfen und nach Möglichkeit umsetzen. Das in der Kaiserstraße noch frei befahrbare Straßenstück zwischen der Fußgängerzone sollte in die Fußgängerzone integriert und somit autofrei werden.

ICE-Halt ausbauen und Anbindung nach Bonn verbessern

Es gab in den vergangenen Jahren immer wieder Bestrebungen der DB, die Halte von Fernzügen in Siegburg zu reduzieren oder kürzere Züge einzusetzen. Zudem klagen viele Pendelnde immer häufiger über Schwierigkeiten bei der wichtigen Stadtbahn-Linie 66, die den ICE-Bahnhof direkt mit Bonn verbindet: Züge fallen aus, haben große Verspätungen oder sind überfüllt.

- Die Zahl der ICE-Halte in Siegburg muss mindestens erhalten, besser jedoch ausgebaut werden. Zudem muss die Anbindung an die Bundesstadt Bonn mit der Stadtbahn-Linie 66/67 verbessert werden. Zudem braucht es den Ausbau der Radpendelrouten in die Bundesstadt Bonn.

Ansprechpartner in der IHK Bonn/Rhein-Sieg
Maria Zubrinna | m.zubrinna@bonn.ihk.de | Tel. 0228 2284-184

34. Swisttal

Handel und Gewerbe weiterentwickeln

Vor allem an den Ortsrändern sind – unter Berücksichtigung der im »Einzelhandelskonzept für die Gemeinde Swisttal« definierten zentralen Versorgungsbereiche – in den vergangenen Jahren große Verbrauchermärkte entstanden; zuletzt in Heimerzheim und Odendorf. Dies sichert die langfristige Versorgung der Bewohnerinnen und Bewohner mit zeitgemäßen Einzelhandelsformaten, die hier die passenden Flächen finden. Dadurch und durch die Auswirkungen der Flut in Heimerzheim und Odendorf hat sich der Druck auf den Einzelhandel in den Ortszentren verschärft. Ferner wurden in Buschhoven und Morenhoven Erweiterungsmöglichkeiten ausgeschlossen. Die innerörtliche Versorgung der Menschen wird schwieriger; insbesondere für ältere, weniger mobile Menschen.

■ Das Neben- und Miteinander des Handels an den Ortsrändern und in den Ortszentren gilt es zu bewahren bzw. die Ortszentren zu stärken, um weiterhin attraktiv als Wohnstandorte zu bleiben. Während sich die Kommune beim Einzelhandel gut entwickelt hat (mit Abstrichen in Buschhoven), besteht noch Potenzial bei zusätzlichen Gewerbeflächen. Das Projekt »Grüne Mine« sollte unterstützt werden, da es den Standort stärken könnte und das System der Kreislaufwirtschaft verbessern würde. Hierzu sollten alle beteiligten Akteure Hand in Hand arbeiten.

Infrastruktur ausbauen

Die A 61 ist mit der Auffahrt Miel nur nach Norden angeschlossen. Die Ortsumfahrung Miel samt Vollanschluss an die A 61 lässt immer noch auf sich warten. Ein Vollanschluss und eine damit einhergehende weitere Verbesserung des bestehenden Lärmschutzes würde den Ort Miel entlasten und käme auch den Unternehmen im Gewerbegebiet Odendorf sowie dessen Vermarktung zugute.

Swisttal ist über den Haltepunkt in Odendorf an das Netz der Deutschen Bahn angeschlossen. Die Orte in der Gemeinde sind darüber hinaus auf den Busverkehr angewiesen mit Buslinien nach Bonn, Rheinbach und Euskirchen.

■ Da Swisttal zum Einzugsbereich Bonn-Köln-Euskirchen gehört, ist eine attraktive ÖPNV-Verbindung für die Gesamtentwicklung notwendig. Die notwendige Elektrifizierung der DB-Strecke Euskirchen-Bonn wurde auf 2028 verschoben. Während der Bauarbeiten und erwarteter Streckensperrungen müssen leistungsstarke Ersatzverkehre eingerichtet werden. Die Busverbindungen zwischen Heimerzheim und Bonn sowie über Weilerswist nach Köln müssen intensiviert werden. Um für alle Bewohnerinnen und Bewohner eine gute Alternative zum Auto zu sein, muss der ÖPNV weiterentwickelt werden. Dies betrifft vor allem weitere Taktverdichtungen und eine attraktivere Preisgestaltung.

Die Einführung einer schnellen und häufigen Taktung der Verbindung Bonn-Buschhoven-Heimerzheim-Weilerswist wäre wichtig, damit der ÖPNV auch für Arbeitnehmende attraktiver wird (sowohl für die Ein- als auch für die Auspendlerinnen und -pendler). Ab Weilerswist könnten diese dann die Bahn nach Köln nutzen. Eine schnellere Taktung nach Bornheim wäre auch hilfreich. Eine Verbesserung des Anschlusses nach Köln könnte über Schnellbusse an den Bahnhof Weilerswist erfolgen – von Bonn über Buschhoven und Heimerzheim.

Wiederaufbau nach der Flut vorantreiben

Die Gemeinde war mit den meisten ihrer zehn Ortschaften stark von der Starkregen- und Hochwasserkatastrophe 2021 betroffen. Dies trifft vor allem auf zwei der drei Hauptorte

zu: Heimerzheim und Odendorf. In den Geschäftslagen der Ortskerne – vor allem in Heimerzheim – hat sich ein Wandel vollzogen, einige etablierte Geschäfte (Bäckerei, Schreibwaren) sind verschwunden. Die Geschäftspolitik der Banken und Sparkassen führt dazu, dass Filialen geschlossen werden und durch Automaten ersetzt werden (Raiffeisenbank, Volksbank, Sparkasse Köln).

Der Wiederaufbau kommt nur schleppend voran, zugleich belastet er den kommunalen Haushalt. Im Ortskern von Heimerzheim sind immer noch viele Geschäfte nicht an das Festnetz (Kommunikation) angeschlossen, und der Breitbandausbau verläuft sehr schleppend.

Die Umsetzung der neuen Hochwasserkarten lassen starke Einschränkungen im Planungs- und Baurecht in Swisttal erwarten.

- Der geringeren Laufkundschaft in den Ortszentren stehen eine hohe Kaufkraft und angemessene Angebote auf der grünen Wiese gegenüber. Politik und Verwaltung sollten die innerörtliche Versorgung in Heimerzheim, Odendorf und Buschhoven stärken, da die Versorgung unbefriedigend vor allem für ältere Bürgerinnen und Bürger ist.

Haushalt nicht durch Gewerbesteuererhöhungen ausgleichen

Der Swisttaler Haushalt für das Jahr 2025 weist im Entwurf ein Defizit von über acht Millionen Euro auf. Zum Haushaltsausgleich wird der Hebesatz für die Grundsteuer B von 750 Punkten (ohne Straßenreinigung) auf 810 Punkte erhöht (inklusive zehn Prozentpunkten für die Straßenreinigung). Die Gewerbesteuer bleibt (noch) stabil bei 520 Prozentpunkten. Durch weitere Großprojekte, wie etwa die Schulneubauten in Heimerzheim, werden die Haushaltsdefizite in den kommenden Jahren steigen, so dass weitere erhebliche Steuererhöhungen eingeplant sind. Damit liegen die Steuersätze bereits heute erheblich über dem Landesdurchschnitt und bedeuten erhebliche Nachteile im Standortwettbewerb.

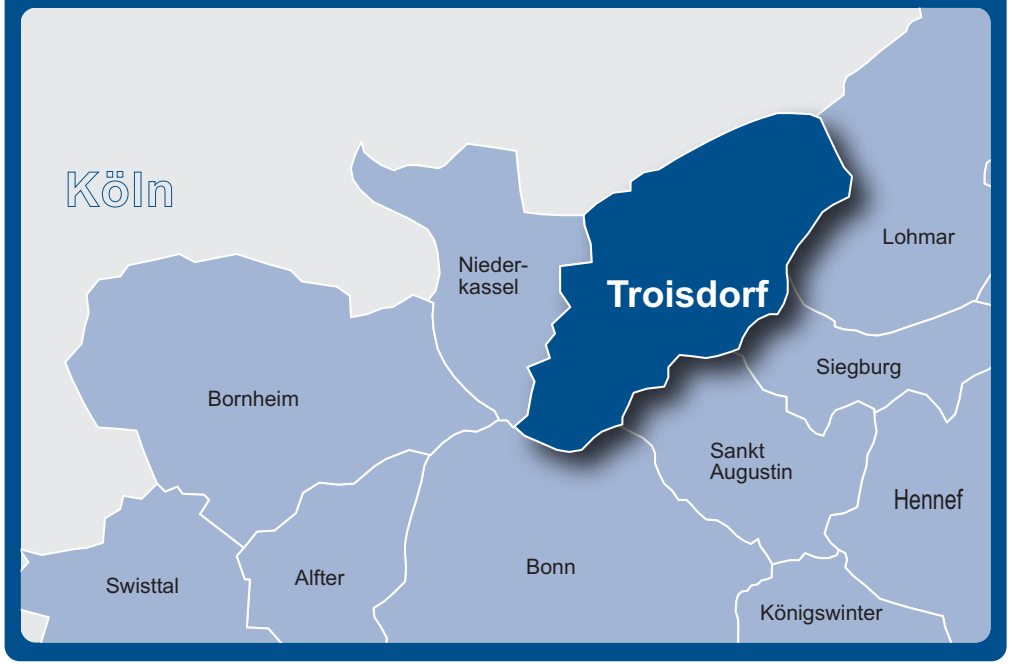
- Mittelfristig will die Politik mehr Gewerbeflächen ausweisen, um das Gesamtvolumen an Gewerbesteuer zu erhöhen, obwohl der Regionalplan keine neuen Flächen ausweist. Bei weiteren Erhöhungen der Gewerbesteuer besteht die Gefahr, dass Swisttaler Betriebe insbesondere in das benachbarte Euskirchen abwandern, wo eine geringere Gewerbe- und Grundsteuer verlangt wird und die Infrastruktur gut ausgebaut ist. Deshalb gilt es, den Gemeindehaushalt zu konsolidieren und Projekte zu priorisieren.

Die Politik hat die Unternehmen im Blick. Trotzdem sind durch die kostenintensiven Projekte, wie Schulneubauten, Steuererhöhungen geplant. Die Unternehmen profitieren aber auch von einer attraktiven Schullandschaft. Fachkräfte werden ausgebildet und gebunden; für Familien ist es attraktiv in Swisttal zu wohnen – solange es nicht zu teuer wird. Es stellt sich die Frage, ob Swisttal sich die erheblichen Investitionen in Schulneubauten leisten kann oder ob auch hier eine interkommunale Zusammenarbeit geboten ist.

- Generell müssen das Land und der Bund die Kommunen finanziell besser ausstatten.

Ansprechpartner in der IHK Bonn/Rhein-Sieg
Michael Pieck | m.pieck@bonn.ihk.de | Tel. 0228 2284-181

35. Troisdorf



Innenstadt

Handel und Gewerbe sind wichtige Voraussetzungen für die Attraktivität und Kultur der (Innen-)Städte. Das gilt auch für Troisdorf. Lehrstände in den Ladenlokalen sind längst Sinnbild eines sich verändernden Kaufverhaltens der Kunden, ausgehend von einem zunehmenden Abdriften in die Online-Alternativen. Bisweilen sind (kleinteilige) Zuschnitte der Flächen zusätzlich hinderlich.

■ Um die Attraktivität der Innenstadt zu erhalten und auszubauen ist es wichtig, alternative Nutzungskonzepte zu entwickeln, um Flächen im Einklang mit den Objekt-Eigentümern bedarfsgerecht umzugestalten. Marketingmaßnahmen und Events, die Gewerbetreibende und Innenstadtbesucherinnen und -besucher zusammenbringen, leisten ebenfalls einen wichtigen Beitrag. Nötig ist dazu ein funktionierendes Netzwerk zwischen allen Beteiligten vor Ort, um Botschaften und Zeitpunkte kurzfristig gemeinsam zu entwickeln, zu finanzieren und zu kommunizieren. Dies betrifft den Dialog mit Eigentümerinnen und Eigentümern leerstehender Flächen ebenso wie mit Institutionen, die innovative neue Themen und Verkaufswege entwickeln. Die hierzu alternative Strategie, Gewerbeflächen auch in Wohnraum umzuwandeln, darf dabei nicht aus dem Blick verlieren, Gewerbe in der Innenstadt zu erhalten und dadurch die Wirtschaft zu stärken. So gilt es, Troisdorf als einen lebendigen und zukunftsfähigen Standort für Handel, Gastronomie und Freizeit auszurichten.

Der Bonner Konzern DHL errichtet derzeit sein europäisches Innovationszentrum in Troisdorf. Dies schafft Arbeitsplätze und sorgt für eine nachhaltige regionale Entwicklung. Das Innovationszentrum soll noch 2025 bezogen werden. Ende 2024 erfolgte zudem der erste Spatenstich für das klimafreundliche »Kronenquartier« in der Kronenstraße mit einer Mischung aus Gewerbe, Wohnen und Freizeitaktivitäten. Für positive Impulse sorgen könnte auch das multifunktionale Projekt an der Mülheimer Straße, wo sich neben Büroräumen, Wohnflächen und Gewerbe in naher Zukunft auch eine Indoor-Sporthalle ansiedeln wird.

Schlagzeilen machte in den vergangenen beiden Jahren die Diskussion darüber, ob Flächen auf dem bisherigen Dynamit-Nobel-Gelände genutzt werden könnten, um Wohnungen und zivile Industrie dort anzusiedeln. Inzwischen wurden allerdings Fakten geschaffen: Die Flächen wurden an das Rüstungsunternehmen Diehl Defence verkauft.

Mobilität

Wesentliche Teile des Flughafens Köln/Bonn liegen auf Troisdorfer Stadtgebiet. Alle zehn Minuten fährt eine S-Bahn von und nach Köln. An einer besseren Verbindung nach Bonn arbeitet die Bahn seit längerem (S 13). Voraussichtlich im Dezember 2026 soll die Anzahl an Verbindungen zwischen Troisdorf und Bonn-Beuel verdoppelt werden. Für Pendelnde bedeutet dies in naher Zukunft einen 20-Minuten-Takt auf diesem wichtigen Abschnitt. Eine leistungsfähige Infrastruktur ist derzeit in Aufbau, bis in den Sommer 2026 hinein sollen laut einer Pressemitteilung der DB vom Juli 2024 insgesamt 21 von 26 Brücken ausgebaut sein. Im Sommer 2026 wird dann die Strecke Troisdorf-Wiesbaden gesperrt. Während der auf fünf Monate angesetzten Generalsanierung der rechten Rheinstrecke sollen allein auf NRW-Gebiet mehr als 15.000 Meter Gleis erneuert, über 50 Weichen ausgetauscht, auf 16.000 Metern die Oberleitung gewechselt und die Bahnhöfe entlang

der Strecke modernisiert werden. Zusätzlich will die Bahn während der Sperrung die gesamte Strecke mit moderner Leit- und Sicherungstechnik ausstatten.

- Für die zu erwartenden Einschränkungen ist die Bahn gehalten, gemeinsam mit Nahverkehrsanbietern Alternativkonzepte zu erarbeiten, die tragfähig sind, um die Belastungen für die Reisenden und Pendelnden so gering wie möglich zu halten.

Die Kombination aus Bahnhof, Busbahnhof und Parkhaus bietet den Verkehrsteilnehmenden in Troisdorf gute Optionen, gleichzeitig fördert die Stadt Maßnahmen gegen den Klimawandel und zur Klimaanpassung für Privatleute und Betriebe. Ideen, wie Mobilitätsstationen zum Umstieg von Pkw auf ÖPNV, Bike-Car-Sharing oder Verleihsysteme für Fahrräder und E-Scooter, zählen dazu. Außerdem ist die Verbesserung der Radpendlerverbindungen nach Bonn und Köln sowie in die kleineren Nachbarkommunen nach wie vor ein Ziel.

- Die Stadt muss den Ausbau der S 13 konsequent in der Entwicklung begleiten und Mehrwerte für Zielgruppen kommunizieren.
- Zudem müssen die Möglichkeiten für Radfahrende weiter ausgebaut werden.

Interkommunale Zusammenarbeit

Die IHK Bonn/Rhein-Sieg unterstützt die Initiative der Stadt Troisdorf zur interkommunalen Zusammenarbeit in der Region, um die wirtschaftliche Entwicklung und den Ausbau der Infrastruktur zu fördern. Die Stadt und das benachbarte Niederkassel planen aktuell eine interkommunale Gewerbegebietserweiterung.

- Es ist notwendig, den Austausch untereinander über mögliche gemeinsame Initiativen zum Infrastrukturausbau zu forcieren.

36. Wachtberg

Anreize zum Umstieg schaffen durch eine Schnellbuslinie, P&R-Anlagen und Mobilstationen

Die Gemeinde Wachtberg hat das Nahverkehrsangebot in den vergangenen Jahren nicht nur ausgebaut und im Takt verdichtet, auch die Umsetzung der Barrierefreiheit ist weiter vorangeschritten. Damit hat die Gemeinde das ÖPNV-Angebot für alle Bürgerinnen und Bürger verbessert. Es soll außerdem die Schnellbuslinie L158 eingeführt werden, die eine direkte und schnelle Verbindung zwischen Bad Godesberg und Meckenheim mit zwei Halten in Wachtberg bietet. Dadurch würde die Fahrzeit mit dem Bus verkürzt und eine attraktivere Alternative zum motorisierten Individualverkehr geboten. Für Wachtberg würde dies eine bessere Anbindung an Bonn und Meckenheim bedeuten. Die Gemeinde Wachtberg prüft außerdem die Möglichkeiten für Park-&-Ride-Anlagen. Überdies plant sie, Mobilstationen zu errichten, um verschiedene Alternativen zum privaten Pkw miteinander zu verknüpfen und so den Umstieg auf alternative Verkehrsmittel zu erleichtern.

Ansprechpartner in der IHK Bonn/Rhein-Sieg
Christian Pinnekamp | c.pinnekamp@bonn.ihk.de | Tel. 0228 2284-232

■ Die Schnellbuslinie ist ein vielversprechendes Projekt und sollte schnellstmöglich umgesetzt werden, sodass Pendelnde zeitnah das neue Angebot nutzen können. Park-&-Ride-Parkplätze in der Nähe von Bushaltestellen ermöglichen den Umstieg vom Pkw auf den ÖPNV. Deren Einrichtung sollte an geeigneten Stellen im Gemeindegebiet geprüft und umgesetzt werden. Gleiches gilt für die geplanten Mobilstationen, die mehrere Mobilitätsalternativen zum privaten Pkw bündeln.

Verkehrswege: Straßensanierung und Radwegeausbau wirtschaftsfreundlich umsetzen

Die Gemeinde Wachtberg plant die Sanierung einiger wichtiger Straßen, unter anderem des Zukunftswegs und eines Abschnitts der K58. Die Instandhaltung und Verbesserung von Straßen sind wichtig, um einen reibungslosen und sicheren Verkehrsfluss aufrechtzuerhalten. Auch der Radwegeausbau schreitet voran und ist wichtig, damit Pendelnden eine Alternative zum privaten Pkw geboten und der Anteil des Radverkehrs am Modal Split der Gemeinde erhöht wird.

■ Die Straßensanierungen sollten zügig umgesetzt werden, um Missstände zu beheben. Dabei sollten die Bauarbeiten zeitlich aufeinander abgestimmt werden, um parallele Einschränkungen der Verkehrsinfrastruktur zu vermeiden. Wichtig ist eine frühzeitige Kommunikation der Einschränkungen.

■ Auch der Ausbau der Radwege sollte vorangetrieben und im Zuge dessen die Schaffung von Bike-&-Ride-Anlagen geprüft werden. Zu einer unverhältnismäßigen Benachteiligung des Kfz-Verkehrs darf es durch den Radwegeausbau jedoch nicht kommen.

Maßnahmen zum Klimaschutz und zur Klimafolgenanpassung: Wirtschaft vor Ort mitdenken und beteiligen

Die Gemeinde Wachtberg stellt sich den Herausforderungen auf dem Weg zur Klimaneutralität. Zur Senkung der Treibhausgas-Emissionen befindet sich die kommunale Wärmeplanung auf der Ziellinie. Zudem wird gemeinsam mit den übrigen fünf linksrheinischen Kommunen des Rhein-Sieg-Kreises – Alfter, Bornheim, Meckenheim, Rheinbach und Swisttal – zurzeit ein interkommunales Klimaneutralitätskonzept erarbeitet.

Auch ein Konzept zur Anpassung an die Folgen des Klimawandels wurde interkommunal entwickelt. Die nächsten Schritte bestehen darin, die in den Konzepten aufgeführten Maßnahmen umzusetzen.

■ Es ist wichtig, dass die Gemeinde Wachtberg Maßnahmen in vielfältigen Handlungsbereichen umsetzt, um das Ziel der Klimaneutralität zu erreichen. Bei diesen Prozessen sollte auch die Wirtschaft berücksichtigt und beteiligt werden, um Veränderungen wirtschaftsfreundlich umzusetzen. Dabei sollten die Wettbewerbsfähigkeit der Wirtschaft vor Ort und der Wohlstand der Bevölkerung im Blick behalten werden.

Ansprechpartner in der IHK Bonn/Rhein-Sieg
Hanna Pfeifer | h.pfeifer@bonn.ihk.de | Tel. 0228 2284-165

37. Windeck

Mobilität und Verkehr: Wechsel auf ÖPNV erleichtern

Windeck gilt als regionale Mobilitätsdrehscheibe ins Rheinland, ins Oberbergische, nach Rheinland-Pfalz und ins Siegtal. Entsprechend wohnen in der Gemeinde auch immer mehr Menschen, die auspendeln. Mit der Mobilstation in Schladern wird der Umstieg vom Individualverkehr auf den ÖPNV erleichtert. Auch eine Vielzahl von zusätzlichen Services, darunter Leihräder und Carsharing, stehen bereit. Die Errichtung eines Parkhauses mit P&R-Plätzen ist geplant.

- Die infrastrukturellen Bedingungen, zum Beispiel P&R-Parkplätze an den Bahnhöfen, müssen weiter verbessert werden.
- Auf die Agenda gehört außerdem eine bessere Taktung der S-Bahnen.

Fachkräfte: Vereinbarkeit verbessern

Um es mehr Menschen zu ermöglichen, einer beruflichen Tätigkeit nachzugehen oder diese auszuweiten, müssen die entsprechenden Betreuungsangebote für Kinder zur Verfügung stehen. Oftmals fehlen Angebote für verschiedene Altersgruppen oder in den Randzeiten.

- Die Angebote für die Betreuung von Kleinkindern müssen ausgebaut werden und den Bedürfnissen der Arbeitnehmenden und Unternehmen angepasst werden.
- Auch für Schulkinder muss es mehr qualifizierte Betreuungsangebote geben.

Gastronomie und Tourismus: Angebote erhalten und ausbauen

Windeck liegt in einer reizvollen Region mit attraktiven Zielen für Touristen. Zudem ziehen die ansässigen Unternehmen internationale Kunden und Geschäftsreisende an. Deren ortsnahe Unterbringung und Verpflegung gestaltet sich zunehmend schwierig. Durch eingeschränkte Öffnungszeiten stehen für Gäste zeitweise keine adäquaten Angebote zur Verfügung.

- Das Angebot an Übernachtungsmöglichkeiten und das gastronomische Angebot sollten ausgebaut werden.
- Ziel muss es sein, die Attraktivität der Region weiter zu steigern und den Tourismus weiter voranzubringen und entsprechend zu vermarkten.

Gewerbeflächen und Wohnen: Passende Flächen bereitstellen

Junge Familien fragen verstärkt Wohnraum nach. Firmen benötigen ausreichend Gewerbeflächen.

- Den Familien sollten Flächen für verschiedene Wohnideen und -formen zur Verfügung gestellt werden. Ziel muss es sein, eine entsprechende Anbindung an die Bahnhöfe sicherzustellen, damit das Pendeln zum Arbeitsplatz mit ÖPNV attraktiver wird. Zudem bedarf es neuer, zukunftsfähiger Gewerbeflächen.

Breitbandausbau fortsetzen

Die Gemeinde Windeck und die Westconnect GmbH haben eine Kooperationsvereinbarung unterzeichnet, die vorsieht, rund 7.100 Wohneinheiten und 2.200 Geschäftseinheiten flächendeckend an das Glasfasernetz anzuschließen.

- Ziel muss es weiterhin sein, einen lückenlosen Breitbandausbau für die Wohn- und Gewerbegebiete auch in den verbleibenden Regionen zu sichern.

Ansprechpartner in der IHK Bonn/Rhein-Sieg
Michael Schmaus | m.schmaus@bonn.ihk.de | Tel. 0228 2284-140

Impressum

Herausgeber und Copyright	© IHK Bonn/Rhein-Sieg | Bonner Talweg 17 | 53113 Bonn Tel: +49 (0)2 28/22 84-0 | E-Mail: info@bonn.ihk.de
Redaktion	Michael Schmaus | IHK Bonn/Rhein-Sieg sowie genannte Ansprechpartner/-innen
Layout	Wolfgang Siewert | typoplus Frankenstraße 23 | 53859 Niederkassel
Bildnachweis	©ArugulaPica (Adobe Stock) S. 1, 39 | ©ASDF (Fotolia) S. 1, 32 ©grafikplusfoto (Fotolia) S. 1, 26 | ©industrieblick (Fotolia) S. 1, 12 ©Stefan Knauf S. 1 | ©Kurhan (Fotolia) S. 1, 21 | ©M. Sondermann (Bundesstadt Bonn) S. 1, 21, 28 | ©Rawpixel (Fotolia) S. 1, 23 ©W. Siewert (typo.plus) S. 1, 8, 10, 14, 18, 24, 30, 34, 36, Grafiken im kommunalen Teil | ©E. Wodicka (Bilderbox) S. 1, 16
Stand	Mai 2025